

## Rezensionen

*Schlachtenmythen*. Ereignis – Erzählung – Erinnerung. Hrsg. von Gerd Krumeich und Susanne Brandt, Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2003, VII, 244 S. (= Europäische Geschichtsdarstellungen, 2), EUR 29,90 [ISBN 3-412-08703-3]  
*Schlachtfelder*. Codierung von Gewalt im medialen Wandel. Hrsg. von Stefan Martus, Marina Münkler und Werner Röcke, Berlin: Akademie Verl. 2003, 300 S., EUR 69,80 [ISBN 3-05-003587-0]

Gerade die im letzten Jahrzehnt vorangekommene »zivilistische« Militärgeschichte hat sich auch des Krieges wieder angenommen. Das gilt sogar für die Schlachten, die als Höhe- und Endpunkt männlicher tötender Interaktion aus verschiedenen Richtungen untersucht worden sind. Bei Betonung des »Männlichen« sind wir schon bei der Sache, wird doch nicht nur der Feldherrenhügel und die Perspektive der planenden und agierenden Führung in den Blick genommen, sondern eine Fülle von methodischen und inszenatorischen Elementen, die relativ neu sind. Als Alexander Kluge vor 40 Jahren ein Buch über Stalingrad unter dem Titel »Schlachtbeschreibung« veröffentlichte, bedeutete das noch eine Art ironischer Brechung der akteurszentrierten Sicht. Wenn Stig Förster u.a. einen Band mit Schlachten der Weltgeschichte herausgaben (2001), der mittlerweile zu einem Bestseller geworden ist, dann war hier der erweiterte Blickwinkel schon eingelöst. Und die Herausgeber Nikolaus Buschmann und Dieter Langewiesche des Bandes »Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA« (2003) gehen aus dem Blickwinkel der Nation ganz ähnliche Fragen an.

Die beiden hier anzuzeigenden Bände sind den Wirkungen von Schlachten gewidmet, ergänzen sich untereinander wechselseitig, auch wenn die methodischen Zugriffe ganz unterschiedlich sind. Dem von Krumeich und Brandt herausgegebenen Band liegt die an sich einfache Einsicht zugrunde, daß Schlachten bedeutende Wirkungen in die Zukunft hinein entfaltet haben, sich gegenüber ihren Ursprüngen geradezu verselbständigt haben. Die Historiker, die hier versammelt sind, haben ein ähnliches Konzept wie bei den Erinnerungsorten verfolgt, die Etienne François und Hagen Schulze in ihren eindrucksvollen drei Bänden für den deutschen Fall versammelt haben (2001).

Gemeinsame Fragen an alle Autoren zielen auf Vereinheitlichung. Dazu zählt vor allem die Frage nach nationaler Sinnstiftung bzw. varianten Erzählungen, aber auch die Dauer, die Personalisierung von Helden gehören zu den Themen. Die Antworten fallen – kaum überraschend – sehr unterschiedlich aus; aber immer sind es überaus lesenswerte Studien, die mit Freude am Detail und Kenntnis von methodischen Debatten Erhellendes bieten. Die dreizehn Beiträge sind zumeist einzelnen Schlachten gewidmet, die letzten beiden nehmen sich der vertonten Schlacht (Linda-Marie und Wolfgang Günther) bzw. dem Film an – hier ist es »The Longest Day« (Lars-Olav Beier), eine geradezu exemplarisch klassische Studie über das am weitesten und vielleicht auch am tiefsten in die Mythenbildung eindringende Medium. Der zweite – noch vorzustellende – Band enthält übrigens einen ganz ähnlich konzipierten Beitrag von Hermann Danuser über die Semiotik musikalischer Battaglien, während zum Thema Film Anton Kaes die Schlachtfelder im Kino u.a. als »Krise der Repräsentation« doch recht großflächig einbezieht.

Bei Krumeich/Brandt lohnt jeder Beitrag die zumindest verkürzte Vorstellung. Marathon (490 v. Chr. – Hans-Joachim Gehrke): Der Mythos durchzieht nicht nur die ganze Antike und reicht bis zum heutigen ubiquitären und kaum noch an rea-

le Vorgänge anknüpfenden Sportereignis, sondern er kommt in der Antike nicht nur im göttlichen Gewand, »er wirkt auch göttlich. Eine bessere Karriere konnte er nicht machen.« Das historische Ereignis verschwand schon früh hinter dem Mythos und war »offen für Übertragungen [...] und verträgt auch ebenfalls mythifizierende und erbauliche Ausschmückungen« – bis hin zu aller Trivialisierung. Roncesvalles (778 – Helmut Brall-Tuchel) ist als historisches Ereignis kaum faßbar, durchzieht aber die entsprechende mittelalterliche Dichtung des Roland-Liedes als Kern der französischen Dichtung. Und hieran knüpften dann auch Romantiker wie Ludwig Uhland an – immerhin im Zwiespalt von Poetik und Politik. Einen gleichsam russischen Gründungsmythos bildete der Sieg über die »teutonischen Ritter« auf dem Peipussee von 1242. Dittmar Dahlmann betont die extreme Formbarkeit bis in die Gegenwart von Kino und Briefmarke. Auf polnischer Seite hatte der »nutzlose Sieg« in der Schlacht bei Racławice 1794 – so Hans Hecker – ebenfalls vornehmlich Langzeitwirkung – bis hin zu einem entsprechenden Panorama, der mystifizierenden Veranschaulichung des 19. Jahrhunderts.

Napoleons Schlacht bei den Pyramiden 1798 (Reinhard Schulze) wird sehr instruktiv in unterschiedliche Erinnerungskulturen gesteckt; sie war »in erster Linie ein literarisches Ereignis« und somit gerade in Raum und Bedeutung im französischen und ägyptischen Bewußtsein – und letztlich somit auch zwischen Europa und der islamischen Welt. Immerhin vermag sich der Autor neue Narrationen mit durchbrechenderer Identitätsbildung vorzustellen. Ganz ähnliche Beobachtungen gelingen Stig Förster, der gleichermaßen die britische und indische Sicht auf den Kampf um Srirangapatna und den Tod des Tipu Sultan 1799 vorführt. Für Großbritannien wurde es eine Art »Grundsteinlegung« dortiger Penetration, aber auch bis zum »Auslaufmodell« in der Gegenwart. In Indien dagegen verlief die Entwicklung genau umgekehrt – bis hin zur positiven Berufung Rajiv Gandhis darauf, ja bis zur möglichen Benutzung in Konflikten zwischen Hindus und Moslems. Im Tiroler Freiheitskampf und Andreas Hofer bei der Schlacht am Berg Isel 1809 ist – so Gerd Krumeich – fast alles Konstruktion, die vor allem im 19. Jahrhunderts unterschiedlich geformt wurde – erneut bis zu einem gebauten Panorama, wie es auch für Waterloo (1815 – Erich Pelzer) gilt. Hier war schon die Ortsbezeichnung (Belle Alliance auf preußisch-deutscher Seite) strittig, aber immerhin gab es auf britischer wie deutscher Seite reale Anknüpfungspunkte im Kampfgeschehen.

Es dürfte kein Zufall sein, daß die am besten »funktionierenden« Konstruktionen von Schlachten in diesem Band an die Wende vom 18. auf das 19. Jahrhundert fallen, ging es doch hierbei in neuer Weise um Massenmobilisierung in nationalstaatlichen Zeiten. Die drei Schlachten des 20. Jahrhunderts bieten dagegen eine gleichsam exemplarisch-methodische Delikatesse. Matthias Waechter vermag von Bir Hakeim (1942) zu zeigen, daß diese Schlacht in der britischen Tradition des Kampfes in Nordafrika und Ägypten ebensowenig wie in der deutschen Rommel-Adoration eine Bedeutung hatte – wohl aber zum Beginn des »Mythos des Gaulismus« wurde, der sich bis zu heutigen Pariser topographischen Benennungen, nicht zuletzt in einer Métro-Station fortsetzt.

Stalingrad, brillant und nüchtern zugleich von Bernd Wegner »auseinandergenommen«, kann ja bis in die Gegenwart die Gemüter und Medien erhitzen. Hier besticht vor allem Wegners gelassene und exakte Beschreibung der begrenzten operativen Bedeutung der entsprechenden Schlacht, die auch heute noch aufklärend wirken kann. Die Deutungen von den Heldentaten etc. haben bis in die Gegenwart »Korrekturansätze« produziert, die aber ihrerseits dem Mythos, kaum dem

Kampfgeschehen selbst geschuldet waren. Stalingrad-Deutungen haben daher auch immer innergesellschaftliche Integrationsfunktionen; es bleibt aber eine deutsche Niederlage, die notwendig für die Befreiung Europas »von der nationalsozialistischen Tyrannei« war. Die Schlacht um die Seelower Höhen 1945 – das Thema von Susanne Brandt – sollte zu DDR-Zeiten eine ähnliche Wirkung entfalten, jedoch blieben bei jener Schlacht um die Oder im April 1945 zu viele verdeckte und nicht öffentlich präsentierbare Erinnerungen der Zeitzeugen, als daß diese nach dem Fall der DDR weiter »funktionieren« konnte. »Die sowjetzentrische Erinnerung an das Kriegsende hatte sich als hermetisches und ausschließendes Konstrukt über die deutschen Erinnerungen gelegt« – das Konstrukt ist seit den neunziger Jahren am Ende.

Die »Schlachtfelder«, von Martus, Münkler und Röcke herausgegeben, gehen auf die Tagung eines Berliner Graduiertenkollegs von 1998 zurück und haben eher systematisch die mediale Erfassung von Schlachten zum Thema. Damit stellen die Herausgeber oft hoch komplexe, disziplinäre Ansätze vor, die in einigen Fällen von historischer Empirie weitgehend absehen. Bei den 15 Beiträgern erfährt man leider noch nicht einmal die disziplinäre Herkunft, aber insgesamt ist ein breites Spektrum von der Soziologie, Politikwissenschaft über die Geschichte bis hin zu diversen anderen Kulturwissenschaften auszumachen. Das Schlachtfeld unterscheidet sich von den Schlachten durch – so die Herausgeber – Memorialkultur, militärische Organisation und technische Voraussetzungen, wird also mit konkreter Funktion und imaginativer Faszination bedacht. Den »Raum im Kopf«, den Bernd Hüppauf hier formuliert, bringt am ehesten die Verbindung zu dem erstgenannten Band. Die Schlacht als Rechtsentscheid (Wolfgang Schild) entfernt sich von der räumlichen Konkretheit wieder und gibt eine facettenreiche Deutung unter Einschluß der oft auch religiösen Aufladung. Ein Kabinettstück liefert Gernot Kamecke, wenn er die »koloniale« Codierung in der Niederlage des Mulatten Louis Delgrès in der Schlacht von Matouba auf Guadeloupe 1802 untersucht: ein französischer Sieg, aber eine verheerende Niederlage für die Bevölkerung. Damit ist natürlich auch eine moralische Qualität angesprochen, die sonst den Beiträgen weitgehend fehlt.

Die Schlachtfeldforschung im Krieg wird von Ulrich Bröckling mit einer bestechenden Definition eröffnet: »Militärisches Handeln ist Kontinenzmanagement mit dem Ziel, alle Aktivitäten auf die Steigerung des eigenen bzw. Schwächung des gegnerischen Gewaltpotentials auszurichten.« Das benutzt er, um die im Zweiten Weltkrieg entstandene entsprechend angewandte Militärsoziologie vorzustellen, die sich auch der Kleingruppenbeziehungen etc. angenommen hatte. Fast nahtlos schließt der letzte Aufsatz des Bandes an, mit dem Stefan Kaufmann die neueren militärischen Überlegungen über das vernetzte und elektronische Schlachtfeld vorstellt, die sich in der Militärpublizistik seit den späten neunziger Jahren abzeichnen. Konkrete Kriege – wie der dritte Golfkrieg von 2003 – haben dies schon vielfach Realität werden lassen und stärker als der Verfasser herausarbeitet, die technologischen Divergenzen der USA im Vergleich zu anderen Armeen deutlich werden lassen.

Deutliche historische Verortungen liefert Gerd Althoff, der bei der Codierung von Gewalt im Mittelalter u.a. durch lange Zitate gerade das Zögern vor und bei der Gewaltanwendung herausarbeitet und damit gegen herkömmliche – man ist fast schon geneigt zu sagen – »Schlachtenmythen« anschreibt. Ganz anders geht Ruth Seifert heran, indem sie zeigt, daß weibliche Körper in der Schlachtcodierung

die Verletzbarkeit und zugleich Identifikation mit nationalen Werten (»diskursive Funktion der weiblichen Nation«) hervorheben. Damit werden sexuelle Übergriffe gerade in den Geschlechtsbeziehungen zu einem festen und noch viel zu wenig untersuchten Teil von Kriegführung.

Einige Beiträge sind für einen Historiker vergleichsweise hermetisch geschrieben, ohne daß damit etwas über die Qualität ausgesagt wäre. Die beiden Bände lassen sich fast nahtlos aneinanderreihen. Die Fallstudien bei Krumeich/Brandt liefern oft sehr kluge methodische Reflexionen. Sie machen aber auch klar, daß die heute erinnerten Schlachten ganz überwiegend aus den produzierten Mythen bestehen. Kritische Aufklärung kann die Deutungsschichten kaum beiseite schaffen. Bei Martus u.a. dominiert dagegen die methodische Reflexion aus unterschiedlichen Sektoren der Kultur- und Sozialwissenschaften, die ihrerseits häufig, aber nicht immer auf historische Sachverhalte oder Einzelbeispiele rekurren.

Schlachten als Forschungsfelder – da bleibt nicht nur noch viel quantitativ aufzuarbeiten, sondern auch noch vieles an methodischer Reflexion zu leisten. Insbesondere die Medialität, die sich in Film und anderen elektronischen Medien niederschlägt, könnte die Codes künftig noch stärker bestimmen oder gar – so auch Stefan Kaufmann – die Realität vorwegnehmen. Überzeugende Anfänge liegen hier jedenfalls vor.

Jost Dülffer

Heinrich Clemens Konen, *Classis Germanica*. Die römische Rheinflotte im 1. – 3. Jahrhundert n. Chr., St. Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. [2000], V, 578 S. (= Pharos – Studien zur griechisch-römischen Antike, 15), EUR 50,10 [ISBN 3-89590-106-7]

Im Gegensatz zum römischen Heer haben die Flotten Roms nicht so große Beachtung gefunden. Und während einige gute Gesamtdarstellungen vorliegen, mangelt es an Monographien zu den Provinzialflotten. Ein Defizit hat Heinrich Clemens Konen mit seiner umfangreichen und verdienstvollen Spezialuntersuchung, die eine leicht überarbeitete Fassung seiner 1998 an der Universität Münster angenommenen Dissertation darstellt, nun für Roms Rheinflotte, die *classis Germanica*, beseitigt. Die Studie gliedert sich in sechs Kapitel: Zunächst die Einleitung mit knapper Einführung in Problematik und Forschungsstand; dann ein vorbildliches II. Kapitel zum Operationsgebiet, das die Schifffahrtsverhältnisse auf verschiedenen Rheinabschnitten skizziert und sachkundig die u.a. aus Strömung, Treidelbetrieb, Geschwindigkeit und Tagesstrecken bei Berg- oder Talfahrten und dem Ausbildungsstand der Besatzungen resultierenden »Möglichkeiten und Grenzen des Flotteneinsatzes« (S. 46) erörtert.

Das III. Kapitel, das mit seinen fünf Unterkapiteln die Hälfte der Untersuchung einnimmt (S. 73–286) und in der Überschrift bereits für das Zeitalter der Germanenkriege (12 v.–16 n. Chr.) »die Anfänge der *classis Germanica*« postuliert, beginnt beim Problem der Nachschubbeschaffung für die Truppen am Rhein. Die der Literatur entnommenen Angaben zum quantitativen Versorgungsbedarf haben allgemein sicherlich auch für diesen Zeitraum Gültigkeit; jedoch läßt sich die »Funktion des Rheins als zentrale Nachschublinie für das Heer« (S. 77) für die Frühphase der Eroberungskriege nicht mit Zeugnissen aus späterer Zeit und anderen Reichs-

teilen belegen. Auch die These eines Nachschubtransportes auf »militäreigenen Frachtschiffen« mit »*classici* als Besatzung« und »unter militärischem Geleit« (S. 90) bleibt für die Drususzeit (12.–9. v. Chr.) Spekulation, was Koenen anerkennenswert auch selbst einräumt. Mit zahlreichen Quellenzeugnissen und Analogieschlüssen aus Verhältnissen in Britannien, der Donau und Trajans Dakerkriegen ist dieser Abschnitt zwar informativ, aber falsch plaziert. Denn die für die spätere Zeit von Koenen gut rekonstruierten Aufgaben der Rheinflotte bei der Truppenversorgung bereits für die Frühphase anzusetzen, ist methodisch unzulässig und sachlich überdies zweifelhaft.

Gut recherchiert ist der Abschnitt zur »strategischen Bedeutung der Wasserwege für die Kriegführung« (S. 94), der die Nutzung germanischer Flüsse, die Anlage von Stützpunkten und Kanälen untersucht. Das Unterkapitel zu »Einsätzen römischer Flotten und Tätigkeiten des Marinepersonals« (S. 111) beginnt mit Marineoperationen unter Drusus, die besser als amphibische Unternehmen vor Schaffung der *classis Germanica* abgehandelt wären. Denn selbst eine große Anzahl zudem einheimischer Schiffe stellt noch keine römische Flotte dar. Für die Drususzeit erwähnt eine Quelle bestenfalls die Schaffung der Kanalflotte. Natürlich ist es angesichts des Quellenmangels verständlich, wenn Koenen für Tätigkeiten von »Marinesoldaten an und hinter der Front« (S. 121) und zur Funktion von Schiffen in den Germanienkriegen eher Plausibilitätsargumente als wirkliche Belege bringt; jedoch wäre auch dieser Abschnitt zu Versorgungs-, Sicherungs-, Kurierfahrten u.a.m. in einem allgemein gehaltenen und keiner bestimmten Zeitphase zugeordneten Grundlagenkapitel methodisch besser aufgehoben. Die Nacherzählung der bis zur Abberufung des Germanicus andauernden Germanienkriege unter marinesgeschichtlichen Aspekten bringt keine neuen Erkenntnisse.

Klarzustellen bleibt für Flußunternehmen von Drusus bis Germanicus somit, daß außer den großen amphibischen Operationen, u.a. im Jahre 5 n.Chr. bis nach Jütland und in die Elbe, literarisch absolut nichts überliefert ist. Und auch archäologische Hinweise auf Schiffshäuser in Haltern verraten nicht, welche Aufgaben die dort untergebrachten Boote wahrnahmen.

Demnach ist es vollauf gerechtfertigt, wenn Koenen eine Gründung der Germanienflotte durch Drusus verwirft (S. 163 f.). Doch für den von ihm vorgeschlagenen Gründungszeitpunkt bald nach 9 n.Chr. (S. 175) lassen sich keine eindeutigen Beweise erbringen, die die bisherige Annahme, erst unter Kaiser Claudius seien an Rhein und Donau Provinzialflotten entstanden (S. 154, 161 f., 175), überzeugend widerlegt. Die okkasionelle Zusammenziehung und Fertigung von Transportschiffen durch römisches Militär und regionale Verbündete reicht nicht aus, um für die Germanicuszeit (13–16 n. Chr.) eine fest institutionalisierte und dauerhaft unterhaltene Flotte anzunehmen.

Während Koenen anschließend zum Personalbestand konventionellen Bahnen folgt, eröffnet seine These, der Operationsraum der *classis Germanica* sei im wesentlichen auf »Niedergermanien und das Deltagebiet beschränkt« gewesen (S. 183), interessante Perspektiven.

Die nächsten gut gelungenen Unterkapitel stellen die vom 1. bis 3. Jahrhundert gebräuchlichen Schiffstypen differenziert nach Kriegs-, Fracht- und Spezialschiffen vor und präsentieren gut verständlich und mit eigenen Urteilen versehen die komplizierten archäologischen Fundberichte zu möglichen Hafenanlagen und Flottenstützpunkten von Mainz bis Velsen. Zu den Stärken der Arbeit zählen eindeutig auch die Kapitel IV und V. Sie erläutern die Entwicklung der Germanienflotte

im 1. und 2. Jahrhundert, vor allem den Schiffs- und Mannschaftsbestand, die Rolle im verlustreichen Bataverkrieg (69/70 n.Chr.), die anschließende Neuorganisation, führen dem Leser eine Kostenkalkulation vor, belegen vielfach mit Inschriftenmaterial die Grenzschutz-, Zoll-, Transport-, Bau- und sonstigen Aufgaben.

Kapitel VI widmet sich der Flotte während der Reichskrise (166–284 n.Chr.), wobei die Gefahr der vom Stamm der Chauken ausgehenden Piraterie m.E. ebenso unterschätzt wird wie die germanische Seefahrtskunst (S. 436 f.). Auch zur Beschreibung der römischen Abwehrmaßnahmen bleibt anzumerken, daß längst nicht jede Anlage, in der Ziegel mit Stempeln von Flottenwerkstätten gefunden wurden, als Marineanlage aufgefaßt werden darf (S. 428–432; vgl. S. 402–414). Hier offensiblen Quelleninterpretationen auch philologische Schwächen, besonders was angebliche Handelstätigkeiten von noch aktiv dienenden Marinesoldaten angeht (S. 439). Überzeugend ist demgegenüber die Auffassung vom Ende der *classis Germanica* im Zeitalter der Soldatenkaiser (235–284 n.Chr.): Nach dem Limesfall und den militärischen Katastrophen im Jahre 275/6 hörte die Germanienflotte der hohen Kaiserzeit auf zu existieren; lediglich an einzelnen Flußabschnitten wurde noch ein Teil ihrer alten Aufgaben von kleineren Flottillen wahrgenommen (S. 463).

Wirklich zu bemängeln an dieser für unsere Kenntnis der ersten in Deutschland stationierten Flotte enorm förderlichen Studie ist die zum Teil erschreckend schlechte Qualität einiger der 53 Abbildungen, was aber nicht allein dem dafür bekannten Verlag anzulasten ist, sondern (wie der Vergleich von Abb. 36 und 37 zeigt) schon auf ungeeignete Vorlagen zurückgeht. Gleichwohl ist dem Verlag redaktionell größere Sorgfalt anzuempfehlen, auch hinsichtlich wiederholt beobachteter peinlicher Fehler im Impressum, die hier zum Auslassen des Publikationsjahres führten.

Peter Kehn

*Edgar Wolfrum, Krieg und Frieden in der Neuzeit. Vom Westfälischen Frieden bis zum Zweiten Weltkrieg, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2003, VIII, 156 S. (= Kontroversen um die Geschichte), EUR 16,50 [ISBN 3-534-15832-6]*

Die Wissenschaftliche Buchgesellschaft hat vor kurzer Zeit eine neue Reihe aufgelegt, die sich an Oberstufenschüler und Studierende, aber auch an Lehrer richtet – an jeden also, der sich nicht nur hobbymäßig mit Geschichte befaßt, der aber andererseits auch nicht zum Spezialisten auf einem historischen Fachgebiet werden möchte.

Der rote Faden der Darstellung liegt dabei nicht in einer kontinuierlichen Schilderung der Ereignisse oder in einem analytischen Ansatz mit einer ausführlichen Interpretation. Der Grundgedanke der Reihe – der Name sagt es – besteht darin, wesentliche Forschungskontroversen zu einem Thema aufzuzeigen und die unterschiedlichen Positionen auszuleuchten.

Edgar Wolfrum hat in dieser Reihe einen Band über die Fragen von Krieg und Frieden geschrieben. Seine Überblicksdarstellung beginnt damit, daß er dem Leser die wechselnde und in verschiedenen Forschungsansätzen unterschiedliche Definition der Begriffe »Krieg« und »Frieden« vorstellt. Daran schließt sich eine knappe Skizze der Entwicklung der militärgeschichtlichen Forschung sowie der Friedens- und Konfliktforschung.

Erst danach beginnt Wolfrum im Hauptteil seines Bandes mit dem Westfälischen Frieden, den er als Grundlage des modernen Verständnisses von Krieg, als Basis der modernen Theorie der souveränen Nationalstaaten sowie als Ausgangspunkt neuzeitlicher Diplomatie als des ehrgeizigsten Instruments der Kriegsverhinderung charakterisiert. Nicht seine eigene Auffassung – Wolfrum referiert hier wie in dem gesamten Büchlein die verschiedenen Positionen, auch in ihrer jeweils zeitbedingten geschichtlichen Entwicklung.

Der Band schreitet danach chronologisch voran. Wesentliche Etappen sind die Zeitalter der Französischen Revolution, der Freiheitskriege und des beginnenden Nationalismus, der Wiener Kongreß als die Grundlage der internationalen Ordnung bis 1914 und dann das Zeitalter der Weltkriege. Wolfrum schreibt aber nicht nur über den Krieg – es geht ihm genauso um den Frieden. Kants Schrift über den »Ewigen Frieden« wird berücksichtigt, und im Kontext des 19. Jahrhunderts findet sich auch der Begriff »Vermiedene Kriege« – den Wolfrum wieder aufgreift, um darzustellen, wie das politisch-diplomatische System der Zeit wirkte, weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Wolfrum hat keine Einführung in die klassische Militärgeschichte geschrieben. Es geht ihm – in international vergleichender Betrachtung – um grundlegende Interpretationen der Entstehung von Kriegen (»Staatenkriege« oder »Staatsbildungskriege«?), um neuere Strömungen in der Zunft wie etwa sozial- und kulturwissenschaftliche Ansätze. Wolfrum scheut auch nicht davor zurück, die Geschichte des Kalten Krieges und der nach dessen Ende sich entwickelnden »Neuen Weltordnung« zumindest in einem Exkurs im Lichte seiner bis dahin ausgebreiteten Erkenntnisse zu betrachten. Er zitiert neben deutschen auch angelsächsische, französische oder aus noch anderen Nationen stammende Historiker und macht so deutlich, wie methodisch vielfältig und befruchtend eine international vernetzte Militärgeschichtsschreibung sein kann.

Gelegentlich findet sich das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) erwähnt, zumeist zitiert mit wichtigen Einzelstudien oder mit Sammelbänden, soweit diese auf Tagungen zurückgehen, mit denen das MGFA neuen Ansätzen zum Durchbruch verholfen hat. Die großen Reihenwerke dagegen bleiben unbeachtet. Das mag auf den ersten Blick irritieren, ist aber dadurch gerechtfertigt, daß mehrbändige Produkte langjähriger Grundlagenforschung in der Regel (zumindest in der Fachdisziplin) keine Kontroversen mehr hervorrufen. Es ist dem Autor aber doch die Tatsache einen knappen Absatz wert, daß es im Nachkriegs-(West-) Deutschland eine militärgeschichtliche Forschungseinrichtung der Streitkräfte gibt, die durchaus auf Augenhöhe und kontrovers im wissenschaftlichen Disput der anderen Historiker mithalten kann.

Die Reihe »Kontroversen um die Geschichte« will keinen kommentierten Forschungsbericht liefern. Sie will vielmehr ein klar definiertes Publikum auf dem Weg über die wesentlichen Forschungsdiskussionen an Grundfragen des Faches heranzuführen. Daß die Thematik von »Krieg und Frieden« als solche dabei mit einem eigenen Band berücksichtigt wird, ist bereits ein Indiz dafür, wie selbstverständlich sich die Militärgeschichte (oder aber die »Historische Friedensforschung«) in der breiten Forschungslandschaft inzwischen etabliert hat. Wer sich in diesen Themenkreis erstmals einarbeiten will, dem sei dieses schmale Bändchen als Einstieg sehr empfohlen.

*Winfried Heinemann*

*Wolfgang Kruse, Die Erfindung des modernen Militarismus. Krieg, Militär und bürgerliche Gesellschaft im politischen Diskurs der Französischen Revolution 1789–1799, München: Oldenbourg 2003, 398 S. (= Pariser Historische Studien, Bd 62), EUR 49,80 [ISBN 3-486-56684-9]*

In kaum einem Begriff spiegelt sich die Verwobenheit von Militär und Politik, von Gesellschaft, Macht und Ideologie so sehr wie in dem schillerndem Schlagwort »Militarismus«. Daß der moderne Militarismus auch in der Französischen Revolution wurzelt, dürfte kaum zu bestreiten sein. In seinem 2003 erschienenen, auf seiner Habilitationsschrift basierendem Werk verspricht Wolfgang Kruse anhand des politischen Diskurses der Französischen Revolution 1789–1799 »die Erfindung des modernen Militarismus« aufzudecken. Der Autor steckt sich zum Ziel, die bisherige Trennung zwischen der außenpolitischen Dimension von Militär, Krieg und Diplomatie einerseits und der innenpolitischen Betrachtung der »Revolution selbst« andererseits aufzubrechen. Als Ergebnis dieser Wechselwirkung sei, so Kruse, der »moderne Militarismus [...] in seinen wesentlichen Strukturen und Erscheinungsformen« im Jahrzehnt zwischen 1789 und 1799 vorgeprägt worden (S. 9 f.). So sehr es Kruse (gegen Mona Ozouf) gelingt, die Auflösung zwischen Innen- und Außen-dimension der Revolution aufzuzeigen, so wenig überzeugt aber sein Konzept des »modernen Militarismus«.

Als Methode wählt Kruse die historische Diskursanalyse. Entsprechend quellennah fällt die Arbeit auch aus. Dies ist Vorteil und Nachteil zugleich: Wer wenig Gefallen an der französischen Sprache findet, sollte die Lektüre dieses Buches gestrost auf Einleitung und Schluß beschränken. Die dargebotenen Quellen verführen den Autoren zu mitunter seitenlangen Zitaten und Paraphrasen. So unmittelbar und »original« der revolutionäre Diskurs dadurch hervortritt, so sehr nimmt der Autor Ausdrucksschwächen in Kauf (S. 153, 160, 196). Wenn ein 12zeiliger Satz durch 13maligen Sprachwechsel gekennzeichnet ist (wie auf S. 208), so ist dies sicher des Guten zuviel. Das Werk hätte unter einem Mehr an Sätzen (diese dafür kürzer) sicher nicht gelitten; längeren Zitaten hätte ein eigener Absatz gut getan. Zudem ist Kruses Diskursanalyse infolge der langen deskriptiven Passagen im Buch zunächst mehr eine Nachzeichnung des Diskurses denn eine analytische Bewertung. Diese wird erst am Schluß geboten.

Wer sich jedoch dieser Anstrengung unterzieht, wird dafür reich mit Quellen belohnt. Den Leser erwartet eine anregende, mitunter mitreißende Lektüre. Infolge der außerordentlichen Quellennähe wird der Leser förmlich hineingerissen in die Betrachtungszeit. Dies liegt freilich vor allem in der dargebotenen Revolutionsrhetorik begründet: Kruse präsentiert eine gute Auswahl von Glanzpunkten der französischen (Revolutions-)Sprache. Die vielen ausführlich zu Wort kommenden Revolutionäre, darunter Robespierre, Danton, Hébert, später auch Bonaparte erweisen sich allesamt als kluge Demagogen. Sie bieten ein rhetorisches Feuerwerk, aus dem die meisten von Kruse aufgezeigten Argumentationsmuster gut hervortreten.

Entsprechend den beiden großen Einschnitten dieses Jahrzehnts, dem Kriegsbeginn April 1792 und dem Ende des Terrors Juli 1794, gliedert Kruse seine Arbeit in drei Hauptkapitel: Auf die »kämpferische Revolution« vor dem Krieg folgen der »revolutionäre Krieg und die kriegsische Revolution« 1792–1794 und schließlich die Zeit »Nach dem Terror: Die Instrumentalisierung des Krieges und die Militarisierung der Gesellschaft 1794–1799«, die mit dem Militärputsch Napoleon

Bonapartes am 18. Brumaire (9. November 1799) endet. In der ersten Revolutionsphase ging es darum, den Kampf gegen den Absolutismus und seine bewaffnete Macht zu gewinnen. Dies war zunächst ein defensives Konzept, aus dem sich ein kämpferischer Diskurs entwickelte. Hier entstanden nachwirkende Denkfiguren, wie die – oft zutreffende – Gefährdung der Revolution durch die Kräfte der Konterrevolution, die Emigranten und die sie unterstützenden europäischen Mächte. Bei einem solchen Angriff sei das Volk unbesiegbar, sobald es nur selbst die Waffen in die Hand nehme; daraus erwuchs eine Rhetorik zur Massenmobilisierung, auf daß Frankreich und die Völker der benachbarten Territorien mit Waffengewalt befreit würden. So entstand eine grenzüberschreitende Konfliktlinie, an der sich die Revolution zum europäischen Bürgerkrieg erweiterte.

Im folgenden Abschnitt wird die Phase von radikalem Krieg und Terror 1792–1794 untersucht. Hier wird der diskursive Zusammenhang von kriegesischer Revolution und revolutionärem Krieg mit eindrücklichen Zitaten nachgezeichnet. Die Grenze zwischen »Innen« und »Außen« erscheint im Revolutionsdiskurs vollends aufgehoben. Die Anspannung aller personellen Ressourcen in der »levée en masse« stand hier in Zusammenhang mit der Radikalisierung zum Terror. Krieg und Revolution steigerten sich zum revolutionären Kreuzzug. Die Kriegsrhetorik diene allen politischen Gruppierungen dem eigenen Machterhalt. Daraus erwuchs eine fast paranoide Furcht vor dem »Feind im Innern«, also den Agenten des äußeren Feindes. Entsprechend dem Mißtrauen gegen die Macht der jeweils anderen politischen Partei radikalisierte sich der Machtanspruch der eigenen Gruppierung. So geht es hier weniger um den Militarismus, sondern um die Steigerung von Verschwörungstheorien, die schließlich in der tödlichen Selbstzerfleischung der Revolutionäre kulminierten. »Die Revolution begann [...] tatsächlich ihre eigenen Kinder zu fressen und sie fand daran offensichtlich Geschmack. Revolutionäre aber waren, um im Bild zu bleiben, nur schmackhaft, wenn sie mit der wesentlich kriegspolitisch angesetzten Soße des Revolutions- und Landesverrates gewürzt waren, die seit dem Herbst 1792 allen politischen Auseinandersetzungen beigegeben wurde« (S. 242). Die Denkfigur vom Feind im Innern, dem »ennemi du dedans«, konnte spätestens dann nicht wirklich plausibel erscheinen, als alle französischen Armeen auf den Schlachtfeldern Deutschlands, Italiens und des heutigen Belgiens siegreich waren.

Der dritte Abschnitt behandelt die Zeit nach dem Terror. Bedingt durch gegenseitige Bezichtigung, mit dem Kriegsgegner zusammenzuarbeiten, hatte sich das politische System zur Zeit des Direktoriums weitgehend gelähmt, so daß aus dem Militär ein weiteres Machtinstrument erwuchs, das sich zunehmend selbst als Schiedsrichter einbrachte. Aus einer bewußten Gegenüberstellung von angeblich verweichlichten und feigen Zivilpersonen gegenüber der Selbstwahrnehmung der tugendhaften, die Revolutionsideale verkörpernden Soldaten leitete der Presse- und Propagandaapparat der Armeen einen politischen Gestaltungswillen ab; was letztlich im Putsch Napoleon Bonapartes am 9./10. November 1799 kulminierte.

Während Kruse nachvollziehbar ein defensives Bedrohungsgefühl als Ausgangspunkt der kriegesischen Revolution ausmacht und eindringlich die Verzahnung von Krieg und Revolution nachweist, so überzeugt seine These vom »Militarismus« nicht völlig. Den Revolutionären von 1789 ging es nicht ums Kriegführen, sondern um den Sturz eines auf die Militärmacht abgestützten Absolutismus. »Nicht um die Militarisierung der Revolution ging es, sondern im Gegenteil um den

siegreichen Kampf gegen den absolutistischen Militärapparat.« So zutreffend diese Feststellung ist, so sehr unterbleibt eine Darstellung der Vorgeschichte der Revolution. Ohne den Diskurs der aufgeklärten Militärkritiker fehlt allerdings eine wesentliche Referenzgröße, um zu bestimmen, was »revolutionärer« Wandel und was »lediglich« die radikale Zuspitzung bereits vorher bestehender Tendenzen war. Auch stellt sich dem Leser von Anfang der Lektüre an die Frage nach dem »Militarismus«. Ist dies wirklich der treffende Ausdruck für das, was geschah? In Kruses Untersuchung bleibt es hier leider beim Schlagwort; der Autor selbst kennzeichnet den Militarismus-Begriff als »vielfältig und unpräzise«. Leider wird der Begriff dennoch verwendet, ohne ihn auch nur einer Arbeitsdefinition zu unterziehen. Was Kruse darunter versteht, erläutert er erst am Ende des Buches: als die Verselbständigung des Militärs und des Militärischen gegenüber den Formen, Zielen und Inhalten ziviler Politik und gesellschaftlicher Ordnung, als ein »auf die militärische Beherrschung der zivilen Gesellschaft abzielender Einschlag« (S. 349). Man mag zustimmen, daß im Zeitraum 1789–1799 zweifellos eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Militarismus des späten 19. und 20. Jahrhunderts zurückgelegt wurde. Was Kruse indessen zur Machtergreifung Napoleons schreibt, ist entweder wenig überraschend – nämlich, daß das Militär über eine Eigenwahrnehmung verfügte – oder wird durch Tulards Wendung vom »Mythos des Retters« besser beschrieben. Als Schlagwort scheint der Begriff des »Cäsarismus« treffender.

Nach den von Kruse präsentierten Quellen prägten keineswegs ein Militarismus, sondern kollektive Ängste (Jean Delumeau) und die aus ihnen erwachsenen Verschwörungstheorien den Diskurs. Zwar war dies zweckmäßig zum politischen Machterhalt, mündete aber in eine politische Lähmung, die erst 1799 überwunden wurde durch konzentrierte Macht – in Uniform. Hierbei etablierte sich allerdings ein neues von der Revolution geprägtes Offizierkorps als selbsternannter Schiedsrichter. Allerdings handelte es sich eben nicht mehr um das Militär des Jahres 1792 oder gar 1794, sondern um eines, das geprägt war von den revolutionären, originär »zivil-bürgerlichen« Idealen der Revolution. Leider unterbleibt eine Beleuchtung der Innendimension der Entwicklung der französischen Armee.

Diese Desiderata sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kruse eine äußerst lesenswerte Quellenerschließung gelungen ist. Dem Ziel des Autors entsprach es, an »die Stelle der Wissenschaftler [...] gewissermaßen die Revolutionäre als Akteure und Agenten des revolutionären Diskurses« zu setzen (S. 12). Dieses Ziel, die Revolutionäre »in Aktion« zu zeigen, hat Wolfgang Kruse zweifellos auf eindruckliche Art erreicht.

*Martin Rink*

*Hans Bleckwenn, Altpreußische Offizierporträts. Studien aus dem Nachlaß. Mit Miniaturen von Bodo Koch. Im Auftr. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bernhard R. Kroener und Joachim Niemeyer, Osnabrück: Biblio 2000, XI, 308 S., EUR 50,20 [ISBN 3-7648-2584-7]*

Dem altpreußischen Heer, seiner Bewaffnung und Ausrüstung, insbesondere aber den Uniformen galt das Interesse des national und international anerkannten, 1990 im Alter von 78 Jahren verstorbenen Arztes und Heereskundlers Dr. Hans Bleckwenn.

Ein Glücksfall, daß Bleckwenn sein Archiv und seine Bibliothek dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) vermachte, mit der Auflage, aus diesem Nachlaß die vorliegende Schrift herauszugeben.

Der Erfüllung dieser »ehrenvollen Verpflichtung«, so der Amtschef des MGFA in seinem Vorwort, kommt das Amt damit nach, darüber hinaus hat die Bibliothek von Hans Bleckwenn in Potsdam in den Räumen des MGFA eine Heimat gefunden und ist für Wissenschaftler und die interessierte Öffentlichkeit nutzbar.

Trotz einiger zeitlicher Verzögerungen gelang es dem MGFA in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Heereskunde e.V., pünktlich zum Preußenjahr 2001, den bereits im Rohentwurf vorliegenden Abschlußband aus dem Nachlaß von Hans Bleckwenn auf den Markt zu bringen. Das Buch ist nicht das Werk eines einzelnen, sondern an seinem Erscheinen war eine Vielzahl von Mitarbeitern beteiligt. Zunächst sind die beiden Herausgeber zu nennen: Bernhard R. Kroener, der Inhaber des Lehrstuhls für Militärgeschichte an der Universität in Potsdam, und der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Heereskunde e.V., Joachim Niemeyer.

Der maßgebliche Bearbeiter des Rohmanuskriptes war Georg Ortenburg, Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Heereskunde und ebenfalls ein anerkannter Spezialist und Kenner der preußisch-deutschen Uniform- und Bekleidungsgeschichte. Das Manuskript hatte Hans Bleckwenn noch vor seinem Tode fertiggestellt.

Aus einem Bestand von etwa 3000 Photoreproduktionen von zumeist Gemälden, von denen viele nicht erhalten geblieben sind, wurden 189 ausgewählt. Zeitlich orientiert sich die Bilderauswahl an der Epoche des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., in der sich ein starker Wandel in der Uniformierung vollzogen hat.

Diese ausgewählten Photoreproduktionen wurden durch Bodo Koch in außergewöhnlich feiner künstlerischer Umsetzung rekonstruiert, wobei die Exaktheit und Lebendigkeit der Miniaturen in einer solchen Detailtreue wiedergegeben wurde, wie sie bei Reproduktion der Originale vermutlich nie (wenn sie überhaupt vorgelegen hätten) erreicht worden wäre.

Das Buch wendet sich an Historiker zur »vertieften Beschäftigung [mit] preußischen Offizierporträts des 18. Jahrhunderts«. In erster Linie soll aber die große Zahl der heereskundlich Interessierten angesprochen werden. Dieses Ziel, so viel kann an dieser Stelle schon festgestellt werden, ist im besonderen Maße erreicht worden.

Bevor die Uniformen der altpreußischen Regimenter, getrennt nach Truppengattungen im einzelnen vorgestellt werden, liefert die Arbeit in einer 45seitigen ausführlichen Einführung grundlegende Hinweise zum Verständnis der historischen Zusammenhänge.

Der Hauptteil, immerhin fast 200 Seiten stark, beschäftigt sich mit der Darstellung der altpreußischen Uniformen, jede Bildtafel ist dabei nach einem einheitlichen Schema aufgebaut. Der Nummer des Regiments folgen die biographischen Daten des dargestellten Offiziers (in unterschiedlicher Ausführlichkeit), anschließend erfolgt die zeitliche Einordnung, der Hinweis auf die frühere Provenienz sowie abschließend eine kurze Erläuterung der Uniformdetails. Beginnend mit der Infanterie, über Kavallerie, Husaren und Lanzenreiter werden auch die Uniformen der Artillerie sowie weiterer Truppengattungen nach oben beschriebenem Muster dargestellt. Dieser Detailreichtum sowie die intensive Beschäftigung mit den Unterschieden in den Uniformen der Regimenter oder auch der Dienstgradgruppen wird

häufig abwertend als »Knopfologie« bezeichnet. Jeder aber, der sich schon einmal intensiver mit den Einzelheiten preußisch-deutscher Uniformen beschäftigt hat, wird zugeben, daß gerade diese »Feinheiten« das Spannende sind wenn es darum geht, die Farben und Zeichen auf Darstellungen oder Bildern richtig »zu lesen« und dann wie ein Kriminologe zu einem Verdächtigen, in unserem Falle zu einem bestimmten Regiment oder Bataillon zukommen.

In dem unter der Überschrift »Studien« formulierten Abschnitt findet der Leser weitergehende detaillierte Hintergrundinformationen zum Heeres- und Kriegswesen Preußens im 18. Jahrhundert, wichtiger aber noch ergänzende Hinweise zu den Uniformabbildungen des vorangegangenen Kapitels.

Im Anhang liefert die Bibliographie der Veröffentlichungen Hans Bleckwenns die Möglichkeit, sich noch weitergehender und intensiver mit der farbigen Uniformenwelt und damit auch dem preußischen Militär der Frühen Neuzeit zu beschäftigen. Ergänzt wird diese durch weitere Literaturhinweise zum Thema »preußische Armee«

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Der Aufbau des Buches erleichtert es dem interessierten, aber noch unkundigen Leser sich schnell in der Thematik zurechtzufinden. Er kann erst die Einführung lesen, sich dann die Uniformporträts ansehen oder umgekehrt. Aber auch der Wissenschaftler findet in dieser soliden Studie für weitergehende Forschungen genügend Anknüpfungspunkte. Insgesamt ist der Arbeit eine weite Verbreitung zu wünschen, zumal die Qualität der Aufmachung und der Preis in einem sehr guten Verhältnis stehen.

Peter Haug

*Gerhard von Scharnhorst. Private und dienstliche Schriften. Bd 2: Stabschef und Reformator (Kurhannover 1795–1801). Hrsg. von Johannes Kunisch, bearb. von Michael Sikora und Tilman Stieve, Köln, Weimar, Wien: Böhlau 2003, XXI, 858 S. (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, 52,2), EUR 99,00 [ISBN 3-412-16800-9]*

Bereits ein Jahr nach Erscheinen des ersten Bandes liegt nun der zweite Band der von Johannes Kunisch betreuten neuen Scharnhorst-Ausgabe vor. Und sicher ist dem Herausgeber zuzustimmen, wenn er in seinem Vorwort schreibt, »daß auch in diesem zweiten Band Stücke präsentiert werden können, die erheblich über das bisher Bekannte hinausreichen und die Erforschung nicht nur der biographischen Details, sondern des gesamten Themenkomplexes der militärischen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderung durch die Französische Revolution auf eine breitere Grundlage stellen« (S. VIII).

Erfaßt werden die Jahre zwischen 1795 und 1801, in denen Scharnhorst als Generalquartiermeister der kurhannoverschen Armee tätig war. Dabei haben die beiden Bearbeiter des Bandes, Michael Sikora und Tilman Stieve, die erfaßte Zeitspanne in zwei Perioden gegliedert, die sich an Scharnhorsts Tätigkeit im Stab des Observationskorps (1795–1798) sowie an seinen Bemühungen um eine Reform der hannoverschen Armee (1798–1801) orientieren. Innerhalb dieses Zeitraums werden die einzelnen Zeugnisse (wie im ersten Band) chronologisch gruppiert, wobei die große Anzahl der nichtdatierten Notizen, Entwürfe und Denkschriften aufgrund von Plausibilitätskriterien (Erwähnung von bestimmten Er-

eignissen, thematischer Zusammenhang usw.) in das zeitliche Gerüst eingeordnet wurden.

Zu Recht weisen die Bearbeiter darauf hin, daß die letzten Jahre vor Scharnhorsts Übertritt in preußische Dienste bisher in der Forschung kaum gewürdigt worden sind. Allerdings hatte bereits Johann Gustav Droysen in seiner »Historik« »die militärische Organisation Preußens von 1796 bis 1813« datiert und damit Scharnhorsts Tätigkeit in der hannoverschen Armee in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Reform des preußischen Heeres gerückt (5. Aufl., Darmstadt 1967, S. 292).

Standen zunächst militärgeographische Erkundungen und logistische Arbeiten für die Observationsarmee im Vordergrund von Scharnhorsts Tätigkeit, so befaßte er sich in den 1790er Jahren vor allem mit einer systematischen Auswertung des ersten Koalitionskrieges, mit dem Ziel, die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse für die Reorganisation der hannoverschen Armee fruchtbar zu machen. Jedoch waren seine Anstrengungen in diesem Bereich nur teilweise von Erfolg gekrönt. Das lag zum einen an den durch seine Dienststellung begrenzten Einwirkungsmöglichkeiten, zum anderen setzten die politischen Verhältnisse in Hannover seinem Reformeifer enge Grenzen. Das galt für so unterschiedliche Pläne wie die Modernisierung des Rekrutierungswesens, die planmäßige militärische Kartierung, die Verbesserung der Artillerie sowie die Versuche einer taktischen Neuorientierung der Armee.

Vor dem Hintergrund seiner Reformbemühungen müssen auch Scharnhorsts militärhistorische Studien gesehen werden. Die Beschäftigung mit der Kriegsgeschichte, insbesondere mit den Schlachten des vorrevolutionären 18. Jahrhunderts, war für ihn deshalb ein zentrales Anliegen, weil er durch die Einbeziehung der historischen Dimension die Begrenztheit des Wissens, das aus der individuellen Erfahrung resultierte, bis zu einem gewissen Grade aufheben zu können glaubte. Deutlich kommt diese Auffassung von Geschichte in dem wenig später entstandenen Bruchstück »Über Erfahrung und Theorie« zum Ausdruck. Darin heißt es unter anderem: »Wenn der Offizier vom Generalquartiermeisterstab in Friedenszeiten eine gute militärische Bildung erhalten hat, so wird er im Kriege in kurzer Zeit in allen Fächern brauchbar sein; aber ohne eine gute Bildung in Friedenszeiten wird nie ein Offizier vom Generalquartiermeisterstab im Kriege etwas Vorzügliches leisten. Denn es wird eine durch viele Untersuchungen militärischer Vorwürfe gebildete Beurteilungskraft und ein großes Magazin von Tatsachen, die aus der Geschichte uns gegenwärtig sein müssen, erfordert, wenn man in allen vorkommenden Fällen aus der Ähnlichkeit der Umstände den Erfolg einer Unternehmung einigermaßen beurteilen und die Fehler, welche die Erfahrung aufgedeckt hat, vermeiden will – wenn man alle die besonderen Umstände zu Rate ziehen und unter den mancherlei Möglichkeiten die zuträglichste wählen will. Nichts ist hier gefährlicher als eigene Erfahrung ohne Benutzung der Erfahrung, welche die Kriegsgeschichte uns darbietet« (Rudolf Stadelmann, Scharnhorst. Schicksal und geistige Welt, Wiesbaden 1952, S. 155 f.). Die in diesem Band versammelten historischen und politischen Studien belegen, daß Scharnhorst bereits in Hannover zu dieser Einsicht gelangt war.

Wie seinem Vorgänger so sind auch dem zweiten Band umfangreiche Anhänge beigegeben: Neben biographischen Abrissen (bezogen auf die Menschen um Scharnhorst und dessen familiäres Umfeld) und einem Glossar militärischer und ziviler Fachbegriffe finden sich ein Personen- und Formationsindex sowie ein Orts-

register und schließlich ein Stückerzeichnis. Diese Anhänge erlauben einen schnellen und sicheren Zugriff auf die jeweils benötigten Informationen und machen den Band zu einem echten Arbeitsinstrument. Es sollte alles daran gesetzt werden, dieses bedeutende Editionsprojekt auch in Zukunft finanziell abzusichern, damit das ehrgeizige Ziel des Herausgebers, den dritten Band im Jahr 2005 zu präsentieren, realisiert werden kann.

Heinz Stübiger

*Michael Erbe, Revolutionäre Erschütterung und erneuertes Gleichgewicht. Internationale Beziehungen 1785–1830, Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh 2004, XVI, 441 S. (= Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen, 5), EUR 88,00 [ISBN 3-506-73725-2]*

Das Buch ist ein ambitioniertes Unterfangen. Auf 441 Seiten wird die internationale Staatenwelt ins Visier genommen, vor allem die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, die Weltgeschichte geschrieben hat. Unter der Überschrift „Strukturen“ werden Rahmenbedingen (Theorien, Völkerrecht, politische Ideen, Mittel der Außenpolitik) und Akteure vorgestellt, unter der Rubrik »Ereignisse« thematische Schwerpunkte gesetzt. Dazu gehören »Europa am Vorabend der Revolutionskriege«, »Das Revolutionäre Frankreich zwischen Verteidigung und Expansion«, »Die Napoleonische Hegemonialpolitik«, »Der Wiener Kongress und die Neuordnung Europas«, »Die Heilige Allianz als Wächterin über die »Legitimität« in Europa«, »Die Orientalische Frage und die Europäischen Großmächte« sowie »Die Neue Welt auf dem Weg zur Emanzipation«. Nach »Bilanz und Ausblick« rundet ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis den Band ab. Karten, Tabellen und Grafiken sind knapp gehalten, aber insgesamt instruktiv und gut ausgewählt. Die Kriterien für diese thematische Auswahl mögen auf den ersten Blick selbstverständlich sein, doch in der unendlichen Stofffülle hätten sie bisweilen eine Begründung verdient, auch deshalb, weil sie sehr eurozentrische Perspektiven darstellen. Damit soll nicht in Frage gestellt werden, daß die Seiten Fundgruben für manche Details sind, Anstöße zum Nachdenken über welthistorische Zusammenhänge geben und insgesamt ein authentisches Bild liefern. Auch deshalb, weil Geschichte auf diesen Seiten nicht nur als kontinuierlicher Prozeß gedeutet wird, sondern als eine Zeit der Widersprüche, Brüche und Verdrängungen. Die bisweilen sehr faktenreiche Darstellung ist in allen Teilbereichen eine wertvolle Hilfe in der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte.

Worin bestand die Bilanz dieser Zeit? Zum einen entstand ein Staatensystem, das für lange Zeit, wenn auch nicht unangefochten, Bestand haben sollte. Und das gilt für die USA wie auch für Europa. Am Beispiel von Großbritannien und Rußland wird besonders deutlich, daß Frieden und Gleichgewicht in Europa eine ihrer politischen Maximen waren, die sie nicht als Selbstzweck verfolgten, sondern um den globalen Interessen in Ruhe nachgehen zu können. Gleichwohl blieb die Wiener Friedensordnung nicht eine Regelung ohne Defizite. Viele Fragen blieben ungelöst. Die daraus resultierenden Konflikte mußten eingehegt, zumindest beherrschbar sein. Und diese Leitidee stellte viele nationale Träume nicht zufrieden. Die deutsche, italienische und polnische Frage wurde in Wien nicht zu Ende diskutiert. Der Deutsche Bund war keine allseits zufriedenstellende Lösung, dennoch:

in der Abfolge vieler europäischer Krisen entwickelte er sich zu einem vergleichsweise stabilisierenden Faktor. Bekanntlich war die Lage in Europa kein Spiegelbild des Vorderen Orients. Im Prinzip waren die Verhältnisse alles andere als vergleichbar. Das Osmanische Reich war nur noch eine Chimäre seiner selbst, an vielen Stellen außerhalb Europas kollidierten britische und russische Interessen. Am Ende schreibt der Verfasser, daß das europäische Gleichgewicht sich nicht auf die Welt übertragen ließ, schon ein solches Ansinnen hätte die Kräfte der vorherrschenden Mächte überfordert. Die asiatischen Kulturen bleiben in der Darstellung im Hintergrund, die Verhältnisse in Amerika werden gestreift, hier sollte der Leser zur Spezialliteratur greifen, etwa zur jüngsten Geschichte der USA aus der Feder von Gustav Schmidt.

Ein Handbuch ist kein Ort für historische Sensationen, und mit dieser Intention werden die Internationalen Beziehungen auch nicht beleuchtet. Warum also sollte man zu der Studie greifen, die Bekanntes gut zusammenfaßt?

Der Text des Buches ist – gemessen an der Komplexität des Themas – vergleichsweise kurz. Es ist großzügig gedruckt, auch daher gut lesbar. Erbe geht es nicht nur um Tatsachen und Daten, wie ein Handbuchcharakter vermuten läßt, sondern um viel Substanz und Zusammenhänge, die die Geschichte trotz ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit aufweist. Mit anderen Worten: Der Verfasser erliegt nicht dem Trommelwirbel der Ereignisse. Nach der Lektüre hat der Leser einen souveränen Überblick gewonnen.

So schwierig die hohe Kunst des Weglassens ist, dem Autor ist es gelungen, die Begriffe und Gedanken der Zeit zu präsentieren. Im Mittelpunkt, so könnte man formulieren, stehen die europäische Fähigkeit und der Wille, weltweit Macht und Einfluß auszuüben, natürlich auch eine Form des Sendungsbewußtseins, die auf ihr »Antiprinzip« nicht verzichten kann. Ob man daraus Folgerungen für die Gegenwart ziehen kann, bleibt dem Leser überlassen. Auf keiner Seite drückt Erbe Verständnislosigkeit für die Vergangenheit aus, er nimmt die europäischen Antriebskräfte und Entwicklungen ernst – immer in dem Bewußtsein, daß der Mißbrauch vieler Ideale den Glauben nicht verbannt. Trotz aller Unruhen spiegeln die Seiten und die Gefühle der Zeitgenossen Optimismus und Zukunftsgewißheit.

Erbe zitiert nicht seitenlang aus Quellen, gibt aber das Gefühl, daß sie in seine Formulierungen und Gedanken eingearbeitet sind. Person und Laufbahn des Autors bürgen für die Qualität und Solidität des Buches. Erbe war Professor für Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit an der Freien Universität Berlin, bevor er eine ordentliche Professur in Mannheim annahm. Er hat vor allem Bücher zur deutschen Geschichte des 18. Jahrhunderts, zur französischen und zur niederländischen Geschichte verfaßt. Fazit: Ein nicht geringer Vorteil seines neuen Buches ist die Form: Das Opus ist frei von akademischem Jargon und gut lesbar. Bisweilen stößt man auf sehr treffliche Formulierungen, die die europäische Herrschaft dieser Jahre beschreiben. Die Wirklinien von Geschichte sind sehr verschlungen, Erbe ist es gelungen, sie zu entwirren und ansprechend zu präsentieren.

*Michael Fröhlich*

*Johann Caspar Struckmann, Preußische Diplomaten im 19. Jahrhundert. Biographien und Stellenbesetzungen der Auslandsposten 1815 bis 1870. Unter Mitarb. von Eckart Henning, Berlin: trafo 2003, 449 S., EUR 69,80 [ISBN 3-89626-391-9]*

»Da die Politik nicht mit abstrakten Größen, sondern mit Menschen zu tun hat, ist sie sowohl wie die Diplomatie in hohem Grade eine Kunst.« So las man es 1923 – selbstbewußt von einem Diplomaten verfaßt – im »Politischen Handwörterbuch«. Offenbar besteht ein besonderes Interesse an denjenigen, welche in diesen Zusammenhang dann wohl die Künstler wären. Denn innerhalb kurzer Zeit sind der historischen Forschung, insbesondere der zur Geschichte internationaler Beziehungen, drei ganz unterschiedliche biographische Nachschlagewerke präsentiert worden, die Aufschluß geben sollen über eine staatliche Funktionselite, die sich in dieser Form im Verlauf des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat. Tobias C. Bringmanns »Handbuch der Diplomatie« bietet in Listenform die Leiter von Auslandsvertretungen in ihrem zeitlichen Aufeinanderfolgen seit 1815 (vgl. MGZ, 60/2001, S. 527 f.). Eine Autorengruppe im Auswärtigen Amt, zu der auch der Rezensent gehört, arbeitet an einer Sammlung standardisierter Kurzbiographien aller Angehörigen des deutschen Auswärtigen Dienstes zwischen 1871 und 1945 (»Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes«, vgl. MGZ, 60/2001, S. 276). Hierzu gesellt sich nun Struckmanns Buch, das die Lebensläufe von 227 preußischen Diplomaten und 43 Militärattachés zwischen 1815 und 1870 erschließt.

In einem weitgehend als Wettbewerb verstandenen zwischenstaatlichen Geschehen hatten sich regelhafte Beziehungen untereinander als geeignetes Instrument erwiesen, Konflikten zu begegnen bzw. sich in die umgebende Staatenwelt kooperativ zu integrieren. Die Mittlerfunktion übernahmen hierbei die Diplomaten. Zwar ist es keineswegs so, daß es vor dem 19. Jahrhundert nicht auch schon Diplomaten gegeben hätte. In ihrer zahlenmäßigen Zunahme, in einer an Qualifikationen gebundenen Rekrutierung, in der Beschränkung ihrer Handlungsspielräume und mit ihrem spezifischen Sozialprestige waren sie als Berufsgruppe jedoch eine neue Erscheinung. Struckmann verweist hierauf in einer kurzen Einleitung.

Die Lebensläufe umfassen als Angaben zur Person die Geburts- und Todesdaten, Sterbeorte, die Eltern mit dem Beruf des Vaters und relevante Angaben zu verwandtschaftlichen Beziehungen. Die eigentliche dienstliche Laufbahn folgt mit Daten zu den Ernennungen, zur Ankunft am und zur Abreise vom Einsatzort, sowie zu den Übergaben von Beglaubigungsschreiben. Quellen und Literaturangaben vervollständigen die Biographien. Basis der Angaben sind im wesentlichen die Personalakten, die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes verwahrt werden. Die Unvollständigkeit dieser Akten, insbesondere was die genauen Verweilzeiten des entsandten Personals an den Auslandsvertretungen vom ersten Dienstantritt bis zur Übergabe der Geschäfte an einen Nachfolger oder Gerenten betrifft, hätten die ergänzende Recherche in den Verwaltungsakten der Zentrale bzw. einen Abgleich mit diesen erfordert. Hierauf hat der Verfasser ausdrücklich verzichtet (S. 411, Anm. 6), was sich als Quelle zahlreicher Ungenauigkeiten erweist. Das zeigt sich bei der Kollation der Viten jener Personen (fast 40 Prozent der bei Struckmann aufgeführten Diplomaten), die nach 1871 aus dem preußischen in den Dienst des Deutschen Reichs übernommen wurden, und die daher auch im »Biographischen Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes« zu finden sind.

Daß die vielförmige Quellen- oder Aktenlage eine Uneinheitlichkeit der Biographien nach sich zieht, liegt in der Natur solcher Nachschlagewerke. Im vorliegenden Fall hätte aber durchaus die Möglichkeit zu mehr Vergleichbarkeit bestanden. Nicht immer wird Gleiches auch mit den gleichen Worten benannt, bei manchen geschilderten jedoch beliebigen Sachverhalten fragt man sich als Leser, ob sie nur deshalb Aufnahme fanden, weil sie dem Autor eben gerade interessant erschienen; zu häufig hat man den Eindruck des Zufallsfunds. Wenn außerdem ein undurchdachtes Layout für eine besonders leserunfreundliche Aufbereitung des Materials sorgt, kann dem Autor (und dem Verlag) der Vorwurf nicht erspart werden, die eigentlich überschaubare Anzahl von Biographien nicht adäquat dargeboten zu haben.

Die erste Beschäftigung mit dem Projekt geht bis in das Jahr 1972 zurück. Das jetzt doch noch eine Veröffentlichung betrieben wurde, mag sich aus der Konkurrenzsituation zu den oben genannten Werken ergeben haben. Sinnvoll war sie nur insofern, als sich für die historisch Forschenden nun die Möglichkeit ergibt, mit gebotener Vorsicht in mehreren Lexika nachzuschlagen.

Martin Kröger

*Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts.* Hrsg. von Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas, Stuttgart: Steiner 2002, 476 S., EUR 96,00 [ISBN 3-515-08111-9]

Die Wissenschaftsgeschichte nimmt zur Zeit eine wichtige Stellung in der aktuellen historischen Forschung ein, nicht zuletzt bedingt durch die Projekte zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus und zur Geschichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft. Es wird nun verstärkt erkannt, welche große Rolle die Wissenschaftspolitik in der Geschichte des modernen Staates ab dem Ende des 19. Jahrhunderts gespielt hat, die zu personellen und inhaltlichen Kontinuitäten in Deutschland über drei Regime hinweg geführt hat. Einen ausgezeichneten Überblick über den aktuellen Forschungsstand liefert der vorliegende Sammelband, das Ergebnis einer wissenschaftlichen Tagung vom Mai 2000. Fast 40 Autorinnen und Autoren bieten einen Überblick über die Entwicklungstendenzen und Interaktionen im Wissenschaftssystem vom Ende der Kaiserzeit bis in die Anfangsphase der BRD und DDR, wodurch die sonst so herausgehobene Zeit des Nationalsozialismus in die Gesamtgeschichte des 20. Jahrhunderts eingebettet und so verhindert wird, vermeintlich NS-typische Phänomene isoliert zu betrachten und die Traditionslinien, die für viele Bereiche, wie etwa die Medizin, gelten, zu vernachlässigen. Im folgenden soll näher auf einige militärgeschichtlich relevante Aufsätze eingegangen werden.

Mitchell Ash weist in seinem Artikel die häufig in der Literatur erwähnte Opferrolle der Wissenschaftler zurück, indem er deutlich macht, daß nicht nur Politiker oder das Militär wissenschaftliches Potential für ihre Zwecke mobilisieren, sondern auch umgekehrt die Forscher auf der politischen Ebene ihre Interessen durch geschickte Allianzen durchsetzen können, nicht zuletzt durch die zunehmende Verwissenschaftlichung weiter Teile der Politik. Die so entstandenen Netz-

werke trugen auch maßgeblich dazu bei, daß sich Karrieren über Systembrüche hinweg fortsetzen konnten.

*Ulrich Sieg* beschreibt in seinem Beitrag die zwiespältigen Kriegserfahrungen jüdischer Soldaten und Intellektueller, die auf den vor allem in der militärischen Grundausbildung erfahrenen Antisemitismus auf die unterschiedlichste Weise reagierten, indem sie sich u.a. mit militärischen Werten überidentifizierten oder aber als separate Gruppe enger zusammenschlossen, was der These entgegensteht, daß der Krieg nivellierend auf die Soldaten gewirkt habe.

Zwei interessante Aufsätze behandeln das Wissenschaftssystem im Nationalsozialismus. *Notker Hammerstein* betont die starke strukturelle Kontinuität gegenüber der Weimarer Republik, z.B. habe das »Führerprinzip« lediglich das alte »Ordinarienprinzip« verstärkt und die fachliche Kompetenz in Verbindung mit Staats-treue eine wesentliche Rolle für die wissenschaftliche Karriere gespielt. Die vermeintlich politikfernen Wissenschaftler stützten jedoch das Regime in nicht unerheblichem Maße, z.B. durch ihre Forschungen für die Wehrmacht. Außerdem hebt Hammerstein hervor, daß dank des polykratischen Charakters des NS-Regimes das Reichserziehungsministerium in kurzer Zeit eine vergleichsweise starke Stellung erlangen konnte, indem es weitreichende Kompetenzen an sich zog. Durch personelle Doppelfunktionen wie die von SS-Brigadeführer Rudolf Mentzel, Leiter des Amtes für Wissenschaft, konnte Einfluß auf Institutionen wie die DFG (Mentzel war ab 1936 ihr Präsident), die KWG (Vizepräsident) und auch das »SS-Ahnenerbe« genommen werden. Der grundlegenden These Hammersteins von der »Unverändertheit« des NS-Wissenschaftssystems im Vergleich zu den Weimarer Jahren widerspricht *Lothar Mertens*. Er zählt die Eingriffe von Partei und Staat in Berufungs- und Habilitationsverfahren sowie die Politisierung der Dozentenschaft als Belege für seine These auf. Am Beispiel der DFG-Präsidentschaft von Johannes Stark in den Jahren 1934 bis 1936 erläutert Mertens zudem die seiner Meinung nach zugunsten des »Führerprinzips« veränderten Strukturen. Er übersieht jedoch, daß mitnichten das alte Gutachtersystem mit dem Amtantritt Starks verschwand, sondern erst mit der Errichtung des Reichsforschungsrates 1937, was neuere Forschungen zur Geschichte der DFG belegen.

*Helmuth Trischlers* Beitrag zur Großforschung im Nationalsozialismus konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen den Hauptakteuren Industrie, Wissenschaft und Politik. Trischler entwirft das Bild einer von diesen Akteuren gebildeten »Triple Helix«, die sich bereits im Ersten Weltkrieg abzeichnete und dann im Ausbau der Luftfahrt die Großforschung in Deutschland erst ins Rollen gebracht habe. Mit diesem Bild soll die enge Verzahnung der drei Bereiche, zu denen manchmal das Militär als eigener Akteur hinzugerechnet werden muß (»Quadrupel-Helix«), verdeutlicht werden sowie »die Bedeutung dichter Kommunikationsbeziehungen in Innovationsnetzwerken, in denen die Wirtschaft als Scharnier zwischen Forschung und Markt wirkt« (S. 249). Dagegen lehnt *Helmut Maier* das Helix-Modell für den Nationalsozialismus ab, da es mit Betonung auf »Systemunabhängigkeit« die spezifischen Merkmale der Herausbildung von Großforschung im Nationalsozialismus nicht erfasse (z.B. die Vernichtungslogik der NS-Ideologie). Statt dessen favorisiert Maier ein aktualisiertes Modell des »militärisch-industriellen Komplexes«, mit dem die Phänomene der Militarisierung der Technikwissenschaften und die Wirkungen von Ideologie auf eine Wissensgesellschaft veranschaulicht werden könnten. Maier fordert zudem, die Aufmerksamkeit auf die wissenschaftlichen Rüstungsprojekte an sich zu richten statt auf die wissenschaftspo-

litischen Diskurse: »Erst wenn die konkrete Forschungs- und Entwicklungsarbeit, deren Auftraggeber, ihre Umsetzung an der rüstungsindustriellen Drehbank und schließlich ihr Fronteinsatz nachvollzogen werden, kann die Frage nach dem Erfolg oder Scheitern der Rüstungs- und mithin der Großforschung im »Dritten Reich« beantwortet werden« (S. 260).

Ein prominenter Akteur im Spannungsfeld von Militär und Wissenschaft war General-Professor Karl Becker, den *Burghard Ciesla* näher beleuchtet. Becker war ab 1933 Dekan der Wehrtechnischen Fakultät der TH Berlin-Charlottenburg, ab 1937 Präsident des Reichsforschungsrates und ab 1938 Chef des Heereswaffenamtes, so daß er intensiv den Einfluß des Heeres auf das Wissenschaftssystem ausüben konnte. Er steht somit stellvertretend für die Verwissenschaftlichung des Militärs und die Militarisierung der Wissenschaft. Als Ballistiker, Physikochemiker und überzeugter Nationalsozialist förderte er die Entwicklung der deutschen Raketentechnik (Stichwort: Peenemünde) sowie die Forschungen zur chemischen Kriegsführung. Dennoch scheiterte Becker bei seinen Bemühungen um eine Konzentration der Waffenforschung an den polykratischen Machtstrukturen des NS-Systems, vor allem am Streit zwischen Heer und Luftwaffe, da letztere sich einer Vormachtstellung des ersteren vehement widersetzte. Ob dies tatsächlich zum Selbstmord Beckers 1940 geführt hat, darüber kann allerdings auch Ciesla nur spekulieren.

Auch die übrigen Artikel, z.B. zum Verhältnis von Medizin und Politik oder zur Nachkriegszeit, geben auf engem Raum konzentriert über ihren Gegenstand Auskunft und reizen zur Diskussion. Manches Mal hätte man sich eine ausführlichere Darstellung gewünscht, doch bei der Fülle der vorhandenen Beiträge wäre ein noch umfangreicheres Werk entstanden, das den ohnehin schon sehr hohen Preis des Bandes noch weiter erhöht hätte.

Alexander Neumann

*Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen.* Hrsg. von Jürgen Zimmerer und Joachim Zeller, Berlin: Ch. Links 2003, 276 S., EUR 22,90 [ISBN 3-86153-303-0]

Immer wieder unternahmen und unternehmen vereinzelt Historiker den Versuch, die Verbrechen an den Herero und den Nama in Deutsch-Südwestafrika vor 100 Jahren zu relativieren und den Krieg als einen »normalen« Kolonialkrieg hinzustellen. Zwar bestreiten sie nicht, daß die »Kaiserliche Schutztruppe« mit einer gewissen Brutalität vorgegangen ist, diese habe aber ein damals von allen Kolonialmächten praktiziertes Maß nicht überschritten und allein die Widerstandskraft der »Aufständischen« brechen sollen. Ganz anders sehen es die 14 Autoren eines Aufsatzbandes, allesamt ausgewiesene Kenner der Materie aus dem In- und Ausland. Sie bezeichnen das Vorgehen der Deutschen als Völkermord oder Genozid, wobei beide Begriffe in dem Buch synonym gebraucht werden. Dabei habe es sich nicht nur um den ersten Völkermord in der deutschen Geschichte, sondern um den ersten des 20. Jahrhunderts überhaupt gehandelt. Und sie gehen sogar noch einen Schritt weiter. Die von den Deutschen im Verlaufe des Krieges eingerichteten Konzentrationslager und der von der Schutztruppe praktizierte Vernichtungskrieg seien in gewisser Weise Vorbilder für die später im »Dritten Reich« begangenen Verbre-

chen geworden, wie die beiden Herausgeber, die Historiker Joachim Zeller und Jürgen Zimmerer, in ihrem gemeinsamen Vorwort schreiben.

Doch die Autoren behaupten nicht nur, sie argumentieren auch. So schildert Zimmerer in seinem Aufsatz »Krieg, KZ und Völkermord in Südwestafrika« beispielsweise sehr anschaulich, daß es dem Oberbefehlshaber der Schutztruppe, Generalleutnant Lothar von Trotha, nicht nur darum ging, den Aufstand niederzuschlagen, sondern tatsächlich das ganze Volk der Herero aus dem Land zu vertreiben oder physisch auszulöschen. Denn die eigentliche genozidale Phase begann erst mit dem Abdrängen der Herero in die wasserlose Omaheke-Wüste und dem berühmt-berüchtigten »Schießbefehl« von Trothas, also zu einem Zeitpunkt, als die Herero bereits militärisch besiegt waren. Belegt wird dies mit zahlreichen Zitaten, unter anderem einem des Kolonialoffiziers Ludwig von Estorff. Estorff hatte bei der Verfolgung der Flüchtenden mit eigenen Augen die immer größer werdende Zahl von verdursteten Menschen und verendetem Vieh in der Wüste gesehen. Angesichts dieser humanitären Katastrophe versuchte er seinen Vorgesetzten davon zu überzeugen, die Überlebenden zu schonen, weil die Herero inzwischen schon genug bestraft seien. Aber Trotha lehnte ab, denn »er wollte ihre gänzliche Vernichtung«, wie Estorff fassungslos in seinen Erinnerungen schreibt. Die vollständige Auslöschung ist dem General letztendlich nicht ganz gelungen. Doch laut der 1948 von den Vereinten Nationen formulierten Definition ist bereits der Versuch, »eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören«, als Genozid zu bezeichnen.

Gleich zwei Artikel (Joachim Zeller, Casper W. Erichsen) befassen sich mit den Verhältnissen in den Gefangenenlagern, die nach der Aufhebung des »Schießbefehls« durch Kaiser Wilhelm II. von der Militärverwaltung eingerichtet wurden. Diese »Konzentrationslager«, so die offizielle Bezeichnung, dienten der Inhaftierung nicht nur von Kombattanten, sondern auch von Kindern, Frauen und alten Leuten. Die Heranziehung zur Zwangsarbeit, die mangelhafte Ernährung, das ungewohnte Klima, die unzureichende medizinische Versorgung und die häufigen Mißhandlungen sorgten für eine hohe Sterberate unter den Gefangenen. Am schlimmsten waren die Verhältnisse in dem Lager auf der Haifischinsel. Dort starben zwischen Oktober 1906 und März 1907 jeden Monat zwischen 143 und 276 Gefangene. Immer wieder forderten Missionare angesichts der zahlreichen Toten die Auflösung des Lagers, doch Oberst Berthold von Deimling, Befehlshaber der Südtruppen, entgegnete nur »daß, so lange er etwas zu sagen hätte, kein Hottentott die Haifischinsel lebend verlassen dürfe«. Erst am 27. Januar 1908 wurde die Kriegsgefangenschaft aufgehoben und die überlebenden Herero und Nama entlassen. Nach einer offiziellen Zusammenstellung starben allein im Zeitraum von Oktober 1904 bis März 1907 insgesamt 7682 der etwa 17 000 inhaftierten Herero und Nama, also rund 45 Prozent der Gefangenen. Zu Recht sieht Zeller in der Behandlung der Kriegsgefangenen eine Fortführung der Vernichtungspolitik Trothas und spricht von »einer Ermordung durch Vernachlässigung« (S. 78).

Doch nicht alle Beiträge haben den Völkermord zum Thema. Insgesamt spannen die 18 Aufsätze einen Bogen von der Vorgeschichte des Krieges bis zum Umgang damit in der Gegenwart. So beschreibt Gesine Krüger die Verhältnisse im vorkolonialen Namibia und den Beginn der deutschen Kolonialherrschaft, während Jürgen Zimmerer das vergebliche Bemühen der deutschen Kolonialverwaltung schildert, die totale Kontrolle über die im Land lebenden Afrikaner zu erlangen. Weitere Artikel befassen sich mit den so genannten »Hottentottenwahlen« von 1907

(Ulrich van der Heyden), der Darstellung des Herero-Nama-Krieges in der deutschen Literatur (Medardus Brehl) oder der Rolle der Frauen im Krieg (Gesine Krüger). Besonders am Herzen liegt dem Buch die afrikanische Perspektive. Gleich mehrere Autoren (Jan-Bart Gewald, Reinhart Kößler, Henning Melber) untersuchen, wie die überlebenden Herero und Nama nach dem Krieg ihre Nationen reorganisierten und wie sie mit ihren Erinnerungen an den Völkermord umgingen und heute noch umgehen. Dabei wird auch ausführlich auf die Forderungen der Herero nach Wiedergutmachung eingegangen. Abschließend diskutiert Andreas Eckert die Frage, ob es sich bei der deutschen Herrschaft in der Siedlerkolonie Deutsch-Südwestafrika um einen kolonialen Sonderweg gehandelt habe. Aufgelockert wird der lesenswerte Band durch den Abdruck zahlreicher Fotos, Karten und Karikaturen.

Thomas Morlang

*Enzyklopädie Erster Weltkrieg.* Hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz in Verb. mit Markus Pöhlmann, Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh 2003, 1002 S., EUR 78,00 [ISBN 3-506-73913-1]

Lange war die Enzyklopädie Erster Weltkrieg angekündigt und wurde bisweilen schon zitiert. Seit November 2003 hat die virtuelle Existenz der Enzyklopädie nun ein Ende, sie liegt seitdem in ihrer ganzen bibliophil-modernen Pracht vor. Und das Warten hat sich gelohnt.

Der Band ist unterteilt in fünf Teile: der erste behandelt die Staaten (sämtliche Hauptkombattanten), der zweite die Gesellschaft im Krieg (Frauen, Kinder und Jugendliche, Arbeiter, Soldaten, Wissenschaftler, Kriegsliteratur, Religion, Propaganda, Medizin, Kriegswirtschaft), der dritte den Kriegsverlauf (Der Weg in den Krieg, Vom europäischen Krieg zum Weltkrieg, Die Kriegführung der Mittelmächte, Die Kriegführung der Entente, Kriegsrecht und Kriegsverbrechen, Das Ende des Ersten Weltkrieges) und der vierte die Geschichtsschreibung (eigenartigerweise unterteilt in die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg und die Weltkriegsforschung der DDR). Der fünfte besteht aus einem Lexikon mit 650 Stichworten und Verweisen zwischen den Sach-Lemmata. Eine Chronik und ein gesondertes Verzeichnis leider nur der Stichwörter des Lexikons sowie der Autoren beschließen die Enzyklopädie.

Die 146 Verfasser aus 15 Nationen sind ausgewiesene Fachleute. Das bedeutet, daß die größeren Darstellungen und auch viele Lexikoneinträge von Autoren geschrieben sind, die anderenorts meist schon monographisch ihr Thema behandelt haben. Das reduziert die Anzahl der Überraschungen, freilich auch die der negativen. Eine Enzyklopädie ist nun mal ein Wissensspeicher und kein Projektantrag, d.h. hier will man einigermaßen gesichertes Wissen finden. Und diese Erwartungshaltung wird befriedigt, etwa im Beitrag von *Manfried Rauchensteiner* über Österreich-Ungarn, in welchem sensibel die Friktionen zwischen den verbündeten Mittelmächten geschildert werden. Die deutsche Armee mußte die österreichische immer wieder »raushauen«, was den deutschen Suprematie-Anspruch in Fragen von Strategie, Taktik und Führung untermauerte und zu einem regelrechten Streit zwischen den Chefs der beiden Generalstäbe, Erich von Falkenhayn und Franz Conrad von Hötzendorf, führte. Nachdem zu Beginn des Krieges die

Nationalitätenproblematik in der k.u.k.-Monarchie in den Hintergrund getreten war, trat im Verlauf des Krieges die innere Strukturkrise immer deutlicher hervor. 1915 begannen die tschechischen Massendesertionen. Als im Herbst 1916 Ministerpräsident Graf Stürgkh durch den Sozialdemokraten Friedrich Adler ermordet wurde und das Integrationssymbol der Monarchie, Kaiser Franz Joseph, starb, war das Ende des Elf-Nationalitäten-Staates besiegelt. Er schloß zu einem Zeitpunkt Frieden, als es ihn eigentlich gar nicht mehr gab.

Der Aufsatz von *Dittmar Dahlmann* über Rußland, der die Probleme, Krisen und Verheerungen des Zarenreiches im Ersten Weltkrieg plastisch beschreibt, beleuchtet weniger bekannte Facetten des Ersten Weltkrieges. Von den größeren Darstellungen sind weitere besonders hervorzuheben: gewohnt luzide ist der Artikel von *Jürgen Ungern-Sternberg* ausgefallen, der die Wissenschaftler vorstellt. Auf knappem Raum gewinnt Ungern-Sternberg die notwendige internationale Perspektive, informiert zuverlässig und überrascht auch den Fachmann noch mit seiner klaren und auf eigenen Forschungsergebnissen beruhenden Darstellung. Der Kulturhistoriker *Jay Winter* beginnt seinen Beitrag über Großbritannien geradezu traditionalistisch mit der Seekriegs- und Schlachtengeschichte, um mit dieser Pointe dann zu den Themen Rekrutierung, Demographie, Kriegswirtschaft, Politik und schließlich zur Kultur überzuleiten. Dabei gelingt es ihm, langfristige Auswirkungen des Ersten Weltkrieges wie einen sozial nivellierenden Effekt und kurzfristige Folgen wie die Substituierung der Liberalen durch die Labour Party schlüssig zu erklären. Auch den konsequent die Situation in allen Großmächten einbeziehenden Beitrag von *Ute Daniel* über die Frauen liest man mit Gewinn. Dagegen fällt der Beitrag von *Bernd Hüppauf* über die Kriegsliteratur enttäuschend aus. Es gelingt ihm nicht, der quantitativ kaum überschaubaren literarischen Produktion Konturen zu verleihen und auch die Diskussion der Protagonisten bietet wenig Weiterführendes. Dies bleibt aber die Ausnahme, und der Leser wird durch Aufsätze wie von *Benjamin Ziemann* über die Soldaten entschädigt. Ziemann legt lang mitgeschleppte Mythen der Forschung ad acta: so die These der Übernahme einer modernistischen Sprache durch die Soldaten und die pauschale Behauptung von der Brutalisierung der Frontsoldaten.

Im lexikalischen Teil schwankt die Qualität der Beiträge stärker, ebenso die der knappen Literaturhinweise. Was die »Ideen von 1914« im Kern sind, wird nicht deutlich, der Artikel zur Haager Landkriegsordnung ist sicherlich etwas zu knapp geraten, dagegen werden »Albion«, Baltische Staaten, »John Bull«, Griechenland und Polen präzise und faktenge sättigt vorgestellt, die Einträge zu Japan und China thematisieren zu Recht den oft vernachlässigten asiatischen Kriegsschauplatz. Der Ideenhistoriker nimmt erfreut zur Kenntnis, daß in dieser Enzyklopädie auch Henri Barbusse, Maurice Barrès, Max Scheler und Ernst Troeltsch vertreten sind.

Die einzelnen Lexikonartikel geben den unterschiedlichen Forschungsstand wieder, der teilweise bis zum Erscheinungsjahr der Enzyklopädie berücksichtigt werden konnte. Gut erforschte Themen wie die Kriegsziele sind ebenso aufgenommen wie etwa die Zivilinternierungen, wo die Forschung für Deutschland noch äußerst dürrig ist. Bei einem so komplexen Forschungsfeld wie dem Ersten Weltkrieg ist es müßig, fehlende Einträge anzumahnen. Für weitere Neuauflagen sollte jedoch ein Artikel über den Defence of the Realm Act (DORA) aufgenommen werden, der nur im Überblick zu Großbritannien kurz erwähnt ist. Und wenn ein Eintrag zu Romain Rolland gerechtfertigt ist, dann sicherlich auch einer zu Bertrand Russell, dessen pazifistische Aktivitäten ein großes Medienecho, Unter-

hausdebatten und schließlich gar seine Inhaftierung zur Folge hatten. Dem Artikel zur Wehrpflicht fehlt das Gegenstück zur Rekrutierung, in Großbritannien wurde die Wehrpflicht ja erst 1916 eingeführt. Und wenn der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zwei Spalten eingeräumt bekommt, was ist dann mit den zahlreichen britischen Committees? Auch die Feldzeitungen und die Feldpressestelle hätte man gerne im lexikalischen Teil vertreten gesehen.

Positiv zu vermerken sind die vielen, bisher unveröffentlichten Photographien, die keinen rein illustrativen Charakter besitzen, sondern in sinnvoller Weise den Text ergänzen bzw. erweitern und den Wert des Bandes zusätzlich erhöhen. Weitere, physische Karten hätte man sich neben den beiden politischen Karten für den Beginn und das Ende des Krieges im Einband und Stellungskarten im Lexikon gerade für den Darstellungsteil über Staaten und den Kriegsverlauf gewünscht. Für die sinnvolle Lektüre benötigt man so weiteres Kartenwerk.

Gerne hätte man auch noch etwas mehr über die Richtlinien für die Autoren erfahren als das, was die Herausgeber im knappen Vorwort berichten. Jedenfalls haben sie mit der Auswahl und Konzeption ihrer modernen Enzyklopädie nicht falsch gelegen, denn das Ergebnis spricht für sich. Zukünftig muß man sich das Basiswissen zum Ersten Weltkrieg nicht mehr mühsam in alter und neuer Literatur verschiedenster Observanz zusammensuchen, man greift einfach zur aufwendig gestalteten Enzyklopädie und wird selten enttäuscht werden. Auch angesichts des im Verhältnis zum Gebotenen noch moderaten Preises handelt es sich bei dem Band um eine lohnenswerte Publikation.

*Peter Hoeres*

*Max Mittler, Der Weg zum Ersten Weltkrieg: Wie neutral war die Schweiz? Kleinstaat und europäischer Imperialismus, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2003, 982 S., EUR 60,00 [ISBN 3-85823-969-0]*

Die Neutralität gehörte in der Ära des Kalten Krieges trotz eindeutiger Zuordnung zum westlichen Lager zum Kernbestand des helvetischen Selbstverständnisses. Über ihren völkerrechtlichen Gehalt hinaus und mit diesem bestenfalls lose verbunden wurde sie zu einem mythisch verklärten Fetisch eidgenössischen Sonderfalldenkens und ist in dieser Form bis heute ein zentrales Ideologem der isolationistischen Rechten des Landes.

Wie aber stand es um die vom Wiener Kongreß kodifizierte schweizerische Neutralität in der zweiten Hälfte des »langen« 19. Jahrhunderts? War die Schweiz zu dieser Zeit ein neutraler oder ein neutralisierter Staat? Und wie verhielt sich der Kleinstaat, der aufgrund seiner demokratisch-republikanischen Struktur in den Augen mancher europäischer Politiker und Diplomaten ein Kuriosum darstellte und auch nicht ins Schema des »objektiven« nationalstaatlichen Denkens paßte, angesichts des Groß- und Weltmachtstrebens seiner Nachbarn? Diesen Fragen geht Max Mittler in seiner voluminösen Monographie über die Schweiz vor und im Ersten Weltkrieg nach. Er beginnt dabei in der Zeit um 1860, die das Ende eines faktischen französischen Protektorates bedeutete und führt detailreich durch das Zeitalter der deutschen Einigung und des Hochimperialismus bis zur »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«. Der Fokus der Arbeit liegt auf der politischen und kulturellen Einbettung der Eidgenossenschaft in den europäischen Kontext; wirtschaft-

liche Aspekte bleiben demgegenüber – abgesehen vom ausführlich behandelten Eisenbahnbau – unterbelichtet.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß der Begriff »Neutralität« im 19. Jahrhundert in der schweizerischen Mentalität nicht solide verankert gewesen sei, so daß man mit ihm mitunter recht leichtfertig umging. Andererseits glaubte der demokratische Kleinstaat zunächst, auf eine Außenpolitik und einen entsprechenden Apparat weitgehend verzichten und sich statt dessen auf die Neutralität berufen zu können. Trotzdem tauchten in Zeiten europäischer Konflikte regelmäßig Hoffnungen auf Gebietszuwächse, vor allem auf Kosten der lateinischen Nachbarn, auf, die sich aber jeweils mehr oder weniger rasch zerschlugen. Gerade in solchen Situationen zeigten sich immer wieder Besonderheiten in der Funktionsweise der schweizerischen Außenpolitik: Die Langsamkeit der demokratischen Institutionen ließ die Schweiz verschiedentlich ins Hintertreffen geraten, sie erwies sich aber auch als nützliches Regulativ gegen extreme Aktionen und verhinderte beispielsweise 1860 einen Waffengang mit Frankreich wegen Nord-Savoyen. Hinzu kam ein ausgesprochener Hang zur Transparenz, der die einer exklusiven Geheimdiplomatie huldigenden Staatsmänner der Großmächte immer wieder irritierte. Insgesamt gelangt der Autor zum Schluß, daß es für Kleinstaaten im Zeitalter des Imperialismus auf dem diplomatischen Parkett nur einen verhältnismäßig geringen Spielraum gab.

Das Buch handelt aber nicht nur von den Haupt- und Staatsaktionen im engeren Sinne. Auch die wesentlichen geistigen und ideologischen Strömungen werden ausführlich dargestellt und in ihren europäischen Kontext eingebettet, so etwa der Antisemitismus, der Sozialdarwinismus, der Sozialismus, der kulturkämpferische Antikatholizismus oder der Pazifismus. Auch die Tendenzen, zu Lasten der schweizerischen Identität die Zusammengehörigkeit mit dem jeweils gleichsprachigen benachbarten Nationalstaat zu betonen, erfahren eine ausführliche Behandlung. Die schweizerischen Anhänger des Deutschtums, deren wichtigster Exponent, der Zürcher Pfarrer Eduard Blocher, »einen Rassismus, der auf der Sprache gründete«, schuf (S. 477), riefen dabei Gegenbewegungen in den anderen Sprachregionen hervor. Diese Polarisierung mündete im Ersten Weltkrieg in den von Carl Spitteler in seiner berühmten Rede »Unser Schweizer Standpunkt« beklagten »Graben« in bezug auf die Sympathien für die kriegführenden Nachbarstaaten.

Breit dargestellt wird in diesem Zusammenhang die Rolle der »deutschen Kolonie«. Namentlich an den Universitäten sowohl der Deutschschweiz als auch der Romandie gab es eine Vielzahl deutscher Dozenten und Studenten, die nach der Reichsgründung zunehmend einem alldeutschen Nationalismus huldigten, worin auch inzwischen eingebürgerte ehemals deutsche Ordinarien keine Ausnahme machten. Allgemein betrachtete man im Reich das schweizerische Hochschulwesen als eine Filiale deutscher Bildung und Geistesart, ohne damit bei den schweizerischen Behörden auf viel Widerspruch zu stoßen. So konnte es sich der an der Universitätsklinik Zürich tätige Chirurg Ernst Ferdinand Sauerbruch noch 1915 leisten, einen fachlich unbestrittenen Assistenzarzt zu entlassen, weil sich dieser ihm gegenüber »ungebührlich« verhalten habe. Der Mitarbeiter hatte sich nämlich geweigert, sich von der in der – von Sauerbruch als »Saublatt« titulierten – »Neuen Zürcher Zeitung« abgedruckten Rede Spittelers zu distanzieren.

Insgesamt bietet Mittlers Monographie einen geradezu enzyklopädischen Zugriff auf die politischen und kulturellen Verflechtungen des Kleinstaats in Europa, wobei die Beziehungen zu Frankreich und dem Deutschen Reich klar im Vorder-

grund stehen. Zwar verarbeitet der Autor kaum bisher unbekanntes Material, er versteht es indessen, die Forschung zu verschiedenen Einzelproblemen zu einem breit angelegten Gesamtbild zu verweben. Allerdings hätte es sich im Sinne einer besseren Lesbarkeit namentlich bei der Schilderung diplomatischer Verwicklungen empfohlen, die Ausführungen da und dort etwas zu straffen und stärker auf strukturelle Grundprobleme zu fokussieren. Im weiteren ist es bedauerlich, daß der Autor die Anregungen der »New International History« kaum aufgreift, die auf die zunehmende Bedeutung von »Hintertüren zur Macht« (M. Herren) jenseits der traditionellen Diplomatie gerade in dem von Mittler behandelten Zeitraum nachdrücklich hingewiesen hat. Eine Berücksichtigung dieses Zugriffs auf die internationale Politik hätte für die Beantwortung der Frage nach dem außenpolitischen Spielraum des Kleinstaats weitere Gesichtspunkte beisteuern können.

*Christian Koller*

*Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die »Ideen von 1914« und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin: Akademie Verl. 2003, 403 S., EUR 49,80 [ISBN 3-05-003745-8]*

Die Doktorarbeit Steffen Bruendels beschäftigt sich mit dem Bild von Gesellschaft und Krieg deutscher Intellektueller, deren politisch-relevante Schriften der Autor für die gesamte Zeit des Krieges untersucht hat. Die Auswahl reicht von Gesellschaftswissenschaftlern wie Max Weber und Friedrich Meinecke bis zu Naturwissenschaftlern wie Georg Friedrich Nicolai und Otto Hahn, und von solchen die kurz nach dem »Großen Krieg« verstorben sind, bis zu denjenigen, die noch bis spät in den Kalten Krieg gewirkt haben.

Diese ideengeschichtliche Studie ist sehr reizvoll. Mit großer Präzision seziiert Bruendel komplexe Konzepte und ideologische Entwicklungen, soweit sich so etwas bei dem »Gedankenwirrwarr« dieser großen Gelehrten anstellen läßt. Die Gefahr, wie der Autor erkennt, liegt im Versuch, etwas von Natur aus Schwammiges und Vages (wie »die Ideen von 1914«) in wirklich kohärente logische Formen zu pressen, ein Versuch bei dem die Logik und geistige Klarheit des Forschers oft nicht der allzumenschlichen Verwirrung in Zeiten der Krisen und der Unsicherheit gerecht wird. Bruendel umschifft diese Gefahr geschickt, indem er sich sehr hilfreicher Definitionen bedient. Dabei erkennt er scharfsinnig in Anlehnung an Eric Hobsbawm, daß »Ideen wie die der Nation der Traditionserfindung« bedürfen. Bei Wissenschaftlern, die am öffentlichen Diskurs teilhaben, können Konzepte und Ideen mitgedacht werden, die andere formuliert haben – und dies zeigt Bruendel überzeugend an seinen Beispielen.

Besonders wichtig ist sein Beweis, daß es bei fast allen seinen Studienobjekten zu einem bemerkbaren Bewußtseinswechsel gekommen ist. Dabei teilt Bruendel den »Großen Krieg« in zwei Phasen ein: 1914–1916 und 1916–1918/19.

Die erste Zeit war dominiert von den »Ideen von 1914«, die recht viel gemein hatten mit der Alliance Sacrée in Frankreich. Auf beiden Seiten des Rheins wurde unter dem Eindruck des Kriegausbruchs ein »Burgfrieden« zwischen den gegnerischen Parteien innerhalb des Landes geschlossen. Dieser Schulterschuß jeweils innerhalb Deutschlands und Frankreichs ging einher mit einem nach außen gerichteten Chauvinismus, der u.a. dazu führte, daß deutsche Wissenschaftler ihre aus-

ländischen Orden und Auszeichnungen zurückgaben und ausländische Mitglieder aus deutschen wissenschaftlichen Akademien ausgeschlossen wurden. Gleichzeitig wurde an die Opferbereitschaft der Menschen appelliert: von der »Einordnung« und »Selbstbeschränkung« des einzelnen (auch der Zivilisten) bis hin zur Selbstaufgabe und zur Todesbereitschaft der Soldaten. Dabei wurden die »deutschen« »Ideen von 1914« bewußt denen der Französischen Revolution entgegengesetzt, denn *égalité, fraternité und liberté* seien, so der Nationalökonom Werner Sombart, »echte und rechte Händlerideale«. Freiheit im französischen aber auch im britischen oder amerikanischen Sinne wurde von korporativistischen deutschen Intellektuellen als »Willkür« und »Zügellosigkeit« gesehen, die bei ihnen »Überdruß und Ekel und innerliche Selbstauflösung« hervorriefen. Statt dessen wollten sie »Ordnung«, »Gehorsam und Selbständigkeit« sowie »Kameradschaft« statt »Gleichheit«. Alle, nicht nur die Konstitutivisten, wollten Reformen im Regierungssystem, wobei dem Kaiser, einem Kanzler oder sonstigen autoritativen Gestalten aber ungleich viel mehr Macht eingeräumt wurde als dem Volke – nicht Volkssouveränität war erwünscht, sondern das warme, kritikfeindliche, von oben beschützte Konzept der Volksgemeinschaft.

Interessanterweise war in diesen Schriften der Intellektuellen nicht vom Ziel einer deutschen Weltherrschaft die Rede, außer im geistigen Sinne. Dagegen wurde es als Ziel formuliert, die britische (natürlich sprachen Deutsche immer von der »englischen«, obwohl es ab 1707 keinen englischen Staat mehr gegeben hat) Vorherrschaft auf dem Meere zu brechen.

Der Bewußtseinswandel nahm dann folgende Gestalt an: In der zweiten Kriegshälfte schwand die Kaiserbegeisterung bei den Intellektuellen beachtlich; nach 1918 wollte kaum ein Intellektueller die Rückkehr zur Monarchie. Nicht geschwunden aber war die Präferenz der Intellektuellen für eine autoritäre, patriarchalische Staatsform. »Wilde Parlamentsherrschaft«, so schien es besonders den Korporativisten, galt es zu verhindern, und auch die Konstitutivisten waren nicht begeistert davon, britische, französische oder amerikanische Modelle der Demokratie nachzuahmen. Gleichzeitig wurden die Vorstellungen von der Volksgemeinschaft als »imagined community« immer exklusiver: am Ende des Ersten Weltkrieges begann der Antisemitismus ein Interpretationsmuster in der Schuldzuweisung für Meutereien und revolutionäre Gehorsamsverweigerung zu werden. Völkisch-rassistische Ideen, die vormals eher von einer »lunatic fringe« vertreten worden waren, gefielen mehr und mehr den Durchschnittsbürgern, zu denen sich in dieser Hinsicht die Gelehrten auch rechnen lassen. Nur die eigene Herkunft bereitete ihnen bei diesem Interpretationsmuster Schwierigkeiten und einige verweigerten sich dem aufschwellenden Mehrheits-Trend.

Zeitweilig, in den Jahren 1916–1918, sahen viele der hier betrachteten Wissenschaftler den Krieg weniger positiv, nachdem sie Söhne und Brüder auf dem Schlachtfeld verloren hatten, oder gar selbst verwundet worden waren. Doch diese Dämpfung ihres Bellizismus durch persönliches Leiden blieb langfristig keine Kraft von gesellschaftlicher Wichtigkeit. Wenn nach 1918 etliche der hier untersuchten Gelehrten ihre Einstellungen zum Krieg und zum aggressiven Nationalismus änderten, dann waren es oft Juden, die immer mehr ins Exil gedrängt wurden, oder Außenseiter, deren Schriften erst nach 1945 mit offenem Geist gelesen werden konnten. Statt dessen wurden die »Ideen von 1914« von den Nationalsozialisten für ihre Ziele ausgeschlachtet, bis kaum noch einer sich der Unterschiede voll bewußt war.

Alles in allem bestätigt diese interessante Studie das Befremden, mit dem wir heute die Ideen dieser Generationen deutschsprachiger Gelehrter lesen. In vielem ist klar: nicht *sie* sind unsere geistigen Vorfahren, sondern Gelehrte wie Norman Angell, Albert Schweitzer, Bertrand Russell, John Maynard Keynes, Gaston Bouthoul, Kingsley Martin oder Schriftsteller wie Karl Kraus, Erich Maria Remarque, Roland Dorgelès, George Bernhard Shaw und Politiker wie Aristide Briand und Frank B. Kellogg. So sind für uns Europäer von heute nicht die »Ideen von 1914« unsere ideologischen Wurzeln, sondern die von 1789.

*Beatrice Heuser*

*Jean-Paul Loosli, Hartmannsweilerkopf 1914–1918. Dokumentation.* Hrsg. von Hans Rudolf Fuhrer, Militärakademie an der ETH Zürich, Dozentur Militärgeschichte, Au: MILAK/ETH 2003, 68 S., sFr 20,- (= Militärgeschichte zum Anfassen, 14 d)

*Jean Checinski, Les Poilus de Mulhouse à la crête des Vosges, Strasbourg: Editions Coprur 1999, 239 S., FF 214,50 [ISBN 2-84208-045-9]*

Im Umfelde des Erinnerns an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor neun Dutzenden Jahren hat sich die »Jahrestagbewältigungsmaschinerie« auch eher randständigen Ereignissen zugewandt. Zwei Publikationen aus dem benachbarten Ausland widmen sich einem Brennpunkte des Kampfgeschehens im Westen, dessen Name bis heute seinen schicksalsträchtigen Beiklang behalten hat. Der Hartmannsweilerkopf, ein in der unteren Mittelgebirgszone angesiedelter oberelsässischer Vogesenausläufer von knapp tausend Metern Höhe, mutierte im »Großen Kriege« zum »mangeur des hommes«, zum Menschenfresser, dessen Wirkungen noch heute an Ort und Stelle besichtigt werden können (vgl. MGZ 59/2000, S. 466–468). Seine taktisch günstige Lage, die ihn schon zu Beginn des Krieges zum begehrten Ziele beider kriegführenden Nationen machte, ließ ihn im Laufe der Kämpfe zum Prestigeobjekt werden, dessen Besitz vornehmlich für die Franzosen letztlich fast zum alleinigen Movens soldatischen Einsatzes wurde. So steht der Name dieses Berges bis in unsere Tage als Symbol für französische gloire, die dem Gegner auch noch im Tode den Ort unsäglichen Leidens und Sterbens als Grablege verwehrt und ihn in die Ebene verbannte. Offizielle Veranstaltungen an dieser Stätte halten auch neunzig Jahre danach diesen Geist noch am Leben und geben ihm neue Nahrung.

Entscheidend für die Bedeutung des Hartmannsweilerkopfes im großen Rahmen der Operationsgeschichte des Ersten Weltkrieges aber bleibt die dort erstmals erprobte taktische Neuerung des Stoßtruppgedankens im Kompanie- und Bataillonsrahmen, wie er dann im Verlaufe des Krieges bei allen deutschen und auch österreichischen Verbänden zur Anwendung kam. Dieses Konzept von Bewegung und Überraschung zur Überwindung des Stellungskrieges sollte seine Überhöhung im operativen Bereiche ein Vierteljahrhundert später an der selben Stelle finden, als es der ohne Rücksicht auf Flankendeckung operierenden, in kühnem »Sichelschnitt« gegen die Schweizer Grenze vorstoßenden Panzergruppe Guderian gelang, am Fuße des Berges im Zusammenwirken mit der am Oberrhein stehenden 7. Armee den »Lothringer Kessel« mit insgesamt 500 000 Mann ganz im Schlieffenschen Sinne zu schließen. Der Name dieses Berges steht so für die Geburtsstunde eines aus dem taktischen Bereiche entwickelten operativen Denkens, dessen materieller

Durchbruch erst im darauf folgenden Kriege mit Hilfe der für den Stoßtruppgedanken geradezu prädestinierten Panzerwaffe in Verbindung mit den Vorstellungen des Grafen Schlieffen erreicht werden konnte und als »Blitzkrieg« Furore machen sollte.

Die in der Reihe »Militärgeschichte zum Anfassen« veröffentlichte Studie der Militärsektion an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich berichtet von alledem nichts, nennt nicht einmal den Namen jenes »Erfinders« dieser Stoßtrupptaktik, des Hauptmanns Rohr aus dem Gardeschützenbataillon, obgleich sie über »Sinn oder Sinnlosigkeit jener Kämpfe aus historischer Sicht nachzudenken« verspricht. Sie versteht sich als Gegenentwurf zur Auffassung »modernistischer deutscher Historiker«, die Operationsgeschichte als »trockene Materie und altmodischen Ansatz« (S. 2) verwerfen. In der Anlage des Heftes wird der didaktische Ansatz deutlich, Materialien für Referenten und Exkursionsleiter zur Verfügung zu stellen. Dementsprechend gliedert sich der Band in eine allgemeine Einführung zu den deutschen und französischen Kriegsplanungen seit 1871 und der Bedeutung des Elsaß in diesen Konzepten, schildert eingehend die Eröffnungsschlachten um Mülhausen im August 1914 und schließlich die Gefechte um den Hartmannsweilerkopf in den Jahren 1915 bis 1918. Zusätzliches, hintergrunderhellendes Material bietet der dritte Teil, in dem, in diesem Rahmen etwas sehr breit angelegt, die Offensivplanungen Falkenhayns 1915/16 im Oberelsaß anhand von archivalischen Vorarbeiten zum Weltkriegswerk des Reichsarchives sowie französische Überlegungen vornehmlich aus den Erinnerungen des Befehlshabers der Groupe d'armées de l'Est, Général Dubail, vorgestellt werden. Diese vor allem aus schweizerischer Sicht interessierenden Planungen hinsichtlich der Rolle der Schweiz in einem deren Neutralität bedrohenden Kriegstheater vor der eigenen, mittels der »Grenzbesetzung« stark bewachten Haustüre, wurden schließlich durch die Wahl von Verdun statt Belfort als Angriffsobjekt obsolet und taugen nur bedingt, die Kämpfe am Hartmannsweilerkopfe als »Ausdruck operativer Überlegungen und breit angelegter militärischer Planungen« zu werten (S. 44). Einige, etwas willkürlich ausgewählte Dokumente sowie zahlreiche ansprechende Kartenskizzen und Photographien in eher mäßiger Qualität illustrieren und vertiefen die Situation am Berge.

Leider hat der Herausgeber auf ein Lektorat verzichtet, denn neben einer Reihe von sachlichen Fehlern wie z.B. die Datierung des Berliner Kongresses in das Jahr 1877 (S. 5) oder Verlegung des XV. Armeekorps nach Karlsruhe (S. 9) läßt der Text durchweg Einheitlichkeit in der Schreibweise vermissen. Heutige (französische) und frühere (deutsche) Ortsnamen wechseln in ein und derselben Skizze mehrfach ab (passim), spezifisch deutsche militärische Termini scheinen dem Verfasser nicht präsent zu sein – Verwechslung von Landwehr und Reserve (S. 20), grammatikalisch fragwürdige Einheitsbezeichnungen (der Ulane, der Schwadron) –, fehldatierte Skizzen-Legenden (S. 21), ungeprüfte Übernahme verstümmelter Flurnamen in einer Zeichnung ohne Quellenangabe (S. 43), konsequent falsche Namensformen (Neandrup statt Naendrup; S. 34 f.), fehlender Skizzeneintrag im Texte erwähnter Einheiten (S. 23) und ein dem Originalwortlaut nicht entsprechend wiedergegebenes Falkenhayn-Zitat (S. 10) sind mehr als ärgerlich. Für den beabsichtigten Zweck allerdings, den Unterricht in Schweizer Militärschulen, mag dieses Heft hinreichend geeignet sein.

Weniger einen militärischen denn einen regionalgeschichtlichen Schwerpunkt setzt der Elsässer Lokalhistoriker Jean Checinski mit der hier anzuzeigenden Pu-

blikation, die ein eindrucksvolles Gemälde einer europäischen Region in einer extremen Umbruchsituation zeichnet. Die besondere Situation eines Grenzlandes, dessen Zugehörigkeit zum Reiche erst eine Generation zurücklag und dessen Bevölkerung einem Regermanisierungsprozeß unterworfen worden war, als dessen stärkste Stütze das preußische Militär wirkte, hatte bereits vor dem Kriege aus eher unbedeutendem Anlasse zu Konflikten zwischen Zivilbevölkerung und Offizierkorps geführt. Am Beispiel der Industriestadt Mülhausen i.E. eröffnet der Autor ein farbenprächtiges Panorama einer Stadt und Landschaft im Kriege, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Denn der reich, z.T. farbig illustrierte Band mit vielen, wenig bekannten zeitgenössischen Photographien und Propagandapostkarten beider Seiten bietet einen überzeugenden Einblick in eine Übergangsgesellschaft in all ihren Facetten. Die Sonderstellung des Reichslandes Elsaß-Lothringen als reichsunmittelbare Gebietskörperschaft nach der Angliederung, die trotz eines in Gang gekommenen Normalisierungsprozesses nach Aufhebung des »Diktaturparagraphen« im Jahre 1902 und mit der Einführung einer Landesverfassung im Jahre 1911 bis zum Beginn des Krieges aus mannigfaltigen Gründen nicht beseitigt werden konnte, zeitigte Spannungen – erinnert sei an die »Zaberner Affaire« des Jahres 1913 –, die nach Ausrufung des Kriegszustandes den als »unsichere Kantonisten« eingestuften Bewohnern dieses Grenzlandes eine besondere Last auferlegte. Da die deutsche Operationsplanung den von Schlieffen erhofften »Liebesdienst« der Franzosen nicht angenommen, sondern in kräftigen, frontalen Gegenstößen den ins Elsaß eingedrungenen Feind zurückgeworfen und somit zwei aktive Armeekorps dem operativen Schwerpunkt entzogen hatte, fielen gleich zu Kriegsbeginn die entfesselten Furen des sich anbahnenden Völkerschlachts in das Oberelsaß und dessen größte Stadt, das gewerbereiche Mülhausen i.E., ein, das Schauplatz zweier nach ihm benannten Schlachten im August des Jahres 1914 wurde.

Vor diesem Hintergrunde schildert der Verfasser die vierjährige Leidenszeit der elsässischen Bevölkerung unter einer mittels des Ausnahmezustandes rigide auch gegen die zivilen Behörden durchgreifenden Militärherrschaft unter dem Kommando des reaktivierten Generals Hans Gaede, dem als Oberbefehlshaber einer Armeeeinheit der Schutz der »südwestdeutschen Marken« anvertraut war. Neben dem lokalen Kriegsgeschehen in den Vogesen, dessen toponomastische Signaturen wie Hartmannsweilerkopf, Lingekopf, Reichackerkopf und Hilsenfirst bis heute im Bewußtsein der Elsässer tief eingeebrannt sind und die deshalb eine ausführliche Würdigung (einschließlich anschaulicher Kartenskizzen) erfahren, weisen auch die folgenden Kapitel, die den Stellungskrieg, neue Waffenentwicklungen und das tägliche Leben unter Kriegsbedingungen zum Vorwurf haben, auf die besondere Lage dieses während des gesamten Krieges einzig teilbesetzten und vom Kriege überzogenen deutschen Landes hin.

Der Verfasser hat seinen elsässischen Landsleuten, vornehmlich, wie der Titel verheißt, den in den Reihen der französischen Armee kämpfenden, d.h. den sich dem Wehrdienst in der deutschen Armee versagenden, mit diesem Buche ein Denkmal gesetzt, wie es sich einst auch Friedrich Spieser mit seiner Hünenburg für die auf deutscher Seite fechtenden elsässischen Soldaten dauerhaft gewünscht hatte. Der Hoffnung des Autors, »l'Alsace ne soit le terrain d'un quelconque conflit armé« (S. 229), wird man zustimmen, ohne der punktuell oft einseitigen Diktion insgesamt beipflichten zu können. In einer Aufstellung der Nekropolen des Oberelsaß die zahlreichen deutschen Soldatenfriedhöfe zu negieren, ist nicht nur höchst frag-

würdig, sondern auch der deutsch-französischen Aussöhnung über die Gräber hinweg mehr als abträglich.

*Karlheinz Deisenroth*

*Boris Barth, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf: Droste 2003, X, 625 S. (= Schriften des Bundesarchivs, 61), EUR 49,80 [ISBN 3-7700-1615-7]*

Die vorliegende Studie, eine in Konstanz 2002 angenommene Habilitationsschrift, bietet die erste umfassende Darstellung und Erörterung der »Dolchstoßlegende« und damit all jener bereits während des Ersten Weltkrieges einsetzenden und die gesamte Weimarer Republik durchziehenden, letztlich überaus erfolgreichen Versuche, die Ursachen und das Ausmaß der militärischen Niederlage Deutschlands an der Westfront durch eine Form der politischen Mythenbildung zu verdecken. Über einzelne Aspekte dieses Mythenkomplexes ist die historische Forschung seit langem informiert, wie etwa über die Debatten im Rahmen des Untersuchungsausschusses oder im parallel laufenden Münchener Dolchstoßprozeß 1925. Aber viele der bislang vorliegenden Arbeiten, insbesondere die Studie von Joachim Petzold aus dem Jahr 1963, haben eine rein instrumentelle Sicht der Legende vertreten, nach welcher diese zynisch und gezielt zur Diffamierung republikfreundlicher Kreise eingesetzt worden sei. Diese Deutung wird vom Verfasser dort aufrechterhalten, wo sie sich gut und konzeptionell sinnvoll belegen läßt, was insbesondere für den radikalantisemitischen Alldeutschen Verband gilt. Denn dieser setzte die Dolchstoßlegende ganz gezielt und manipulativ ein, um eine umfassende bürgerliche Mobilisierung gegen den verhaßten Weimarer Staat in die Wege leiten zu können (S. 359–379).

Aber ansonsten war die Sachlage komplexer, und es ist ein Ziel dieser sehr detaillierten und weit ausholenden Studie, diese Komplexität erstmals umfassend zur Geltung zu bringen. Der Verfasser kann sich dabei auf eine äußerst umfangreiche Materialbasis stützen. Diese beinhaltet neben einer umfassenden Durchsicht vor allem der vielen einschlägigen Nachlässe in den Bundesarchiven in Freiburg und Koblenz sowie weiterer Archivquellen die Benutzung der zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften bürgerlicher und rechtsgerichteter Parteien, Verbände und Vereinigungen. Zudem kann sich der Verfasser auf seine beinahe enzyklopädische Kenntnis der umfangreichen Forschungsliteratur zur Geschichte von Bürgertum, Militär und politischer Kultur in der Weimarer Republik stützen. Diese Materialfülle wird im wesentlichen dazu benutzt, das Panorama der Dolchstoßlegende als eines Syndroms zu entfalten, das der Selbstverständigung und intellektuellen Orientierung verschiedener bürgerlicher Gruppen und der Paramilitärs in den Freikorps im Zuge des als Trauma empfundenen Übergangs von der Monarchie zur Republik und der militärischen Niederlage diene. Der Mythos vom Dolchstoß war, so kann man die Kernthese des Verfassers zusammenfassen, ein symbolisch und emotional aufgeladener Versuch vor allem bildungsbürgerlicher Kreise, sich und anderen das Scheitern der gesellschaftlichen Mobilisierung für die nationale Kriegsanstrengung auf eine suggestive Weise plausibel zu machen und damit zugleich die

eigene psychische und politische Investition in dieses fehlgeschlagene Projekt nicht als völlig ort- und nutzlos verbuchen zu müssen.

Diese Hypothese wird vom Verfasser entfaltet, indem er zunächst noch einmal das Scheitern der gesellschaftlichen Mobilisierung an der Heimatfront erörtert, das ab 1917 in der Politisierung des Sozialprotestes der streikenden Arbeiterschaft und der Kriegerfrauen sichtbar wurde, die in Hungerprotesten ihre Unzufriedenheit mit der katastrophalen Versorgungslage und den Ungerechtigkeiten der Verteilung artikulierten. Sodann werden noch einmal die Befunde über die rapide vorschreitende personelle und stimmungsmäßige Desintegration der Fronttruppenteile rekapituliert, die sich seit dem Sommer 1918 im Gefolge des deutschen Rückzuges vollzog. Im Hinblick auf die Entscheidungs- und Diskussionsprozesse in der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung ab dem 28. September 1918, als Ludendorff die sofortige Anbahnung eines Waffenstillstandes gefordert hatte, versäumt der Verfasser leider eine Auseinandersetzung mit den Thesen von Michael Geyer (*Journal of Modern History* 73, 2001) zur Signifikanz eines katastrophischen Nationalismus in eben diesen Kreisen, die auf die bedingungslose Fortsetzung des Kampfes um jeden Preis pochten und dabei die Selbstzerstörung der deutschen Nation als die einzig mögliche Alternative zur Schmach einer Niederlage ins Auge faßten. Walther Rathenau als Urheber dieser Idee einer »*levée en masse*« wird zwar an anderer Stelle kurz erwähnt (S. 143), die Kontroverse um diese Forderung aber nicht in ihren militärischen Kontext gerückt.

Weitere Abschnitte widmen sich dem im Moment der Niederlage offenkundig werdenden Scheitern der hypertrophen nationalprotestantischen Sinngebungsversuche für den Krieg und dem symbolischen Vakuum, das Wilhelm II. mit seiner Flucht in das niederländische Exil bis weit in rechtsgerichtete und monarchistische Kreise hinein hinterlassen hat. Vielleicht etwas zu viel Gewicht wird den vollmundigen Selbstbezeichnungen einiger Linksradikaler wie Emil Barth zugemessen, welche die revolutionäre Untergrabung der Kampf- und Durchhaltungsmoral nach 1918 als das Ergebnis ihrer gezielten Propaganda darstellten und damit die antibolschewistische Hysterie und die Überzeugungskraft der Dolchstoßlegende im Bürgertum verstärkten. In den drei zentralen und längsten Abschnitten der Studie (S. 229–485) wird die Ausdifferenzierung und intellektuelle Vergesellschaftung der Dolchstoßlegende in den Freikorps, insbesondere bei den Baltikumkämpfern, in monarchistischen, nationalprotestantischen und rechtsradikalen Submilieus sowie in den bildungsbürgerlichen Diskursen nachgezeichnet. Dabei wird vor allem im Detail verfolgt, wie der »Dolchstoß« hier jeweils zur Binnenintegration und symbolisch-rituellen Selbstvergewisserung dieser Gruppen benutzt werden konnte. Die Inanspruchnahme dieses Topos führte dagegen in der Gesamtgesellschaft eher zur Verweigerung wie schließlich auch zum Abbruch der Kommunikation (S. 516) und verschärfte damit die inneren Konfliktlagen der Weimarer Demokratie immens.

Dieses Argument wird insgesamt auf sehr überzeugende Weise entfaltet, wobei die Darstellung neben der Wiederholung mancher im Kern bereits bekannter Zusammenhänge auch vielfach zu neuen und überzeugenden Einsichten führt, so etwa wenn der Ruhrkrieg 1920 im Kern als ein Aufstand der in der »Roten Ruhrarmee« organisierten Frontsoldaten aus der Arbeiterschaft gegen die ihnen »verhaßte Armeehierarchie des Weltkrieges« gedeutet wird (S. 279). Ein allerdings substanzielles und entscheidendes Manko der Studie besteht jedoch in ihrer völligen Ignoranz gegenüber der geschlechtergeschichtlichen Dimension des Dolch-

stoßmythos. Als nur ein eindringliches Beispiel dafür läßt sich die erstmals in dieser Zeitschrift (55, 1996, S. 175) publizierte Zeichnung anführen, in welcher der Fregattenkapitän Bogislav v. Selchow den Dolchstoß als die Tat einer mit dem Medusenhaupt, der Hakennase und dem Davidstern als jüdische Furie gekennzeichneten Frau hingestellt hat. Dieses Bild zeigt überdeutlich die Verschränkung geschlechterpolitischer Beunruhigung durch eine als »weiblich« konnotierte Heimatfront mit der Aufweichung traditioneller männlicher Ehrbegriffe, die im Zentrum des Dolchstoßmythos stand. Das Bild taucht in einer auf Seite 298 leider ohne genaue Datumsangabe reproduzierten Abbildung aus dem *Simplicissimus* wieder auf, ohne daß der Verfasser den verschlungenen Wegen zu dieser Reproduktion nachgegangen wäre, wie er überhaupt der bildhaft-metaphorischen Dimension des Dolchstoßes keinerlei Beachtung schenkt, obwohl es sich letztlich um nichts anderes als eine Metapher handelt (vgl. S. 412). Dabei enthält das vom Verfasser ausgebreitete Material viele Hinweise auf die geschlechtergeschichtliche Dimensionierung des »Dolchstoßes«, von den Bildern der »Flintenweiber« bei den Freikorpskämpfern (S. 386, 545) bis hin zu Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf, der den Dolchstoß als eine »Selbstentmannung« des deutschen Volkes charakterisierte (S. 413). Eine Auseinandersetzung mit der wachsenden Literatur, die sich der geschlechtergeschichtlichen Komponente des soldatischen Ehrbegriffs und seines vergemeinschaftenden Normenhorizontes widmet, fehlt völlig. Eine wirklich grundlegende und innovative Darstellung des Dolchstoßmythos hätte letztlich erfordert, das ebenso genialische wie konfuse, hier aber nicht einmal zitierte Buch von Klaus Theweleit über die militärisch-bürgerlichen »Männerphantasien« neu zu schreiben und damit eine in der Tat entscheidende Forschungslücke zu füllen. Und an dieser Aufgabe muß sich die Studie von Boris Barth wohl vor allem messen lassen.

Benjamin Ziemann

*Secret intelligence in the twentieth century.* Ed. by Heike Bungert, Jan G. Heitmann and Michael Wala. Forw. by Nigel West, London, Portland, OR: Frank Cass 2003, XXIII, 200 S., £ 19,00 [ISBN 0-7146-8331-0]

Dreizehn Aufsätze und die Einführung der Herausgeber vereint dieser Sammelband zur Geheimdienstgeschichte des 20. Jahrhunderts. Publiziert werden Ergebnisse zweier Konferenzen der International Intelligence History Association, aus den Jahren 1996 und 1997. Ungeachtet der damit reichlich späten Veröffentlichung und der breiten Themenpalette handelt es sich um ein anregendes Buch. Daß es in englischer Sprache erscheint, ist angesichts der anglo-amerikanischen Dominanz in der Geheimdienstforschung verständlich. Eine deutsche Ausgabe wäre dennoch wünschenswert gewesen, um den Möglichkeiten seriöser historischer Arbeit auf diesem Feld auch hierzulande verstärkte Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Was bedeutet »intelligence« überhaupt, wo das Wort in den Facetten seiner Bedeutung doch nur schwer aus dem Englischen übertragbar ist? Mario Del Pero sucht den kleinsten Nenner und versteht »intelligence« als Gegenteil von »ignorance«: »It is derived by transforming ›raw‹ and factual information into real knowledge« (S. 70). Geheimdienstliche Aufklärung ist allerdings nur eine Seite von »intelligence«. In einem breiteren Verständnis zählen dazu auch »operations«, obwohl diese eigentlich den semantischen Gegenpol »intelligenter« Analyse markieren.

Die Herausgeber jedenfalls liegen mit ihrer Entscheidung, unter »intelligence« ein methodisch differenziertes, gleichwohl genuines geheimdienstliches Profil zu subsumieren, auf Augenhöhe mit den gegenwärtigen Forschungsinteressen in den USA und in Großbritannien. Sie heben hervor, daß bei der Zusammenstellung der Beiträge inhaltlich zwei Schwerpunkte gesetzt wurden: zum einen das »bureaucratic infighting« zwischen verschiedenen Geheimdiensten eines Landes und der Geheimdienste mit anderen Regierungsbehörden sowie in einem größeren Blickwinkel die Konfrontation mit der jeweiligen Gesellschaft; zum anderen die Integration von Geheimdienstgeschichte und der Geschichte der Internationalen Beziehungen (S. XX). Zeitlich und räumlich reichen die Darstellungen vom Deutschland des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik bis ins Kanada der 1980er Jahre. Den eindeutigen Schwerpunkt bilden jedoch Texte zur frühen Phase des Kalten Krieges. Ein Bezug zur deutschen Geschichte ergibt sich bei fast allen Autoren.

*Ludwig Richter* stellt fest, daß der deutsche militärische Geheimdienst des Ersten Weltkrieges (Abteilung III b des Großen Generalstabes) relativ ineffektiv war. Eifersüchtig wachte das Auswärtige Amt darüber, daß sich das Militär nicht in politische Angelegenheiten einmischte. Erst in der Weimarer Republik konnte sich schließlich die Reichswehr durchsetzen und neben der militärischen zudem die politische Aufklärung übernehmen. *Cornelia Wilhelm* bemerkt in ihrem Aufsatz über »ethnic Germans« als Instrument deutscher Geheimdienste in den USA zwischen 1933 und 1945, daß alle Versuche vor 1939 und während des Krieges, deutschstämmige US-Bürger effektiv für nachrichtendienstliche Zwecke zu gewinnen, scheiterten. Im Gegenteil sorgten verschiedene mißlungene, aber öffentlich bekannt gewordene Aktionen dafür, daß bald alle Deutsch-Amerikaner in den Vereinigten Staaten als potentielle Spione angesehen wurden.

Die oben erwähnten entgegengesetzten Pole von »intelligence« untersuchen *Petra Marquardt-Bigman* mit der »Research & Analysis Branch« des Office of Strategic Services und *Mario Del Pero* mit der Funktion von verdeckten Operationen in der amerikanischen Außenpolitik im Kalten Krieg: »chairborne« versus »airborne« also (S. 60). Marquardt-Bigman zeigt, wie sich vor dem Hintergrund eines neuen empirischen Forschungsparadigmas in den Sozialwissenschaften die R&A Branch nach anfänglicher Geringschätzung zu einem über 1000 Männer und Frauen starken, respektierten »think tank« im OSS entwickeln konnte. Nach dessen Auflösung wurden die Mitarbeiter der Abteilung ins State Department und dann in die CIA übernommen. Während wissenschaftliche Professionalität als andauerndes Erbe der nachrichtendienstliche Analyse der CIA bestimmte, war es ausgerechnet der Intellektuelle Henry Kissinger, der als Nationaler Sicherheitsberater schnelle, pointierte, am investigativen Qualitätsjournalismus geschulte Berichte den National Intelligence Estimates der Wissenschaftler vorzog. Außerdem blieben »covert operations«, wie auch Marquardt-Bigman bestätigt, stets die favorisierte Methode der amerikanischen Dienste. Del Pero zählt politische, wirtschaftliche, propagandistische und paramilitärische Aktionen zu diesem Repertoire. Selbst »realistische« Macher der amerikanischen Außenpolitik wie George F. Kennan schlugen im frühen Kalten Krieg die Wahl der Waffen aus diesem geheimen Spektrum vor. Später, als sich der bipolare Konflikt von Europa in die Dritte Welt verschob, wurden verdeckte Aktionen immer wichtiger. Del Pero wertet sie als oftmals einzige Alternative zu einem großen Krieg und will sie daher im Kontext der regulären diplomatischen und militärischen Strategie der US-Außenpolitik – und eben nicht als Sonderfall – begreifen: »Yet the link between covert operations and policies did not lie

[...] in the joint planning and organization of covert operations. It was instead a natural outgrowth of the manner in which the priorities of US foreign Policy were defined« (S. 78).

*Horst Boog* berichtet über die systematische Befragung von deutschen Kriegsgefangenen, die aus der UdSSR in die Bundesrepublik zurückkehrten, durch den Nachrichtendienst der US-Luftwaffe. Ab dem Herbst 1949 wurden innerhalb von fünf Jahren 300 000 ehemalige Soldaten interviewt, um ein »all-around picture« der Sowjetunion zu erhalten. Das methodische Problem dieser Massenauswertung von Human Intelligence lag in der dominierend negativen Perspektive im Rußlandbild der Ex-Kriegsgefangenen. Es war Aufgabe und Leistung der Air-Force-Befrager, daraus ein möglichst objektives Lagebild zu gewinnen. Ausgangspunkt für die Erläuterungen von *Frank Cain* sind die Anfänge der amerikanischen Wirtschaftsembargo-Politik gegen den Ostblock. Das Industripotential der UdSSR konnte nach US-Meinung nicht von deren Kriegspotential gelöst betrachtet werden. Ziel der Politik Washingtons war es, die Alliierten mit Hilfe des Co-Ordinating Committee for the Control of East-West-Trade (COCOM) auf diese Strategie zu verpflichten. Mit nachrichtendienstlichen Mitteln gelang es den USA sehr effizient, Embargo-Brecher aufzuspüren. Als Standort der COCOM-Zentrale wurde nicht zufällig Paris gewählt: Von dort aus sollte die eigenmächtige französische Handelspolitik überwacht werden.

*Christian Ostermann* fragt nach dem Erfolg der amerikanischen Aufklärung im Osten Deutschlands bis zum Volksaufstand am 17. Juni 1953. Berlin war strategische Basis für die Aufklärung gegen sowjetische Einrichtungen in der SBZ/DDR. Darüber und über die sowjetische Deutschlandpolitik war die CIA zunächst gut informiert, weniger dagegen über die internen Vorgänge im SED-Regime. Nicht die DDR an sich interessierte die Amerikaner, sondern das sowjetische Potential im Lande. Allerdings schlugen 1950 Wallace Carroll und Hans Speier in einem geheimen Bericht des State Departments vor, eine Reihe von verdeckten Operationen bis hin zu Attentaten gegen Personen in der DDR zu unternehmen, um den Zusammenschluß einer kraftvollen Widerstandsbewegung in der sowjetischen Zone zu stimulieren. Doch schon der National Intelligence Estimate vom April 1955 verwarf Vorstellungen vom Entstehen ausreichend starker Dissidentengruppen im Ostblock. Der 17. Juni 1953 war daher keine Maßnahme aus dem Katalog von Carroll und Speier: Die CIA wurde nach Ostermanns Recherchen von den Ereignissen überrascht. Das bestätigt *David E. Murphy*, von 1954 bis 1961 Mitarbeiter in deren Berliner Residentur. CIA-Chef Allen W. Dulles erklärte bereits am 18. Juni, die US-Beteiligung an den Vorgängen in der DDR beschränke sich auf »expressions of sympathy and admiration« (S. 155).

*James H. Critchfield* gehörte ebenfalls zu den Amerikanern im Dienste der Dienste. Als CIA-Repräsentant begleitete er ab Herbst 1948 die Entwicklung der Organisation Gehlen zum Bundesnachrichtendienst. Critchfield betont das Prozeßhafte des Vorgangs; die Übernahme von Personal und Kenntnissen der Abteilung Fremde Heere Ost folgte keinem amerikanischen Masterplan. In Pullach liefen zunächst zwei Operationen, wie Critchfield bei seiner Ankunft erkannte: Gehlens Aufbau eines Nachrichtendienstes lief parallel zu Anstrengungen Heusingers, Grundlagen für eine westdeutsche Wiederbewaffnung zu schaffen. Zwischen Gehlen und Heusinger existierten deshalb Spannungen, die sich mit dem Ausbruch des Korea-Kriegs lösten, als sich zwei getrennte Wege abzuzeichnen begannen.

»James Bond never came to Canada, and no Canadian kept watch for an overdue agent at Checkpoint Charlie with Alec Leamas« (S. 189): *Wesley K. Wark* weist abschließend darauf hin, daß Kanada als einziges G-8-Land zwar über einen Inlandsgeheimdienst und einen Abhör-Geheimdienst (Signal Intelligence), nicht aber über einen Auslandsnachrichtendienst verfügt. Warks Beitrag zerfällt in zwei Teile, hat er doch zuvor als einer der wenigen Autoren des Bandes die Bedeutung von Geheimdiensten und der sie bestimmenden Faktoren im 20. Jahrhundert: Technologie, Globalisierung, Expansion, Bürokratie und Einfluß der Populärkultur, auch theoretisch beleuchtet. Besonders der Darstellung von Spionage und Nachrichtendiensten in Literatur und Film mißt er große Bedeutung zu, um die Funktion der Dienste in einer Gesellschaft zu legitimieren oder zu delegitimieren. Theoretische Anmerkungen wie diese sind in der Fülle von empirisch angelegten Aufsätzen nur vereinzelt eingestreut. Neben Wark ist es *Gerhard L. Weinberg*, der am Beispiel des Zweiten Weltkrieges auf neue Sichtweisen durch die Hinzuziehung von Geheimdienst-Akten verweist. Das Problem liege allerdings nicht nur im fehlenden Zugang zu den Akten, sondern auch bei den Historikern selbst. Diese wollen laut Weinberg etablierte Pfade einer Forschung aus den Akten der Außenministerien oder der Streitkräfte oft nicht verlassen, müßten sie dann nämlich ihre bisherigen »most cherished interpretations« möglicherweise revidieren (S. 31). Der besprochene Sammelband gibt Anreize, sogleich damit anzufangen.

*Armin Wagner*

*Der Krieg im Bild – Bilder im Krieg.* Hamburger Beiträge zur Historischen Bildforschung. Hrsg. vom Arbeitskreis Historische Bildforschung, Frankfurt a.M., Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Lang 2003, 276 S., EUR 39,80 [ISBN 3-631-39479-9]

Einer der vielversprechendsten kulturwissenschaftlichen Paradigmenwechsel des vergangenen Jahrzehnts stellt sicher der *Iconic Turn* dar. Dieser geht zunächst einmal von einer generellen Verschiebung vom Text zum Bild in einer informationsbasierten und zunehmend globalisierten Kultur aus und stellt im wissenschaftlichen Diskurs den lange dominanten *Linguistic Turn* in Frage. Für die Geschichtswissenschaft wirft die Debatte die Frage nach dem Wert des Bildes als historischer Quelle und dem methodischen Werkzeug zu seiner Bewertung auf. Allein der Umstand, daß sich die bedeutendste militärgeschichtliche Großdebatte der jüngeren Vergangenheit, die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«, vornehmlich um die Verwendung von Bildern gedreht hat, dürfte Grund genug sein, sich ernster mit der Frage zu befassen. Der vorliegende Sammelband geht dieser Frage nach. Er bietet so einen Einblick in die Arbeit der Historischen Bildkunde, einer Disziplin, die sich in Deutschland seit einigen Jahren neben der Kunstgeschichte und der Geschichte zu etablieren sucht.

*Lars Jockhecks* Beitrag über »Bauplastische Allegorien vom Programm des nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungskrieges im Osten« besticht zunächst einmal durch seinen Titel. Die damit beschriebenen Reliefs »Krieg« und »Frieden« im polnischen Radom macht er als das aus, was sie wohl auch waren: platter ikonographischer NS-Eklektizismus und der hilflos anmutende Versuch, eine einigermaßen wahnsinnige Ideologie mit biederer künstlerischen Mitteln zu

überhöhen. *Wolfgang Schmidt* kommt in seiner Untersuchung der Arbeiten der Kriegsmaler der Wehrmacht letztlich zum selben Schluß. Interessant hierbei ist der von ihm beschriebene ästhetische und propagandistische Konkurrenzdruck, dem die Maler durch die neue und stark suggestiv wirkende Propagandafotografie ausgesetzt waren. Dem neuen Medium mit der von diesem in Anspruch genommenen Authentizität konnten die Maler wenig entgegensetzen. Ihre Werke wirkten dagegen wie traditionelle Historienmalerei, womit ihre intendierte propagandistische Wirkung gering blieb.

*Matthias Reiß* stellt die vornehmlich privatwirtschaftliche Organisation und bildnerische Umsetzung der US-amerikanischen Propaganda zwischen 1939 und 1945 vor. In ihrer Visualisierung des Kriegsziels *American Way of Life* verschränkten sich auf bemerkenswerte Weise idealistische mit materiellen Diskursen, wobei letztere nach Ansicht des Autors erstere sogar zu verdrängen begannen. So informativ der Beitrag auch ist, so hätte doch, gerade unter diesem Generalthema, stärker herausgearbeitet werden können, daß die Plakatwerbung ja gerade nicht durch die Bilder allein, sondern erst durch deren textuelle Erläuterung in Gestalt von Slogans ihre propagandistische Wirkung entfaltet (die Arbeiten des vorgestellten Künstlers Norman Rockwell sind das beste Beispiel dafür).

Bewegte Bilder – und zwar die des Golfkriegs von 1990/91 – untersucht *Markus Lohoff*. Die Erläuterungen zur wahrnehmungspsychologischen Wirkung der inzwischen schon topischen Cockpit- und Raketenkopfbilder sind erhellend. In ihrer seinerzeitigen Präsentation in den Nachrichtenmedien erschienen die Video-clips mit Fadenkreuz »inadäquat und inkonsistent« (S. 127).

*Ulrich Prehns* Beitrag über britische und amerikanische Filmberichte über das besiegte Deutsche Reich ab 1945, und namentlich über die Öffnung der Konzentrationslager, zeichnet einen Weg von der »Re-education zur Re-orientation«.

*Habbo Knoch* untersucht das Bild des »Landsers« in frühen bundesrepublikanischen Illustriertenmedien. In einer von Männlichkeitskrise und Wiederbewaffnungsdebatte dominierten Epoche habe dieser eine geschichtspolitische Funktion als »Kommunikationsbrücke« erfüllt, wobei fotografische Visualia eine wichtige Rolle gespielt hätten.

Um die publizierten Erinnerung von deutschen Generalen an den Zweiten Weltkrieg kreist der Beitrag von *John Zimmermann*. So sehr sich der Autor als hervorragender Kenner der textlichen Materie erweist, so schwer ist doch der Zusammenhang mit dem Thema Bild festzustellen. Gerade fünfeinhalb von 25 Seiten widmen sich den Bildern in den Memoiren und das Ergebnis dieser Untersuchung ist, daß Bilder eigentlich kaum eine Rolle gespielt haben, und Grundsätze der redaktionellen Bildauswahl sowie mögliche technische Manipulationen aus forschungspragmatischen Gründen nicht untersucht werden konnten.

Das Bild des Krieges in der deutschen Gegenwartskunst und die Reaktion der Künstler auf die massenmediale Vermittlung von Krieg stellt *Isabell Schenk-Weninger* vor. Dabei beschränkt sie sich auf Künstler, die über »einfache Antikriegskenntnisse« (S. 234) hinauszugelangen suchen – und das macht das Spektrum überschaubar. Unter den vorgestellten Künstler finden sich bekannte Namen wie Wolf Vostell, Anselm Kiefer oder Gerhard Richter. Interessant sind vor allem die unterschiedlichen Medien der künstlerischen Umsetzung, vom verfremdeten Pressefoto über Zitate von Militärkartographie bis hin zu Webpages.

Danach muß sich der Leser für *Martin Knauers* Überlegungen zum »Erzählkurs des Schlachtenpanoramas« wieder in frühere Epochen zurückversetzen. Denn

mit dem Panorama greift der Autor ein Medium auf, das künstlerisch wie in der politischen Wirkungsabsicht antiquiert erscheint. Anton von Werners patriotisches Sedan-Panorama von 1883 (pikanterweise durch eine ausländische Kapitalgesellschaft finanziert) und das merkwürdig zu spät gekommene DDR-Bauernkriegs-panorama Werner Tübkes von 1989 stehen im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Attraktivität des Panoramas lag, so Knauer, in der Fähigkeit, Schlachten und damit Nationalgeschichte als Ansammlung von Anekdoten sowie die »Fiktion zeitlicher und räumlicher Einheit« zu vermitteln (S. 245).

Der Band endet mit *Nikolaus Katzers* Vorstellung der Bilderchronik des russischen Malers Ivan A. Vladimirov (1869–1947). Der Krieg, der hier geschildert wird, ist die Russische Revolution, und der Künstler arbeitete noch aus einer erstaunlich chronistischen Perspektive heraus.

Was fällt an dem Band auf? Zunächst einmal das Fehlen von Beiträgen zur Frühen Neuzeit. Dies ist um so schmerzlicher, als es doch gerade die Forschungen zu dieser Epoche sind, die sich bislang am ehesten mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Bemerkenswert ist auch die anhaltende Wirkung, die der französische Philosoph Paul Virillo – mit Georg Christoph Lichtenberg wohl am ehesten als ein »angenehmer Schwätzer« anzusprechen – auf viele Kunsthistoriker und -theoretiker bis heute ausübt. Wo dessen Lektüre als Einstieg oder ohne fachwissenschaftliche Korrekturen genossen wird, sind die Folgen für das Verständnis von organisierter Gewalt unter den genannten Gruppen kaum abzuschätzen. Schließlich fällt das von *Rainer Wohlfeil* in seinem Vorwort zu Recht eingeforderte methodische Rüstzeug im Hinblick auf die Historische Bildkunde leider knapp aus. Der Erkenntnisgewinn des Bandes beschränkt sich also auf die Fallstudien. Diese sind aber durchweg interessant und können so zumindest einen ersten Einstieg in die Problematik bieten.

*Markus Pöhlmann*

*Stephan Malinowski, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, 2. Aufl., Berlin: Akademie Verl. 2003, 660 S. (= Elitenwandel in der Moderne, 4), EUR 59,80 [ISBN 3-05-004037-8]*

Stephan Malinowski hat ein brillantes Buch über die Geschichte des deutschen Adels zwischen Kaiserreich und NS-Staat geschrieben. Es ist aus seiner Dissertation an der Technischen Universität Berlin entstanden, die von Heinz Reif betreut wurde, und behandelt die Radikalisierung des deutschen Adels, in deren Verlauf sich große Teile dieser Sozialformation von Parteigängern des preußischen Königs zu Gefolgsleuten des »Führers« Adolf Hitler wandelten. Der ausgezeichnete Titel bringt das Thema auf den Punkt. Dem Autor geht es um eine »Darstellung des Entwicklungsprozesses, in dem sich unterschiedliche Gruppen des Adels von den Leitbildern des Konservatismus ab- und einer neuformierten Rechten zuwandten« (S. 15). Drei Lebenswelten nimmt er besonders in seinen Blick: Familie, Standesorganisationen und Beruf. Malinowskis methodischer Ansatz geht weit über jene traditionelle Verbandsgeschichte des Adels hinaus, wie sie in historischen Darstellungen bisher üblich war. Der Autor kombiniert sozial-, kultur- und organisa-

tionsgeschichtliche Ansätze miteinander und widmet der adligen Subjektivität mindestens ebensoviel Raum wie objektiven Prozessen, von denen das adlige Leben tangiert wurde. Die Quellenbasis ist äußerst breit und umfaßt politische und private Korrespondenzen, Memoiren und Periodika adliger Standesorganisationen aus dem gesamten Deutschen Reich. Das vorliegende Buch ist insofern beileibe keine Regional- oder Lokalstudie. Es behandelt den gesamten deutschen Adel, und zwar in allen seinen regionalen Schattierungen. Ein wahrhaft herkulisches Unterfangen.

In den Teilen I bis III liefert Malinowski eine Sozialgeschichte des deutschen Adels von 1890 bis 1933, die um kulturgeschichtliche Aspekte erweitert wird. Zunächst arbeitet er die Elemente des adligen Habitus heraus, wie er sich im Deutschen Kaiserreich darstellte. Die Vorstellung von der Exklusivität der eigenen Familie, der Haß auf die Großstadt und die Apotheose des Lebens auf dem Land, die ostentative Verachtung von Bildung und Kunst, ein vitalistischer »Kult der Kargheit« und die Überzeugung, qua Geburt zur »Führerschaft« über Land und Leute berufen zu sein, standen im Mittelpunkt des adligen Werthimmels. Dieser anti-bürgerliche Habitus war auch dafür verantwortlich, daß Adlige verhältnismäßig selten in rechtsradikalen Organisationen wie etwa dem Alldeutschen Verband zu finden waren. Obwohl es Affinitäten zur »völkischen Bewegung« gab, scheint sich der Adel vor dem Ersten Weltkrieg auf die eigenen Standesorganisationen konzentriert zu haben, deren wichtigste die Deutsche Adelsgenossenschaft (DAG) war. Dies änderte sich nach 1918, als sich die »soziale Flugbahn« (Pierre Bourdieu) der meisten Adelsgruppen zusehends nach unten neigte. Malinowski weist nach, daß nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg viele Adelsfamilien die Erfahrung eines rapiden ökonomischen und sozialen Abstiegs machten oder gemacht zu haben glaubten. Die Revolution wurde als »Sturz aus großer Höhe« (S. 200) empfunden. Gerade der ostelbische Adel, der mit dem nunmehr delegitimierten Herrscherhaus der Hohenzollern fast symbiotisch verbunden gewesen war, verlor viele Privilegien. Nach 1918 zog sich diese Gruppe daher gezwungenermaßen aus der vordersten Reihe der Politik zurück.

Die Teile IV und V des vorliegenden Buches stellen dann eine politische Geschichte des deutschen Adels in der Weimarer Republik und in der frühen NS-Zeit dar. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Frage nach der Affinität zwischen Adel und Nationalsozialismus, die der Autor auf der methodischen Basis einer klassischen Organisations- und Verbandsgeschichte zu beantworten sucht. Dabei geht es stets um den organisierten Teil des Adels. Ausführlich schildert Malinowski die Radikalisierung der DAG, analysiert die politische Rolle, die andere Adelsverbände während der Weimarer Republik spielten, und untersucht die Annäherung zwischen Adel und Großbürgertum im Deutschen Herrenklub und in der Ringbewegung. Minutiös zeichnet er nach, wie der Adel immer mehr mit dem Rechtsradikalismus verschmolz. Dieser Prozeß wurde vor allem von den jüngeren Kohorten aus dem Kleinadel getragen, dessen sozialer Niedergang nach 1918 besonders drastisch ausgefallen war. Das zentrale Kennzeichen des Adels in der Weimarer Republik war ein antidemokratischer Grundkonsens, der auch durch wenige adlige »Renegaten«, die sich zum republikanischen Staat bekannten, nicht erschüttert wurde. Der Haß auf die »Novemberverbrecher«, den Parlamentarismus und die politischen Parteien ließ viele Adlige ab 1930/31 an die Seite der NSDAP treten. Deren Aufstieg zur Massenpartei schien sie einer baldigen Erfüllung der eigenen politischen Wunschträume näher zu bringen.

Von zentraler Bedeutung für die Affinitäten zwischen Adel und Nationalsozialismus war eine gemeinsame Feindbestimmung. Der Antisemitismus, die antidemokratische »Führersehnsucht«, der Antikapitalismus und der antibürgerliche Habitus eröffneten vielerlei Berührungspunkte, insbesondere mit SA und SS. Malinowski läßt keinerlei Zweifel daran, daß es in erster Linie der manische Judenhaß war, der große Teile des Adels mit fliegenden Fahnen ins Lager der NSDAP überwechseln ließ. So führte die DAG schon im Sommer 1920 den »Arierparagraphen« ein und forcierte das Projekt einer nach »rassischen« Kriterien geführten Adelsmatrikel. In den Verbänden des katholischen Adels wurden solche Maßnahmen zwar debattiert, unterblieben letztlich aber. Darin zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen Teilen des Adels und dem Nationalsozialismus, der sich nach 1933 in ständigen Konflikten niederschlug. Der ostelbische Adel hingegen blieb (fast) bis zuletzt an Hitlers Seite. Dies verdeutlicht Malinowski anhand eines Samples aus 53 Familien, aus denen 1595 Personen in die NSDAP eintraten. Knapp ein Drittel waren schon vor dem 30. Januar 1933 zur NSDAP gestoßen. Der Frauenanteil, der in der NSDAP durchschnittlich zwischen fünf und 7,5 Prozent war, lag bei den Adligen mit 35 Prozent exorbitant hoch. So eindrucksvoll diese Zahlen auch immer sind: Über adliges Engagement für den NS-Staat sagen sie nur wenig aus. Um dieses rekonstruieren zu können, bedarf es einer Hinwendung zur sozialen Praxis des Adels. Auf welche Weise sich vorhandene Affinitäten in eine vorbehaltlose Unterstützung des NS-Staates, wenn nicht gar in eine Beteiligung an dessen verbrecherischer Politik verwandelten, schildert der Autor nur anhand weniger, zudem hinlänglich bekannter biographischer Beispiele. Hier hat er bewußt eine Leerstelle gelassen, die durch weitere Untersuchungen zu schließen sein wird.

Ein großer Vorzug von Malinowskis Studie ist, daß er die verschiedenen Adelsgruppen stets nach sozialem Status, regionaler Herkunft, Generation und Konfession differenziert und niemals der Versuchung unterliegt, »den« Adel nachträglich zu einem homogenen Sozialgebilde zu stilisieren. So kann er beispielsweise zeigen, daß der süddeutsche und bayrische katholische Adel wesentlich resistenter gegen den Nationalsozialismus war als die katholischen Standesbrüder in Westfalen, die durch Figuren wie Franz von Papen, die Freiherren von Lüninck und Franz Graf von Galen, den Bruder des Bischofs von Münster, repräsentiert wurden. Außerdem ist das Buch ein Muß für alle Historiker, die sich mit dem militärischen Widerstand gegen Hitler befassen. Der Autor weist nach, daß Adlige, anders als Kommunisten oder Sozialdemokraten, nicht aus einer existenziellen Bedrohung heraus zum Widerstand gegen den NS-Staat fanden. Ihr Weg war wesentlich weiter, weil sie zum einen durch ihre berufliche Stellung vom NS-Regime profitiert und sich zum anderen innerhalb ihres adligen Umfeldes schrittweise isoliert hatten. Die Adligen, die sich zum Widerstand gegen Hitler entschlossen, mußten einen Gutteil ihrer Sozialisation, ihres Habitus und ihrer Lebenswelten hinter sich lassen, um am 20. Juli 1944 doch noch den »Aufstand des schlechten Gewissens« (S. 588) zu wagen. Aus diesem oft selbstquälerischen Prozeß einer bewußten Entfremdung von der erdrückenden Mehrheit ihrer Standesgenossen erklärt sich auch, warum sich so wenige Adlige zum Widerstand bereit fanden und weshalb sie es erst vergleichsweise spät taten. Die Leistung der wenigen adligen Widerstandskämpfer gegen Hitler ist daher um so höher zu bewerten, als es die lange kolportierte Formel vom 20. Juli 1944 als letztem historischen Aufstand »des« Adels suggeriert. Es ist Malinowskis Verdienst, diese Leistung wieder ins rechte Licht gerückt zu haben.

*Armin Nolzen*

*Deutsch-chinesische Beziehungen 1928–1937. »Gleiche« Partner unter »ungleichen« Bedingungen. Eine Quellensammlung.* Hrsg. von Bernd Martin, bearb. von Susanne Kuß, Berlin: Akademie Verl. 2003, 552 S., EUR 118,00 [ISBN 3-05-002985-4]

Mit dieser wertvollen Dokumentation legt der Herausgeber das Ergebnis seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit den chinesisch-deutschen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit vor. Sie ist der dritte der auf acht Bände angelegten Reihe, die den Zeitraum von 1897 bis 1995 umfassen soll und von Mechthild Leutner ediert wird. Enthalten sind hauptsächlich bisher unveröffentlichte Dokumente, aber auch einige schon publizierte Quellen, die wegen ihrer Bedeutung und ihrer Unverzichtbarkeit im Kontext aufgenommen wurden. Einige Texte wurden gekürzt, wobei der fortgelassene Inhalt kurz in einer Anmerkung zusammengefaßt ist. Chinesische Dokumente, meist Artikel aus Zeitungen oder Zeitschriften, wurden ins Deutsche übersetzt, englische dagegen in der Originalsprache belassen. Chinesische Namen werden mit wenigen Ausnahmen nach dem Hanyu-Pinyin-System umgeschrieben. Für den Leser, der an ältere Schreibweisen gewöhnt ist, sind die Personen daher nicht immer leicht zu identifizieren, so z.B. Jiang Jieshi statt des herkömmlichen Chiang Kai-shek. Zeitlich umfaßt die Dokumentation die sogenannte »Nanking-Dekade«, als die chinesische Regierung ihren Sitz in die gleichnamige Stadt verlegt hatte, bis sie sich 1937 kurz nach dem Ausbruch des Krieges mit Japan angesichts der anrückenden feindlichen Truppen absetzte.

Deutschland und China empfanden sich beide als Verlierer des Versailler Systems, ersteres, da es als Unterlegener unter territorialen Abtretungen und hohen Reparationszahlungen litt, letzteres, da die Sieger ihrem ehemaligen Verbündeten Japan Zugeständnisse auf seine Kosten machten. Außerdem litt das Reich der Mitte noch immer unter den »ungleichen Verträgen«, die ihm die Großmächte im 19. Jahrhundert abgepreßt hatten, und nur Deutschland hatte seine Vorrechte infolge des Ersten Weltkrieges eingebüßt. Wichtigstes Bindeglied zwischen beiden Ländern waren zunächst Kaufleute, dann Militärs sowie Diplomaten und schließlich Vertreter der NSDAP. Das devisenschwache Deutschland war heilfroh, als es 1934 einen Austauschvertrag mit China schließen konnte, um aus dem rohstoffreichen Land dringend benötigte Waren zu beziehen und als Gegenleistung Industriewaren zu liefern. Da sich darunter auch Waffen und militärische Ausrüstung befanden, wurden deutsche Offiziere zu wichtigen Vermittlern, die als Ausbilder zur Modernisierung der Streitkräfte in China tätig waren. Der Herausgeber versucht außerdem, eine Annäherung auf ideologischem Gebiet nachzuweisen, da die chinesischen Machthaber nach einem gesellschaftlichen Modell für die Modernisierung gesucht hätten. Das deutsche Interesse an China ging dagegen ab 1936 schrittweise zurück, als man sich mit dem Antikominternpakt an Japan anlehnte. Endgültig entscheiden, und das geschah schließlich zugunsten Tokyos, mußte sich Deutschland nach Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges im Jahre 1937; diese Ereignisse werden jedoch in einem anderen Band der Reihe dokumentiert.

Eingangs werden die insgesamt 135 Quellen mit einer kurzen Inhaltsangabe aufgelistet. Sie sind in sieben Kapitel eingeteilt, von denen jedes mit einem ausführlichen Vorwort versehen ist. Das 1. Kapitel widmet sich der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, die Sun Ke, der Sohn von Sun Yat-sen, dem Vater der chinesischen Republik, 1927 auf einer privaten Weltreise anregte und zu deren Verwirklichung er die Entsendung einer deutschen Studienkommission nach China

empfahl. Deutschland erkannte das Nanking-Regime unverzüglich nach seiner Etablierung als einzig legitimierte Regierung Chinas an. Größter sichtbarer Erfolg auf wirtschaftlicher Ebene war die Gründung des zivilen Flugunternehmens EURASIA im Jahre 1931. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren aber nicht besonders eng, sieht man einmal von der Tätigkeit deutscher Militärberater ab – pensionierte Offiziere, von denen sich zeitweise über 70 im Lande aufhielten. Diese fanden nicht nur für sich selbst eine lukrative und befriedigende Tätigkeit, sondern, so belegen die Dokumente, fungierten auch als Bindeglied zur deutschen Wirtschaft, besonders auf dem Rüstungssektor. Sie lösten sowjetische Offiziere ab, die bis dahin beratend den Aufbau moderner Streitkräfte begleitet hatten. Mit der Tätigkeit der Militärberater und Waffenlieferungen an China, worunter sich auch Giftgas befunden haben soll, verstieß Deutschland eindeutig gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Das Auswärtige Amt war darüber nicht immer glücklich, duldete die Aktivitäten aber schließlich. Einige deutsche Spezialisten waren allerdings nicht für die Regierung in Nanking und damit für die Einheitspartei Kuomintang tätig, sondern für die Kommunisten oder für lokale Warlords. Im Jahre 1938 wurden die Berater mit Rücksicht auf Japan abberufen.

Die Gelegenheit für ein Engagement in China war 1928 ausgesprochen günstig, da das Reich der Mitte gerade seine engen Bindungen an die Sowjetunion gelöst hatte. Dokumente im 4. Kapitel aber zeigen, daß Deutschland nicht unbedingt das Zerwürfnis mit der Sowjetunion nutzte, um die eigene Position in China zu stärken, sondern durchaus noch Rücksicht auf seine Beziehungen zur UdSSR nahm. Dies zeigte sich z.B. bei einer Vermittlung im Streit um die Ostchinesische Eisenbahn, die zwar über chinesisches Territorium führte, sich aber in sowjetischem Besitz befand. In dem umstrittenen Raum, der Mandschurei, war aber eine andere Großmacht äußerst aktiv: Japan nutzte die Südmandschurische Eisenbahn und seine Kwantung-Armee, um sich als Protektormacht aufzuführen, da es nicht nur die Erfolge der chinesischen Einigungsbemühungen, sondern auch das Erstarken der Sowjetunion mit Argwohn sah.

In den folgenden Dokumenten wird insbesondere die Mandschureikrise 1931/32 behandelt, als Japan nun auch militärisch intervenierte. Berlin bemühte sich entgegen dem Drängen aus Nanking um Neutralität in dem Konflikt und stimmte 1933, schon unter der Regierung Hitler, zwar für die Resolution des Völkerbundes, die China in den wesentlichen Punkten recht gab, aber es fällt auf, daß es auf dem Weg dahin mehrfach versucht hatte, Japan goldene Brücken zu bauen und eine eher freundliche Haltung gegenüber Tokyo einnahm. Ohnehin schadete der Völkerbund mit der Beschränkung aufs Deklamatorische dem Aggressor keineswegs, sondern nutzte diesem durch seine Passivität eher. Der Herausgeber kommt sogar zu dem Schluß, das »Ordnung« schaffende Japan sei dem westlichen Ausland als Herr über die Mandschurei wohl lieber gewesen als das chaotische China. Für Deutschland hatte der Verlauf der vorausgegangenen Kommissionsarbeit außerdem den Vorteil, von den anderen Großmächten als gleichwertig anerkannt zu werden.

Die anschließend behandelten Kulturbeziehungen litten darunter, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrag keine Zuwendungen aus dem »Boxerfonds« mehr erhielt, die es vorher der Kulturarbeit hatte zugute kommen lassen. Nach dem ungeheuren Machtverlust infolge des Ersten Weltkrieges war aber dieser Sektor einer der wenigen, die Berlin noch blieben, um Einfluß auszuüben. Trotz beschränkter Mittel stellte man sich der Aufgabe, deutschen Kindern in China eine Schulaus-

bildung zu bieten und gleichzeitig Chinesen an die deutsche Kultur heranzuführen. So wurden Schulen und eine Universität unterhalten sowie Professoren an chinesische Hochschulen entsandt. 1931 wurde in Peking außerdem ein Deutschland-Institut gegründet, um die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu fördern. Nach Ansicht des Herausgebers dienten diese Einrichtungen ab 1933 propagandistischen Zielen wie der Erhaltung, Förderung und Neubelebung des Auslandsdeutschtums, doch geht dieser Wandel aus den abgedruckten Dokumenten nicht hervor.

Weitere Kapitel widmet der Herausgeber dem Modellcharakter, den die deutsche »Volksgemeinschaft« unter einer autoritär-militärischen, auf einen Führer konzentrierten Ordnung und den das Erziehungswesen mit seiner Elitförderung für China möglicherweise besaßen. Im Hinblick auf die Zerrissenheit des eigenen Landes wurde in China durchaus diskutiert, ob der Faschismus nachahmenswert sei und zwar mit zunehmender Intensität nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland 1933. Wie belegt wird, lobte auch Jiang Jieshi in seinen Reden die Erfolge Italiens und Deutschlands, erklärte die Demokratie als weniger geeignet und schickte Studienkommissionen nach Europa. Er übernahm aber die autoritären Staaten Europas nicht insgesamt als Vorbild, sondern zeigte nur Interesse an partiellen Erscheinungen und baute auch bewußt auf die Vorzüge konfuzianischer Gesinnung. Übereinstimmungen führten nicht zu einer aggressiv-expansiven Politik wie in Europa, sondern blieben häufig auf Äußerlichkeiten beschränkt, beispielsweise wenn aus Schwarz- bzw. Braunhemden Blauhemen wurden. Zu einer Belastung führte allerdings die deutsche Rassenpolitik, die auch Chinesen und »Halbchinesen« diskriminierte.

Schließlich zeigen die Quellen den Wechsel in der deutschen Ostasienpolitik mit der Hinwendung zu Japan 1936/37. Nach 1933, als Deutschland für den äußerst wichtigen Handel mit der Mandschurei auf den guten Willen Japans angewiesen war, drängte Tokyo in mehreren Vorstößen auf die Anerkennung des »Kaiserreichs Manchukuo« durch Berlin, das sich aber noch jahrelang hinhaltend verhielt. Das mißtrauische China wurde dadurch beruhigt, daß man die jeweiligen Gesandtschaften 1935 in den Rang von Botschaften erhob und die deutsche Vertretung endlich von Peking nach Nanking verlegte. Gleichzeitig aber begannen auch die Verhandlungen mit Japan, die im folgenden Jahr zum Antikominternpakt führten, der am Auswärtigen Amt vorbei abgeschlossen wurde. Deutschlands Hoffnung, China in die antikommunistische Front mit einbeziehen zu können, erwies sich bald als Illusion. Vielmehr vertagten im Reich der Mitte Kommunisten und Nationalisten ihre endgültige Auseinandersetzung, um eine gemeinsame Front gegen die wachsende japanische Bedrohung zu bilden.

Vorbereitet worden war der Antikominternpakt auf deutscher Seite von Joachim von Ribbentrop (ab 1938 deutscher Außenminister), Leiter einer nach ihm benannten »Dienststelle« innerhalb der NSDAP, und auf japanischer Seite durch den Militärattaché Hiroshi Oshima. Vermittelt hatte die Kontakte Friedrich Wilhelm (Fritz) Hack, ein deutscher Waffenhändler mit langjährigen Beziehungen zu Japan. Warum dieser von dem Herausgeber durchgehend als Wilhelm Hack bezeichnet wird, ist schwer verständlich. Wilhelm Hack war vielmehr Friedrichs älterer Bruder, der bis zum Ende des Ersten Weltkriegs als Marineoffizier gedient hatte. Danach hatte er als Journalist gearbeitet und war später Leiter des Genfer Büros des »Deutschen Nachrichtenbüros« (DNB) in Genf geworden. Von 1935 bis 1938 wirkte er als Presseattaché an der deutschen Gesandtschaft in Bern. Zu dieser Zeit hat-

te den dortigen Posten als Gesandter Ernst von Weizsäcker inne, ebenfalls ehemaliger Marineoffizier, der anschließend Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Ribbentrop werden sollte. Wilhelm Hack war gut mit Admiral Canaris bekannt, dem Leiter der militärischen »Abwehr«, so daß auch sein Bruder Friedrich W. diese Kontakte nutzen konnte. Vertreter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP (unter Alfred Rosenberg), wie mehrmals in der Dokumentation behauptet, dürfte weder der eine noch der andere Hack gewesen sein, stand diese Organisation doch in einem Rivalitätsverhältnis zu Ribbentrop.

Abgerundet wird die vorliegende Dokumentation durch ein Interview, das der Herausgeber mit General Jiang Weiguo, dem zweiten Sohn von Jiang Jieshi, 1994 in Taipeh führte. Dieser hatte eine militärische Ausbildung in Deutschland genossen. Bei seiner Charakterisierung der deutsch-chinesischen Beziehungen ging er ebenso großzügig wie höflich über die Interventionen des Wilhelminischen Kaiserreiches im Land der Mitte hinweg.

*Gerhard Krebs*

*Ángel Viñas, Franco, Hitler y el estallido de la Guerra Civil. Antecedentes y consecuencias, Madrid: Alianza Editorial 2001, 590 S., EUR 24,60 [ISBN 84-206-6765-X]*

1974 veröffentlichte Ángel Viñas ein Buch mit dem Titel »La Alemania Nazi y el 18 Julio«. »Franco, Hitler...« ist eine überarbeitete neue Veröffentlichung dieser Arbeit, die durch ein Kapitel über die »Folgen« der deutschen Intervention in den Spanischen Bürgerkrieg ergänzt wurde. Wer von dem Titel zu der Meinung verleitet wird, daß es im wesentlichen um den Eingriff Hitlers in den Bürgerkrieg geht, wird enttäuscht. Der weitaus überwiegende Teil dieses unausgewogenen Buches beschäftigt sich mit der »Vorgeschichte« der deutschen Intervention (bis S. 334), d.h. den deutsch-spanischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen während der Weimarer Republik und den ersten Jahren des Hitlerregimes. Beleuchtet werden auch vor allem die Waffengeschäfte der Reichswehr und der Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät (AGK) mit Spanien in diesem Zeitraum sowie die Aktivitäten der Auslandsorganisation der NSDAP und der Abwehr in diesem Lande. Relevant für die deutsche Intervention sind diese Aspekte nicht. Nur der Abschnitt, in dem Viñas die Frage stellt, ob Hitler bereits vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges am 17./18. Juli 1936 den spanischen Putschisten militärische Hilfe zugesagt habe, ist aus der Perspektive des Buch-Titels von Bedeutung. Seine Antwort bringt nichts Neues. Es war Viñas nicht möglich, den Nachweis zu führen, daß Hitler schon vor dem Militärputsch seine Hand im Spiel hatte.

Die Intervention Deutschlands ergab sich aus der Entwicklung der militärischen Lage in den ersten Tagen des Bürgerkriegs, die die aufständischen Generäle dazu zwang, militärische Hilfe im Ausland zu suchen. Nach einer Theatervorstellung in Bayreuth am 25. Juli 1936 konfrontierten Delegierte Francos den »Führer« mit dem Anliegen des spanischen Generals. Auf die Darstellung dieser Ereignisse, die Entscheidung Hitlers, Franco Hilfe zu gewähren, sowie die Vorbereitung und Organisation der ersten Unterstützung (im wesentlichen 20 Transportflugzeuge und 6 Jagdmaschinen) im August 1936, verwendet Viñas 109 Seiten. Den Rest der deutsch-spanischen Beziehungen während des Bürgerkriegs, der bis zum

Frühjahr 1939 fort dauerte, hat Viñas nicht systematisch untersucht. Statt dessen beschäftigen sich die restlichen 76 Seiten des Textes mit Themen, die überwiegend in den Bereich des Zweiten Weltkriegs und die Nachkriegszeit gehören. Die deutsche Position gegenüber den imperialen Träumen Spaniens in den Jahren 1940/41 wird dargestellt. Untersucht wird auch die spanische Unterstützung der deutschen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg. Selbst die Behandlung deutscher Staatsangehöriger in Spanien am Ende des Weltkriegs sowie die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik im Jahre 1951 werden angeschnitten.

Das eigentliche Thema seiner Arbeit, nämlich das Zustandekommen der militärischen Hilfsaktion Hitlers für Franco, behandelt Viñas sehr detailliert. Dabei folgt er eng den Ergebnissen, die die deutsche Geschichtsforschung bereits anfangs der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts herausgearbeitet hat. Weder die Erprobung von Kriegsmaterial noch der Bezug von Rohstoffen aus Spanien veranlaßten Hitler zum Handeln. Seine Interventionsentscheidung wurde von programmatischen Erwägungen bestimmt, d.h. es ging ihm um die Verhütung einer kommunistisch orientierten französisch-spanischen Blockbildung im Westen Europas, die einen erfolgreichen Lebensraumkrieg im Osten Europas gefährden könnte.

Problematisch wird die Darstellung der Ereignisse, die zu Hitlers Interventionsentscheidung führten, wenn Viñas den Versuch unternimmt, neues Licht auf sie zu werfen.

Die bei weitem bedeutendste Quelle sind die Äußerungen von Johannes Bernhardt, Mitglied der Auslandsorganisation der NSDAP (AO), den Franco in Spanisch-Marokko damit beauftragt hatte, das Hilfesuch der spanischen Rebellen an Hitler heranzutragen. Bernhardt war in allen Phasen, bis zur Entscheidung Hitlers in Bayreuth, beteiligt gewesen und war dann von Göring damit beauftragt worden, die erste deutsche Hilfsaktion zu organisieren. In »La Alemania nazi« hatte nun Viñas keine Bedenken, den in Gesprächen mit Bernhardt gesammelten Informationen zu folgen. In seiner neuen Veröffentlichung distanziert sich der spanische Historiker jedoch auf dramatische Weise von Bernhardt. Schon in seinem Vorwort erfahren wir, daß sich Viñas jetzt schämt, Bernhardt Glauben geschenkt haben.

Ein Hauptanliegen, wenn nicht das eigentliche Anliegen seines neuen Buches ist es nun, Bernhardt als Zeugen zu diskreditieren (S. 18 f., S. 309). Dabei geht er mit atemberaubender Inkonsequenz vor. Viñas hat z.B. keine Bedenken, eine angeblich ihm gegenüber gemachte Bemerkung Bernhardts zu akzeptieren, nämlich daß der Franco-Delegierte auf seinem Wege zu Hitler in Berlin-Gatow landete. Hiermit ist für den spanischen Historiker der Beweis erbracht, daß die 1978 erschienenen Erinnerungen Bernhardts (Mittelsmann zwischen Franco und Hitler) fragwürdig sind, weil darin Tempelhof als Ankunftsflughafen erwähnt wird (S. 352). Was von dieser Argumentation zu halten ist, wird offenbar, wenn man ein Schreiben Bernhardts an Viñas vom 7. August 1973 heranzieht, aus dem es einwandfrei hervorgeht, daß die Gatow-These ein Produkt der Phantasie von Viñas ist (Nachlaß Bernhardt).

Es geht diesem Historiker nicht um eine ernsthafte historische Debatte, sondern um eine bewußt mit falschen Argumenten geführte Polemik. Diese Tendenz wird noch deutlicher, wenn er Bernhardt den Vorwurf macht, eine Besprechung bei dem Stellvertreter des »Führers«, Rudolf Hess, »erfunden« zu haben (S. 564. Vgl. auch: S. 18), die den Weg zu Hitler geebnet habe. Bei dieser Hauptattacke be-

ruft sich Viñas auf einen Asylgesuch-Brief des ehemaligen AO-Parteigenossen und deutschen Generalkonsuls in Bilbao, Friedhelm Burbach, an Franco, in dem er 1946 seine Rolle beim Zustandekommen der Interventionsentscheidung verherrlichte, d.h. er beteuerte, »daß ich ohne jeden Zweifel alleine der Urheber der Gewährung dieser so sehr effektiven [deutschen] Hilfe [für Franco] war«. (Das Schreiben befindet sich heute im Generalarchiv des spanischen Außenministeriums in Madrid.) Und das war die erstaunliche Behauptung eines Mannes, der – ohne es zuzugeben – an der entscheidenden Hitlerbesprechung in Bayreuth nicht teilgenommen hatte! Dennoch charakterisiert Viñas Burbach als einen bescheidenen und folglich glaubwürdigen Zeugen, »der sich als Bauer auf einem Schachbrett darstellte, auf dem andere Figuren wichtiger waren als er selber« (S. 366). Er sieht auch an den nachweisbaren Übertreibungen, Auslassungen, Halb- und Unwahrheiten des Burbach-Briefes vorbei und ist nur daran interessiert, ihn für die Diskreditierung Bernhardts zu benutzen. Daß Burbach die Hess-Besprechung in seinem Schreiben nicht erwähnt und den Stellvertreter des »Führers« nur telefonisch an dem Entscheidungsprozeß teilnehmen läßt, ist kein Beweis dafür, daß sie nicht stattgefunden hat. Man muß staunen, daß Viñas es zu behaupten wagt, nur Bernhardt habe die Besprechung bei Hess erwähnt (S. 365). Er weiß nämlich, daß der AO-Chef Bohle, der die Franco-Delegierten in Berlin empfangen und dann an Hess weitergeleitet hatte, auf die »längere« Hess-Besprechung 1939 in einem Schreiben hingewiesen hatte (S. 355 f./ADAP, D, III, S. 4).

Warum Viñas zu derartigen Methoden greift, gehört in den Bereich der Spekulation. Eines steht jedoch fest: Der spanische Historiker hat nicht Bernhardts Erinnerungen, sondern sich selbst diskreditiert. Das Buch Viñas' muß mit Vorsicht gelesen werden.

Hans-Henning Abendroth

François-Emmanuel Brézet, Die deutsche Kriegsmarine 1935–1945. Mit einem Vorw. von Werner Rahn. Aus dem Franz. von W.F. Strahno, München: Herbig 2003, 448 S., EUR 34,00 [ISBN 3-7766-2238-5]

In insgesamt 15 Kapiteln hat Brézet eine Geschichte der deutschen Kriegsmarine unter dem Titel *Histoire de la marine allemande 1939–1945* im Jahr 1999 in französischer Sprache vorgelegt, die nach einer Übersetzung von W.F. Strahno und mit einem Vorwort des ehemaligen Amtschefs des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Werner Rahn, mittlerweile auch in deutscher Sprache unter dem Titel *Die Deutsche Kriegsmarine 1935–1945* erhältlich ist. Das marinespezifische Fachlektorat übernahm Fritz Noblé, ein pensionierter Kapitän zur See der Deutschen Marine.

Brézets Anliegen war es, die im Jahr 1994 von seinem Landsmann Philippe Masson verfaßte deutsche Wehrmachtsgeschichte (*Historie de l'armée allemande 1939–1945, Paris 1994*) um die der Kriegsmarine zu erweitern, da deren »Geschichte [...] in Frankreich weitgehend unbekannt« sei (S. 16). Beide Darstellungen haben in Frankreich bereits eine breite Leserschaft gefunden. Die von Johann A. Graf Kielmansegg um ein Vorwort und Anmerkungen ergänzte und von August Graf Kagenneck ins Deutsche übersetzte Massonsche Wehrmachtsgeschichte (*Die deutsche Armee. Geschichte der Wehrmacht 1935–1945, München 1996*) hat in Deutschland verschiedene Würdigungen erfahren; Masson hat ein durchweg positives Bild der

deutschen Wehrmacht gezeichnet. Um es vorwegzunehmen: Brézet zeichnet ein vergleichbar positives Bild für die deutsche Kriegsmarine. Auf Grund der von ihm benutzten Literatur, die vornehmlich memorialen wie deskriptiven Charakter hat, verwundert dies kaum, sind es doch nur wenige kritische Veröffentlichungen zur Geschichte der Kriegsmarine, die Aufnahme fanden; so wird eher in Kontinuität das Bild der deutschen Kriegsmarine fortgeschrieben, die einer »sauberen Kriegführung« verpflichtet, tapfer bis zum Ende weiterkämpfte – hier wird wenig hinterfragt, wenngleich der Verfasser zur Person von Karl Dönitz eine kritische Haltung einzunehmen scheint (S. 432 f.).

Es fällt auf, daß die Schriften Gerhard Schreibers nicht rezipiert und auch diejenige Literatur, die zwischen französischer Erstveröffentlichung und deutscher Veröffentlichung lagen, nicht wahrgenommen wurden.

Das Buch umfaßt den Gesamtzeitraum des zehnjährigen Bestehens der Kriegsmarine. Berechtigterweise beginnt Brézet seine Geschichte mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges und zeichnet so das Bild der Kaiserlichen Marine, die in einen Krieg befohlen wurde, den sie eigentlich nicht wollte – jedenfalls nicht zu diesem frühen Zeitpunkt. Die traumatischen Ereignisse der Jahre 1918/19: Kriegsende, Meuterei, Selbstversenkung und Versailler Vertrag trieben die personal- und materialschwache Reichsmarine über die innen- und außenpolitischen Höhen und Tiefen einer schwierigen Aufrüstung, deren Ermöglichung Brézet bereits durch die letzten Regierungen der Weimarer Republik sieht (S. 28). Im Mittelpunkt seiner weiteren Ausführungen stehen Hitlers Unfähigkeit, seestrategische Gedanken zu entwickeln – völlig analog zu den bereits Anfang der fünfziger Jahre beschriebenen Gedanken von Puttkamer (*Karl Jesko von Puttkamer, Die unheimliche See. Hitler und die Kriegsmarine, Wien, München 1952*) –, sowie Raeders und Hitlers Willen, niemals einen Krieg mit Großbritannien zu beginnen, die dann im deutsch-britischen Flottenabkommen ihre rechtliche Würdigung erhielten (S. 28–31). Brézet läßt unberücksichtigt, daß es sehr wohl Überlegungen gab, die festgelegten Bau-Obergrenzen des Abkommens bereits 1938 zu erreichen, so daß es zu Schwierigkeiten mit den Briten kommen würde, denen man durch die Herstellung eines Status quo zu begegnen suchte.

Raeders seestrategisches Konzept wird nur unzureichend beleuchtet, da sich Brézet ausschließlich auf die 1938 von Heye verfaßte Denkschrift, zudem verkürzend, bezieht (S. 35). Der traditionellen Linie der Marinegeschichtsschreibung folgend, erzählt er die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen Marine und Luftwaffe – in der vorliegenden Fassung bekannt seit dem Erscheinen der Raeder-Memoiren 1956/57 – und meint, daß erst 1938 die ersten Überlegungen auch für eine Kriegführung gegen Großbritannien innerhalb der Marine stattgefunden hätten. Die häufig kolportierte Aussage, daß das »Kriegsspiel im Herbst 1938« erstmalig auch von einem Krieg gegen Großbritannien ausging, ist zwar nicht falsch, sie unterschlägt jedoch, daß seit 1937 im Oberkommando der Marine (OKM) Gedanken zur Kriegführung gegen die Briten vorherrschten, was nicht verwundern, aber doch zumindest erwähnt werden sollte.

Trotz der von Brézet gewählten Überschrift *Der Fall Weiß* beginnt der Autor dieses Kapitel mit dem Satz: »Am 3. September 1939 wurde Deutschland von Frankreich und England der Krieg erklärt.« (S. 46) Die Aussage ist richtig, zweifelsohne; ihre Plazierung hingegen befremdlich. Am 1. September 1939 bot das Deutsche Reich mit dem Überfall auf Polen den Auftakt zum Zweiten Weltkrieg, der wohl nicht als solcher zunächst geplant, aber sich dennoch zu einem solchen entwickelte.

Die Beteiligung der Kriegsmarine mit der Entsendung des Linienschiffes Schleswig-Holstein nach Danzig hatte Raeder mit ermöglicht (S. 49 – nicht zu vergessen wäre gewesen, daß Raeder zudem vorsorglich zwei Einheiten der Kriegsmarine bereits in den Atlantik detachiert hatte. Gerade letzteres widerlegt seine am 3. September 1939 gefertigten und geradezu fatalistisch anmutenden Aufzeichnungen, die Marine könne nur zeigen, da materiell unterlegen, mit Anstand zu sterben. Diese wiederum werden von Brézet zitiert und eingeleitet mit den Worten: »Raeder schrieb diese Zeilen sowohl für sich selbst als auch als guter Historiker, der er war, um ›seine‹ Marine vor der Nachwelt zu rechtfertigen« (S. 48). Zum einen verwundert eine derartige Charakteristik Raeders durch Brézet, zum anderen vermißt man eine, zumindest im Ansatz quellenkritische und inhaltlich-kritische Auseinandersetzung mit diesem Dokument.

Mit Betrachtungen über den *Handelskrieg* in Nordsee und Atlantik im Zeitraum Oktober 1939 bis Ende März 1940, setzt Brézet seine operationsgeschichtlichen Betrachtungen fort (S. 66–101). Die Erfolge dieser ersten Phase bewertet er als nicht zufriedenstellend, da es die Marine nicht vermocht habe, sich als gleichberechtigter Wehrmachtsteil gegenüber Heer und Luftwaffe zu behaupten. Die Verantwortung hierfür trage jedoch allein die politische Führung. Unberücksichtigt bleibt bei Brézet hingegen die gerade in den ersten Monaten einsetzende nationalsozialistische propagandistische Nutzung der Kriegsmarine-Aktivitäten und deren nach außen dokumentiertes Selbstbild. Mit Ausnahme der neueren Untersuchungen von Sönke Neitzel und Michael Salewski dominieren für Brézets Bewertung Beiträge von Bidlingmaier, Roskill und Raeder.

Dem Unternehmen *Weserübung* widmet sich Brézet in einem anschließenden Kapitel (S. 104–151). Deskriptiv arbeitet er die wesentlichen Eckdaten ab und schildert die Ereignisse operationsgeschichtlich. Das Kapitel bietet inhaltlich nichts Neues: Die *Legende* der Ideengeberschaft Wolfgang Wegeners für Raeders *Griff nach Norwegen* wird ebenso weitertransportiert (S. 105), wie der Verfasser nicht umhin kommt, nochmals festzustellen, daß die Deutschen den Briten lediglich zuvorgekommen seien (S. 111) – Beweise hingegen bleibt er in diesen beiden Fällen ebenso schuldig, wie er die Frage unthematisiert läßt, wieso Raeder in dieser entscheidenden Operation bereitwillig die Gesamtführung des Unternehmens einem General des Heeres überließ (vgl. S. 111). Vielversprechend klingt das Kapitel *Unternehmen Seelöwe. Ansätze zu einer alternativen Strategie* (S. 154–170). Neben zahlreichen Detailinformationen wird das *neue* strategische Konzept der Seekriegsleitung vorgestellt (S. 165), ohne kritisch zu hinterfragen, ob die Absicht einer peripheren Seekriegführung nicht bereits Mitte der zwanziger Jahre von der Marineleitung als preferiertes Prinzip erkannt und durchgesetzt werden sollte. Insofern bleibt Brézets Darstellung der deutschen Strategie im Jahr 1940 eher unvollständig, zumal auch der Begriff der *indirekten Strategie* den Blick dafür verstellt, daß diese eine bestehende Grundidee der Kreuzerkriegführung bei Erich Raeder darstellte. Insofern ist der von Brézet gewählte Untertitel seines Kapitels zweifelhaft, da es eher um die Durchsetzung des von Raeder längst als richtig und wirkungsvoll beurteilten Strategiekonzepts ging, denn um eine *alternative* Strategie.

In den folgenden drei Kapiteln skizziert der Verfasser die wesentlichen Leistungen der Seekriegsmittel der Jahre 1940 bis 1941: U-Boote und Luftstreitkräfte (S. 172–202), Hilfskreuzer (S. 204–217) sowie Schlachtschiffe (S. 220–257). Auch diese Kapitel sind deskriptiv angelegt und bieten eine Fülle von Einzelinformationen, die vor dem Leser ausgebreitet werden; schon aus diesem Grunde hätte sich neben

dem hilfreichen Personenregister (S. 446–448) beispielsweise auch ein Schiffsnamenregister angeboten, um einen leichteren Zugang für den Leser zu ermöglichen. Breiten Raum widmet der Verfasser dem Unternehmen *Rheinübung* (S. 236–253), ohne wiederum inhaltlich Neues zu bieten. Die Frage, warum Raeder Hitler und Keitel am 5. Mai bei der Besichtigung der Bismarck und der Tirpitz nicht begleitete, wird durch die Mutmaßung Brézets beantwortet, Raeder, der sich entschuldigt habe (S. 237), wollte »auf diese Weise peinlichen Fragen zu einem Unternehmen entgehen, für das er keine ausdrückliche Zustimmung erbeten hatte« (S. 255, Anm. 25). Diese Begründung klingt vor der ansonsten durchgängig beschriebenen starken Haltung Raeders durch den Verfasser wenig überzeugend. Der Gefechtsverlauf, der letztlich zum Untergang des Schlachtschiffes führte, ist mitreißend beschrieben.

Das Urteil über Lütjens, der als Flottenchef an Bord fiel, folgt dem überlieferten Bild. »Lütjens war kein überzeugter Nationalsozialist, ganz im Gegenteil«, bekundet Brézet und belegt diese Feststellung mit Lütjens' Protest anlässlich der Ereignisse des Novemberpogroms 1938. Dagegen soll er noch als Kapitän zur See neben Dönitz bei seinem Flottenchef protestiert haben. Diese Meldung ist weitreichend in der Literatur verbreitet worden. Raeder beschrieb dies in seinen Memoiren (dort allerdings mit der fehlerhaften Nennung des Flottenchefs Admiral Foerster – zu dem Zeitpunkt war bereits Admiral Boehm Flottenchef), ebenso tat dies Dönitz (allerdings mit der korrekten Nennung Boehms als Flottenchef). Boehm selbst konnte sich nach dem Krieg an diese Meldung allerdings nicht mehr erinnern – ebenso unklar bleibt, ob Raeder die Meldung tatsächlich an Hitler weitergeleitet hat.

Werner Rahn hat in seinem Vorwort herausgestellt, daß Brézets Buch »wissenschaftlich fundiert« sei (S. 15). Mit einer differenzierten Betrachtungsweise des Flottenchefs Lütjens hätte der Verfasser die Möglichkeit gehabt, diesem Anspruch gerecht zu werden. Somit wäre auch ein vorsichtigeres Urteil zu erwarten gewesen, wenn er resümiert: »Als die Deutsche Marine in den sechziger Jahren einen neuen Zerstörer auf den Namen Lütjens taufte, gab es eine etwas polemisch geführte Diskussion über diesen Funkspruch [Lütjens hatte in seinem letzten Funkspruch u.a. das *Kämpfen bis zur letzten Patrone* gemeldet, der Rez.]. Aber die Marine hatte eine durchaus berechnete Wahl getroffen« (S. 257, Anm. 48). Der überlieferte ministerielle Schriftwechsel belegt diese Einschätzung keineswegs; die unterschiedlichen Stellen im Führungsstab der Marine unter Vizeadmiral Zenker, Inspekteur der Marine, das Militärgeschichtliche Forschungsamt (Kapitän zur See Bidlingmaier) und das Ministerbüro von Verteidigungsminister Gerhard Schröder, taten sich mit ihrer Entscheidung keineswegs so leicht wie uns Brézet hier Glauben machen möchte; die in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen nur als »polemisch« abzutun, erscheint vor dem Hintergrund des in der Bundesrepublik Deutschland einsetzenden gesellschaftlichen Wandels Ende der sechziger Jahre gewagt.

Brézet widmet sich in den Folgekapiteln dem U-Bootkrieg im Atlantik und im Mittelmeer im Jahr 1941 (S. 260–283), der *Operation Paukenschlag* in der ersten Hälfte des Jahres 1942 (S. 266–298), dem strategischen Rückzug der Kriegsmarine nach Norwegen (S. 300–330) und schließlich der *Wende in der deutschen Seekriegführung* mit der *Entscheidungsschlacht im Nordatlantik* (S. 332–361). Dem Verfasser ist es in diesen Kapiteln gelungen, die unterschiedlichen räumlichen und strategischen Handlungsfelder zu verdeutlichen, ohne daß Gesamtzusammenhänge dabei verloren gehen. Es fällt hingegen auf, daß sich Brézet ausschließlich auf die fahrende

Flotte und die Seekriegsleitung konzentriert, die zahlreichen Landkommandos werden insgesamt nur kursorisch abgehandelt. Hieraus erklärt sich auch, daß Brézet die Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem *Unternehmen Barbarossa* auch die Kriegsmarine betrafen, ignoriert, obwohl sie durch die Forschungen Heinz-Ludger Borgerts bekannt sind.

Im Zentrum der folgenden Betrachtungen des Verfassers steht berechtigterweise die Frage des weiteren Einsatzes der Großkampfschiffe in der Kriegsmarine, die Raeders Ende als Oberbefehlshaber markierte und den Weg für Karl Dönitz und der Hinwendung zur Konzentration auf den Einsatz der U-Bootwaffe ermöglichte (S. 364–385). Dem Rückzug aus dem Atlantik widmet der Verfasser ein weiteres Kapitel (S. 388–403), bevor er *die letzten Operationen und das Ende in der Ostsee. Die große Tat der Kriegsmarine* schildert (S. 406–426). In einer Tour d'horizon betrachtet der Verfasser die unterschiedlichen Operationsgebiete in einer dichten Beschreibung additiv (S. 406–413), weist zu Recht auf die Bedeutung des neu aufgestellten Kommandos für Kleinkampfmittel unter Admiral Heye hin (S. 413–416) ohne allerdings zumindest die vorhandene Literatur zu diesem Thema zu erwähnen. In diesem Kapitel erwähnt der Verfasser auch die Ereignisse des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944, vermeidet jedoch näher darauf einzugehen, da sie »zu bekannt« seien. Die hierzu einschlägige Literatur erwähnt er leider nicht. Dennoch bemerkt der Verfasser, daß »die Tatsache, dass es die Kriegsmarine insbesondere ihrem Oberbefehlshaber zu verdanken hatte, dass sie von Konsequenzen verschont blieb«, weniger bekannt sei (S. 416). Diese »Tatsache« ist wohl eher eine Vermutung, die der Verfasser auch als solche hätte kennzeichnen sollen.

Brézets Beschreibung der *Operation Rettung* ist zu verkürzt. Bei dem ansonsten bei Brézet zu beobachtenden Hang zu Detailschilderungen fehlt genau dieser hier. Die Behauptung, daß von Mitte April bis Anfang Mai insgesamt zwei Millionen Menschen über den Seeweg transportiert wurden, ist falsch (S. 425). Die Zahl – über die lange gestritten werden kann – der Transportierten muß sich zumindest auf den Zeitraum seit Anfang 1945 beziehen: Die Kriegsmarine hat nicht nur »in diesen letzten Tagen [...] eine große humanitäre Leistung vollbracht« (vgl. S. 426). Das besondere Engagement des Chefs der Seetransportabteilung, Engelhardt, findet leider keine Erwähnung.

Die letzten Tage des »Dritten Reiches«, Karl Dönitz als Nachfolger Hitlers, werden von Brézet nicht thematisiert. Die letzten Marine-Aufgebote, die nach Berlin geschickt werden, bleiben unerwähnt. Der von Brézet angebotene Epilog über die beiden Großadmirale Erich Raeder und Karl Dönitz ist wenig erhellend und eher unkritisch verfaßt (S. 430–434).

Dennoch ist insgesamt der Bewertung Werner Rahns in seinem umfassenden Vorwort zu folgen (S. 9–15), daß Brézet eine »gut lesbare, informative Gesamtdarstellung [...] und darüber hinaus sehr viel Detailinformationen über einzelne Operationen bringt. Alle Aspekte der Seekriegführung« hingegen hat er sicherlich nicht berücksichtigt – gelungen ist ihm allerdings, »die respektvolle Anerkennung der großen Leistungen, die Kommandanten und Besatzungen der Schiffe und Boote der Kriegsmarine über mehr als fünf Jahre hinweg in einem letztlich aussichtslosen Kampf erbracht haben« (S. 15), erneut herauszustellen. Die beabsichtigte »kritische Würdigung« der beiden Großadmirale Raeder und Dönitz ist ihm nur zum Teil gelungen – die Würdigung und Weiterschreibe überkommener Geschichtsbilder beider nimmt deutlich breiteren Raum ein als eine kritische Auseinandersetzung. Dem bestehenden, *maritimen* Bild eines auf innere Geschlossenheit ausge-

richteten Wehrmachtsteils wird durch Brézets Buch erneut Vorschub geboten. Die Heterogenität der maritimen Solidargemeinschaft, die besonders Zeitzeugen betonen, findet wenig Raum – oppositionelle Denkweisen wie die des Kapitäns zur See Paschen oder des Oberleutnants zur See Kusch finden keinerlei Erwähnung.

Das vorliegende Buch stellt eine Gesamtdarstellung der Geschichte der Kriegsmarine mit einigen Defiziten dar – die wissenschaftliche Ausrichtung des Buches sollte hingegen nicht überstrapaziert werden, da es ansonsten – analog zu den ausländischen Veröffentlichungen der späten vierziger, der fünfziger und sechziger Jahre – als Rechtfertigungsbuch für die Handlungen der Kriegsmarine während des Zweiten Weltkrieges gelten kann, weil es aus dem Ausland stammt und deswegen für die Beteiligten *angenehmer* mit den Ereignissen umzugehen scheint als beispielsweise die wissenschaftlichen deutschen Veröffentlichungen Salewskis oder Schreibers. Die zahlreichen Veröffentlichungen Salewskis hätten insgesamt eine stärkere Beachtung verdient; der im Anmerkungsapparat und im Literaturverzeichnis etwas beiläufig erwähnte Titel *Die Deutschen und die See* hätte bei dezidiert betrachter Betrachtung die Einzelaufsätze hervorheben sollen. Gleiches gilt für Salewskis zweiten Sammelband unter gleichem Titel, der ebenfalls bereits veröffentlichte Beiträge an zentraler Stelle vereinigt hat.

Jörg Hillmann

*European Neutrals and Non-Belligerents during the Second World War.* Ed. by Neville Wylie, Cambridge: Cambridge University Press 2002, XI, 368 S., £ 50,- [ISBN 0-521-64358-9]

Die Geschichte der Neutralität fristet innerhalb der Geschichte der internationalen Beziehungen wie innerhalb der Militärgeschichte ein Schattendasein. Es sind die Kampfhandlungen, die die Kriege entscheiden, die größten Schäden anrichten und die meisten Opfer fordern. Dort werden Helden geboren oder gebrochen, dort werden die Weichen für die Nachkriegsordnung gestellt. Deshalb gilt ihnen und den ihnen zugrunde liegenden politischen, sozialen und ökonomischen Prozessen das vorrangige Interesse der Historiker. Zum Teil mag dabei auch die allgemeine Verachtung gegenüber dem Neutralen eine Rolle spielen. Schon Machiavelli hatte schließlich darauf hingewiesen, daß der Neutrale nie beliebt sei, denn der siegreiche Eroberer wolle keine unzuverlässigen Freunde, der Verlierer verachte ihn, weil er ihm nicht zu Hilfe gekommen sei.

Die Entscheidung, sich dauerhaft oder für einen bestimmten Zeitraum nicht an den Kampfhandlungen zu beteiligen, ist jedoch innerhalb einer umfassend verstandenen Geschichte des Krieges ebenso erforschenswert wie der Entschluß, in den Krieg zu ziehen. Was generell für die Neutralität festzustellen ist, gilt auch, oder sogar besonders für den Zweiten Weltkrieg. Gerade dessen Umfang und Dauer und sein Charakter als ideologische Auseinandersetzung und als totaler Krieg ließen den Neutralen nur einen Randplatz.

Völlig zu Unrecht, wie der Sammelband von Neville Wylie beweist. Behandelt werden die 14 Länder Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Spanien, Portugal, Irland, Schweden und die Schweiz, und schon die Auswahl erstaunt. Denn daß Italien aufgenommen wurde, obwohl es ja einer der eifrigsten und willfährigsten Verbündeten des »Drit-

ten Reiches« war, hätte man nicht erwartet. Daß dagegen die Türkei fehlt, die ihre Neutralität während des ganzen Krieges bewahrte, fällt schmerzlich auf, schließlich waren es insgesamt nur sechs europäische Staaten, die den ganzen Krieg über neutral blieben (neben der Türkei waren dies die Schweiz, Portugal, Spanien, Schweden und Irland), und man ist um jedes Beispiel froh, das erklären hilft, warum die Neutralität mancher Staaten geachtet wurde, und die anderer nicht.

Darauf geben auch die Beiträge in Wylies Sammelband keine endgültige Antwort, allerdings lassen sich aus ihnen einige Schlüsse ziehen. Neutral blieben kleine Staaten, die sich eigentlich den Achsenmächten entgegenstellen wollten, aber dies auf Grund ihrer Schwäche und ihrer gefährdeten Lage in unmittelbarer Nachbarschaft nicht konnten wie etwa Dänemark, die Niederlande oder Belgien. Auch Spanien ist hier zu nennen, wenn auch die Sympathien hier auf seiten der Achse lagen, man aber glaubte, sich nicht gegen die Royal Navy zur Wehr setzen zu können.

Neutralität funktionierte als Schutz aber nur sehr begrenzt und nur so lange, wie die Vorteile, die das »Dritte Reich« aus der Neutralität zog, höher waren, als die Nachteile. Als Beispiel mag hier die Schweiz dienen. Die lebenswichtigen Eisenbahnlinien nach Italien waren durch die Schweizer Neutralität besser vor alliierten Bombenangriffen geschützt, als es ein deutsches Militärkontingent neben den Schienen je vermocht hätte. Daraus ergibt sich jedoch auch, daß die neutralen Staaten, alles vermeiden mußten, was den Eindruck erwecken konnte, daß sie sich der jeweils anderen Seite zuneigten. Die Schweiz ebenso wie Schweden, von den Diktaturen in Spanien und Portugal ganz zu schweigen, errichteten bzw. verschärften ihre Pressezensur.

Diese Notwendigkeit, die kriegführenden Staaten bei Laune zu halten, erforderte es auch mit diesen Handel zu treiben. Mit zunehmendem Erfolg des »Dritten Reiches« blieb vielen ja auch nichts anderes übrig, da die Verbindungen zu anderen Staaten schwer beeinträchtigt waren. Zugleich bot dieses Argument des Pragmatismus auch eine hervorragende Entschuldigung für jede Art des Kriegsgewinnlertums. Ob Portugal oder Schweden, ob die Schweiz oder Spanien, in allen Fällen ist argumentiert worden, daß der Handel mit den Achsenmächten weit über das unbedingt notwendige Maß hinausgegangen sei. Da auch strategisch sehr bedeutsame Rohstoffe - beispielsweise Wolfram - geliefert wurden und sogenanntes »Raubgold« als Zahlungsmittel akzeptiert wurde, geriet dieser Handel in den letzten Jahren in die Schlagzeilen. Die Beiträge des Sammelbandes helfen hierbei eine vergleichende Perspektive zu gewinnen.

Will man ein Fazit der Fälle ziehen, in denen die Neutralität nicht von Dauer war, so fällt es sehr ernüchternd aus. Wenn ein kriegführender Staat einen größeren strategischen Wert in der Besetzung erblickte, hielt ihn auch keine Neutralitätserklärung davon ab. Die Beneluxländer, Dänemark oder Norwegen sind hierfür die Belege. Aber auch die Alliierten übten gehörigen Druck auf Neutrale aus, die die Grenzen des völkerrechtlich Zulässigen überschritten. Die Nötigung Portugals, auf den Azoren einen alliierten Stützpunkt zuzulassen ist dafür ein Beispiel.

Die Liste der Erkenntnisse aus dem Buch ließe sich noch fortsetzen, was die Politik und teilweise die Wirtschaft angeht, bieten alle Länderanalysen einen guten Überblick. Gewünscht hätte man sich den systematischen Vergleich, allerdings steht dem auch der teilweise recht unterschiedliche Forschungsstand entgegen. Auch konzentrieren sich die Beiträge auf die hohe Politik und allenfalls ökonomische Faktoren der Neutralitätspolitik. Unterbelichtet bleibt damit ein Aspekt, des-

sen Bedeutung sich aus den Beiträgen erst eigentlich ergibt: die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Eigene Zensur war nur ein Instrument dazu, intensive Propaganda ein anderes. Dennoch bietet der Sammelband eine wichtige Einführung in ein bisher vernachlässigtes Thema der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und bildet einen glänzenden Ausgangspunkt für eine noch zu schreibende Geschichte der Neutralität.

*Jürgen Zimmerer*

*Joachim Bornschein, Gestapo- und Chef Heinrich Müller, Leipzig: Militzke 2004, 224 S., EUR 24,80 [ISBN 3-86189-711-3]*

Auf der Basis von ihm erschlossener amerikanischer Geheimdienstakten verfißt Joachim Bornschein die These, der ehemalige Gestapo- und Chef Heinrich Müller habe nach 1945 zunächst mit amerikanischen Stellen zusammengearbeitet und sei von diesen dann, mit einer neuen Identität versehen, wahrscheinlich nach Südamerika geschleust worden. Hierin sieht der Autor sicherlich den »Clou« seiner Darstellung. Und in der Tat wäre dieser ja nun wahrlich nicht neuen Vermutung eine gewisse Plausibilität nicht abzusprechen: Müller war bereits in der Zeit der Weimarer Republik zum womöglich versiertesten polizeilichen Kommunismusexperten aufgestiegen. Und gerade diese Qualifikation war es gewesen, die den »Nur-Beamten« Heinrich Müller auch für die Nationalsozialisten sehr rasch unentbehrlich machte. Im Schatten Reinhard Heydrichs war ihm innerhalb von Polizei und SS eine rasante Karriere beschieden. Die Effizienz, die stets umfassende Orientiertheit und der Fleiß dieses »workaholics« waren ebenso legendär wie sein phänomenales Gedächtnis. Zudem gab es zumal während des Zweiten Weltkrieges kaum etwas, woran die Gestapo nicht in der einen oder anderen Form beteiligt gewesen wäre. Kurzum: so ein Mann mußte für die Geheimdienste aller Siegermächte von höchstem Interesse sein, mithin auch für diejenigen der Amerikaner.

Freilich stützt sich Bornschein bei seiner These im wesentlichen auf eine Karteikarte des amerikanischen CIC vom 28. Dezember 1945, auf welcher der ehemalige Gestapo- und Chef als Internierter eines Gefangenenlagers im oberbayerischen Altenstein geführt wird. Wie der Polizeigeneral, der ja bekanntlich zumindest bis Ende April 1945 im »Führerbunker« in Berlin gewohnt hatte, durch die sowjetischen Linien nach Bayern (bzw. zunächst zumindest bis nach Thüringen) gelangt sein sollte, bezeichnet Bornschein selbst als ein Rätsel. Er mußte der einzige männliche Angehörige der »Bunkerbesatzung« gewesen sein, der das geschafft hat. Mit einem Wort: der Faden, an dem Bornscheins These hängt, ist mehr als nur sehr, sehr dünn. Wie so oft bei Geheimdienstthemen verliert sich vieles bei näherem Hinsehen im Dunst von allerlei Hörensagengeräuschen.

Dabei hat Bornschein quasi sein ganzes Buch auf die Präsentation dieser These zugeschnitten. Das, was er zu Müllers Lebensweg zu sagen hat, geht abgesehen von ein paar punktuellen Korrekturen in Detailfragen nicht über die Arbeit Andreas Seegers aus dem Jahre 1996 hinaus. Zudem lesen sich Bornscheins Ausführungen über weite Strecken wie ein ausformulierter Geschäftsverteilungsplan: In ermüdender Monotonie wird aufgeführt, welche Dienststellen mit welchen Kompetenzen zum sich immer weiter aufblähenden Zuständigkeitsbereich Müllers gehörten; dies offenbar vor allem, um deutlich zu machen, daß Bornscheins Pro-

tagonist an so gut wie allen Massenverbrechen des NS-Regimes führend beteiligt war. Welcher seriöse Historiker aber hätte das je bestritten? Und natürlich wäre es für jede Macht und jede staatliche Dienststelle im höchsten Grade anrühlich, nach 1945 mit solch einem Massenverbrecher zusammengearbeitet, ja, ihn sogar jeglicher Strafverfolgung entzogen zu haben.

Alles in allem scheint Bornschein der Begeisterung über seinen Quellenfund zum Opfer gefallen zu sein. Von einer viel zu schmalen Basis ausgehend zieht er viel zu weitreichende Schlußfolgerungen, wenn er suggeriert, es müsse nunmehr als feststehend angesehen werden, daß »Gestapo-Müller« nach dem Zweiten Weltkrieg zumindest zeitweilig in amerikanische Dienste getreten sei. Bei allem Verständnis für Bornscheins Entdeckerfreude hätte ihm etwas mehr Distanz zu seiner Quelle sicherlich gut getan. Aber dann wäre wohl auch der Grund für eine Müller-Biographie entfallen, die den Forschungsstand ansonsten nicht wesentlich vorantreibt.

Enrico Syring

*Rainer Busch, Hans-Joachim Röhl, Der U-Boot-Krieg 1939–1945. 5 Bde, Hamburg, Berlin, Bonn: Mittler 1996–2003, EUR 170,00 [ISBN 3-8132-0509-6]*

Seit kurzem liegt die Reihe komplett vor, deren Edition bereits 1996 begann. Bei diesem Titel handelt es sich nicht – dies sei gleich eingangs betont – um eine chronologisch angelegte Darstellung der Ereignisse im U-Boot-Krieg des Zweiten Weltkriegs und deren kritische Wertung. Es liegt hier vielmehr eine Sammlung von fünf in sich abgeschlossenen Nachschlagewerken zum Thema vor. *Band eins* (»Die deutschen U-Boot-Kommandanten«) beinhaltet eine alphabetische Liste der 1411 deutschen U-Boot-Kommandanten von Abel, Ulrich bis Zierau, Max. Angegeben werden jeweils Geburtsort und -jahr, knappe Daten zum Werdegang vor Eintritt in die U-Bootwaffe, Ausbildung und Lehrgänge, Verwendungen und Kommandos, Entlassungsdatum bzw. Todestag- und position. Ein Anmerkungsapparat ergänzt die aus der Literatur sowie den Archivalien des U-Boot-Archivs Cuxhaven-Altenbruch und der Wehrmachtsauskunftsstelle ermittelten Angaben. Begrüßenswert ist eine zweite Auflistung nach Booten geordnet, so daß sich die Kommandantenabfolge für jedes Boot auf einen Blick nachvollziehen läßt. Vermissen muß der Benutzer, wie im übrigen auch in den anderen Bänden des Reihenwerks, allerdings Hinweise zur Sekundärliteratur, insbesondere auch zu den in der Nachkriegszeit verfaßten Erlebnisberichten wie sie nicht wenige U-Bootfahrer zumeist im populären Verlagsbereich publizierten.

*Band zwei* trägt den Titel »Der U-Boot-Bau auf deutschen Werften« und beginnt mit einer Aufstellung jener Boote, die von 1934 bis zum Kriegsbeginn 1939 in Dienst gestellt wurden. Die Neubauten von 1939 bis Kriegsende werden danach, in Ablieferungsmonate gruppiert, angeführt. Die Datenangaben sind hier knapp gehalten und umfassen im wesentlichen Bootstyp, Bauwerft, die Daten von Kiellegung, Stapellauf und Indienststellung sowie den Namen des jeweils ersten Kommandanten. Werft- und schiffbaugeschichtlich sehr interessant ist das folgende Kapitel, in dem die Rolle der einzelnen Werften statistisch beleuchtet wird. Besonders aufschlußreich, wenn leider auch sehr kurz gehalten, sind die Ausführungen zur Inanspruchnahme kleinerer Werften, die unter anderem auch deutlich machen, mit

welcher illusionären Verkennung die Kriegsherren bei ihrer Auftragsvergabe und hinsichtlich der damit verbundenen Erwartungshaltung vorgingen. So sollte die Danziger Schichauwerft hundert Einheiten des mit einer Walther turbine angetriebenen »High-Tech«-Typs XXVI abliefern, obwohl ihr dazu die Voraussetzungen, insbesondere was den Serienbau derartiger Fahrzeuge anging, fehlten. Folgerichtig mußte das Projekt im nachhinein an Blohm & Voß übertragen werden.

Über fünfzig Prozent dieses zweiten Bandes entfallen allerdings auf Themenbereiche, die mit Bauwerften nichts zu tun haben; sie sind den operativen und truppendienstlichen Führungsstrukturen der U-Bootwaffe und deren Einteilung in Flottillen gewidmet. Hierbei ist auch die Flottillenzugehörigkeit der Überwasser-Beleuchtungsboote und anderer Hilfsfahrzeuge eingeschlossen.

Verwirrend wie die Einordnung dieser fremden Aspekte unter dem Gesamttitel des zweiten Bandes »Bauwerften« ist die Einteilung in »Teil I, II, III«, die sich in der Untergruppe »I« gleich noch einmal wiederholt. Was die durchgängige formelle Strukturierung der Edition angeht, wäre die Einrichtung eines weiteren Teilbandes zweifellos angeraten gewesen. Damit hätte auch die Möglichkeit bestanden, den Werftteil umfassender zu gestalten und etwa durch die Beigabe von Konstruktionsplänen der unterschiedlichen Bootstypen und Situationsplänen der Bauwerften aufzuwerten und abzurunden, ein Unterfangen, das man eigentlich von einer derart breit angelegten Veröffentlichung erwartet, auch wenn die detaillierte Diskussion schiffbaulicher Details selbstverständlich nicht eingefordert werden soll.

*Band drei* (»Deutsche U-Boot-Erfolge von September 1939 bis Mai 1945«) listet die Versenkungsziffern auf, wiederum gegliedert nach U-Boots-Nummern und innerhalb dieser nach dem jeweiligen Kommandanten; Listen der Geleitzug-Codes und eine alphabetische Aufstellung der versenkten Fahrzeuge folgen am Schluß des Bandes. Während in diesem Teilband in erster Linie mit Tonnageziffern jongliert wird und menschliche Tragödien auf den torpedierten Handelsfahrzeugen (Kriegsschiffe wurden im U-Bootkrieg nur in Ausnahmefällen erfolgreich angegriffen) hinter der reinen Statistik verborgen bleiben, wird in *Band vier* (»Deutsche U-Boot-Verluste von September 1939 bis Mai 1945«) zumindest andeutungsweise das Leiden sichtbar, allerdings nur auf deutscher Seite. Gerade in diesem Band tritt ein Mangel besonders zutage, der im übrigen der gesamten Reihe anhaftet: Im Vorwort verweisen die Autoren summarisch auf die ausgewerteten Quellen, einschlägige Literatur sowie Berichte von Zeitzeugen. Konkrete Quellenangaben im Text muß jedoch vor allem der wissenschaftlich interessierte Benutzer schmerzlich vermissen. Lakonische Bemerkungen wie »Bericht zur Versenkung« oder »Ein amerikanischer Bericht« stehen einer solchen Publikation nicht gut an, und auch der Hinweis »Bericht des Kommandanten« nützt dem Forschenden nichts, wenn er nicht weiß, wo er ihn gegebenenfalls zu suchen oder wie er ihn zu zitieren hat.

*Band fünf* ist den Ritterkreuzträgern der U-Boot-Waffe und deren Unternehmungen gewidmet, dargestellt auf der Basis der Kriegstagebücher der Boote und der Führungsstrukturen. Relativ ausführlich finden die Anmerkungen des Befehlshabers der Unterseeboote Berücksichtigung, die mit einer Fülle von nautischen und seekriegstechnischen Details wohl mit zum interessantesten Stoff der gesamten Reihe zählen. Dagegen bleiben die Kommandantenpersönlichkeiten selbst auf eine merkwürdige Weise konturlos. Auch in diesem Band enthalten sich die Autoren jeglicher kritischen Würdigung des Geschehens. Und das, obwohl gerade dieser Themenbereich, vor allem auch die zunehmende Aufweichung der

Verleihungskriterien aus propagandistischen Erwägungen, solches in besonderem Maße verdient hätte. Unverständlich ist auch, daß der diesbezüglich einschlägige Aufsatz von Bodo Herzog (Ritterkreuz und U-Boot-Waffe, in: Deutsches Schiffsfahrtsarchiv, 10/1987, S. 245–260) noch nicht einmal im Literaturverzeichnis Erwähnung fand.

Das Fazit zur vorliegenden Reihe kann ohne kritische Anmerkungen nicht auskommen. Zum einem ist sie eine mit Fleiß und Akribie zusammengestellte Materialsammlung zu Technik und Struktur der deutschen U-Boot-Waffe des Zweiten Weltkriegs, die mangels Konkurrenz zweifellos die einzige dieses Formats bleiben wird. Gerade aus diesem Grunde ist es bedauerlich, daß die Reihe mit den oben angeführten formal-editorischen Mängeln behaftet ist. Auch wenn sie nicht primär wissenschaftlich angelegt ist, wird sie als erster Zugang zu essentiellen Daten ein wichtiger und willkommener Arbeitsbehelf sein. Ein Vorteil der Reihe ist zweifellos, daß die Bände einzeln zu benutzen und zu erwerben sind, so daß etwa die Werftenhistoriker auf den Band 2, die personengeschichtlich Interessierten auf die Bände 1 und 5 separat zurückgreifen können.

Eine gänzlich andere Frage zu dieser Edition muß lauten: Ist es statthaft, ein weiteres unkritisches Werk zum U-Bootkrieg des Zweiten Weltkriegs zu veröffentlichen und die Datenfülle zu dieser scheinbar »gottgegebenen« Kriegführung ohne kritisch-historiographische Kommentierung in die einschlägige publizistische Landschaft zu stellen? Die Frage ist mit »Nein« zu beantworten. Die enormen Anstrengungen, die das NS-Regime durchaus erfolgreich unternommen hat, um sein Lieblingskind U-Boot-Waffe propagandistisch auszuschlachten und aus einem Vernichtungskrieg gegen zivile Handelsseeleute ein Heldenepos zu zimmern, wirken bis heute nach. Angesichts des allgemeinen Fortschritts im Umgang mit der NS-Geschichte wäre es eigentlich an der Zeit, daß auch die heilige Kuh »U-Boot-Krieg« ihren Weg zur historiographischen Schlachtbank antritt. Leider ist zu befürchten, daß »Der U-Boot-Krieg 1939–1945« einmal mehr auch den Leserkreis bedient, bei welchem die Lust am Martialischen und nicht die kritische Geschichtsbetrachtung Anlaß zur Beschäftigung mit dem Thema ist.

*Wolfgang Bühling*

*Richard Overy, Russlands Krieg 1941–1945. Aus dem Engl. von Hainer Kober, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2003, 555 S., EUR 24,90 [ISBN 3-498-05032-X]*

Wer sich der Aufgabe einer Gesamtschau des Ostkrieges aus russischer Sicht stellt, sieht sich mit mannigfachen Schwierigkeiten konfrontiert: Er muß sich durch einen Wust von Mythen, Legenden und Verfälschungen durcharbeiten, die erst seit der politischen Wende im Zeichen von »Glasnost« langsam der historischen Wahrheit gewichen sind. Damit verbinden sich bis heute erhebliche Überlieferungsprobleme, gerade wenn man sich den Entscheidungsprozessen im inneren Kreis der Macht um Stalin nähert. Das »Rätsel Stalin«, jenes grausamen und brutalen Despoten, der in dem von ihm proklamierten »Großen Vaterländischen Krieg« zur nationalen Integrationsfigur und zum »unverzichtbaren Teil der Kriegsmaschinerie« emporwuchs, erschließt sich überdies nur bei einer gründlichen Kenntnis des Sowjetsystems, seiner einzelnen Entwicklungsphasen und seiner Wurzeln auch im zaristischen Rußland als Bezugsrahmen jener Despotie. Schließlich gilt es, schlüssige Ant-

worten auf das »Paradoxon« zu finden, daß eine Streitmacht, die in vielem noch völlig veraltet war und sich 1941 noch mitten im Prozeß ihrer Modernisierung befand und der nicht nur der Vereinigte Generalstab der USA mit Beginn des »Unternehmen Barbarossa« lediglich »für ein Minimum von einem Monat und ein mögliches Maximum von drei Monaten« eine Überlebenschance gab, innerhalb von knapp vier Jahren einen gewaltigen militärischen Triumph über eine moderne und damals allgemein als hoch leistungsfähig eingestufte Armee feiern konnte.

Dem britischen Historiker Richard Overy, durch mehrere Bücher bereits ausgewiesen als gründlicher Kenner des »Dritten Reiches« und der Kriegsgeschichte, ist es gelungen, die angedeuteten Schwierigkeiten überzeugend zu meistern. Er legt ein eindrucksvolles Buch vor, das man von der ersten bis zur letzten Seite mit Spannung liest. Vertrautheit mit der Geschichte Sowjetrußlands, analytische Schärfe, Gespür für historische Komplexität und ein sicheres Urteil bei der Diskussion kontroverser Forschungsergebnisse verbinden sich bei Overy mit der in der Wissenschaft eher seltenen stilistischen Fähigkeit, die unerhörte Dramatik des Kriegsgeschehens an den Fronten – etwa bei der neunhunderttägigen Belagerung Leningrads, im Kessel von Stalingrad oder bei der erbitterten Panzerschlacht im Kursker Bogen im Juli 1943 – oder auch Leid und Entbehrungen hinter den Frontlinien lebensnah einzufangen und den Leser unmittelbar in ihren Bann zu ziehen. Scharf profiliert er die Verantwortlichen, etwa den brillanten Strategen Schukow, seine Kameraden Konjew, Woroschilow, Timoschenko oder Tschuikow und immer wieder Stalin selbst in seiner rätselvollen Widersprüchlichkeit zwischen Charme und Grausamkeit, Unfehlbarkeitswahn und Selbstbescheidung gegenüber militärischem Sachverstand, zwischen populistischer Leutseligkeit und paranoider Verschwörungsangst. »Für die einfachen Russen war Stalin ihr Beschützer, ihr Lehrer, ihr Helfer. Dass er zu den Ungeheuern der Geschichte zählte, diese Erkenntnis erschloß sich damals nur den Menschen, die in seiner unmittelbaren Umgebung gelebt und überlebt hatten« (S. 484).

Stalin erklärte mit gutem Recht den Krieg zu einer »Prüfung für das gesamte Sowjetsystem«, und fast hätte es im Sommer 1941 diese Bewährungsprobe nicht bestanden. Es war aber auch, wie Overy anschaulich zeigt, eine »Prüfung« für die überkommenen Kulturwerte des alten Rußlands. Eine tief verwurzelte Bindung an den heimatlichen Boden, Stalins ständige Beschwörungen von »Tradition« und »Geschichte«, von »Vaterland« und »Rußland« und auch eine zeitweilige Renaissance der Religion waren sicher neben der verschärften terroristischen Einschüchterung der Bevölkerung durch die Sicherheitsorgane im Krieg wichtige Schlüssel zum Verständnis des hartnäckigen Widerstandswillens gegen die »faschistischen Eindringlinge«. Aber Overy hebt auch besonders die organisatorische und militärische Lern- und Anpassungsfähigkeit des Sowjetsystems und seiner Führer nach dem Desaster von 1941, das die Sowjetunion an den Rand der Niederlage führte, hervor. Die Bildung von mobilen »Panzerkorps« und »mechanisierten Korps« sowie von »Luftflotten« 1942 nach deutschem Vorbild ging einher mit dem Aufbau effizienter Kommandostrukturen, taktischer und operativer Beweglichkeit eines qualifizierten Generalstabes, moderner Truppenführung, verstärkter Feuerkraft und einer wachsenden Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie. In dem Augenblick, als Hitler immer mehr bis auf Divisionsebene hinunter die Truppenführung an sich riß, ging Stalin den umgekehrten Weg: Er befreite die Militärführung von den lähmenden Fesseln der politischen Apparatschiks und

räumte ihr einen erheblichen Spielraum autonomer Handlungs- und Entscheidungsfreiheit ein, ohne freilich das Heft aus der Hand zu geben. Ein erstes Frohlocken über eine »spontane Entstalinisierung« des Regimes sollte freilich 1945 brutal Lügen gestraft werden mit oft tödlichen Folgen für die gefeierten »Helden des Sieges«.

Interpretatorisch setzt der Autor einige eigenwillige Akzente, die nachdenklich stimmen, auch wenn man ihnen nicht immer zu folgen vermag. Der Sommer 1939 zeigt Stalin nicht als Umworbenen und souverän Handelnden, der international alle Fäden in der Hand hatte, sondern als Zauderer und von Furcht um die sowjetische Sicherheit umgetrieben (S. 79 f.). Mit Recht weist der Autor noch einmal scharf jeden Versuch zurück, das »Unternehmen Barbarossa« als einen Präventivschlag gegen eine unmittelbar bevorstehende sowjetische Offensive zu rechtfertigen (S. 116). Moskau wurde Ende 1941 nach Overy nicht primär durch den »General Winter« gerettet, der deutsche Vormarsch war vielmehr längst infolge schwerwiegender Nachschubprobleme ins Stocken geraten (S. 184). Der Ausgang der »Schlacht um Moskau« erscheint in seiner Bedeutung bei Overy erheblich relativiert (S. 195). Es sei keine Kriegswende gewesen, sondern »ein erster, zögernder Schritt, ein kurzer Erfolg, den Stalin durch seine militärische Unfähigkeit fast verschenkt hätte«. Ebenso wenig habe die Schlacht bei Stalingrad eine »kriegsentscheidende Bedeutung« gehabt (S. 289), sondern mehr einen bis heute herausgehobenen Symbolcharakter für den heldenhaften Widerstand der sowjetischen Truppen. Eher schon hätten die Schlacht bei Kursk und die darauf folgende sowjetische Offensive im Juli 1943 insofern eine Kriegswende markiert, als sie »jede realistische Aussicht auf einen deutschen Sieg im Osten« beendet hätten (S. 322). Von dem bis heute im Westen kolportierten Vorwurf, sie habe die Polen im Warschauer Aufstand 1944 untätig ihrem Schicksal preisgegeben, spricht der Verfasser die sowjetische Militärführung entschieden frei, denn die »Rote Armee« sei infolge eines sich versteifenden deutschen Widerstandes in den entscheidenden Tagen gar nicht an die polnische Hauptstadt herangekommen (S. 376).

Kaum im Einklang mit neueren Forschungsergebnissen zum »Holocaust« dürfte Overys Behauptung stehen, die Entscheidung zur physischen »Endlösung der Judenfrage« und erste Vorbereitungen seien bereits im Sommer 1941 durch eine »überschwängliche Siegesfreude« ausgelöst worden und nicht erst durch die »unvorhergesehene Niederlage« im Herbst dieses Jahres. »Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« habe Hitler dann im Herbst »die Entscheidung, die Juden im Osten umzubringen, auf die Juden im ganzen von Deutschland besetzten Europa ausgedehnt und sich von diesem Zeitpunkt an unaufhaltsam auf den vollständigen Genozid zubewegt« (S. 220). Bei Peter Longerich wird der ganze ungeheuerliche Vorgang des Genozid sehr viel differenzierter und komplexer gedeutet. Und ein letzter Einwand. So sehr es stimmt, daß sich die Sowjetunion im Frühjahr 1942 militärisch »in einer Position äußerster Schwäche« befand (S. 243), so sehr wird diese Aussage doch dadurch relativiert, daß auch die deutsche Wehrmacht bei Aufnahme des »zweiten Rußlandfeldzuges« (Bernd Wegner) 1942 infolge gewaltiger Verluste und erheblicher Schwierigkeiten bei ihrer Auffüllung durch Reserven und Nachschub bei weitem nicht mehr dieselbe war wie ein Jahr vorher. Leider wird das ausgeblendet.

Richard Overy schildert den Krieg nicht nur in den Führungsetagen und an den Generalstabstischen, sondern mit schonungslosem Realismus bis in einzelne Bunker, Häuserzeilen, Schützengräben und Erdlöcher hinein. Er kann damit an-

schaulich machen, wie erbittert und grausam der Krieg von Anfang an auf beiden Seiten – von den Angreifern und den Verteidigern – oft unter Verletzung des Kriegrechts geführt worden ist. Über den möglichen Vorwurf, dieses Bemühen um Ausgewogenheit der Schilderung auch der begangenen Verbrechen auf beiden Seiten unterliege stets der Gefahr des gegenseitigen Aufrechnens, dürfte ein britischer Historiker weit erhaben sein.

*Bernd Jürgen Wendt*

*Andrej Angrick, Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943. Hamburg: Hamburger Edition 2003, 795 S., EUR 35,00 [ISBN 3-930908-91-3]*

Auf beinahe 800 Seiten schreibt Andrej Angrick eine minutiöse und erschütternde Chronik der Einsatzgruppe D, die im Verlauf ihres zweijährigen Bestehens in Rumänien, der Bukowina und Bessarabien, in der Südukraine, auf der Krim sowie bis zum russischen Rostov am Don ihrem Auftrag nachkam. Zunächst in den genannten Gebieten und dann während des deutschen Vormarsches im Kaukasus (Unternehmen »Blau«) ermordete die Einsatzgruppe Juden, Kommunisten, Zigeuner und alle, die das nationalsozialistische Regime darüber hinaus als »Feinde« identifizierte. Auf breiter Archivalien- und Quellenbasis rekonstruiert Angrick die Spur von Mord und Verwüstung, welche die Einsatzgruppe durch die besetzte Sowjetunion zog. Die Ergebnisse überraschen zunächst wenig. Ihren Auftrag erledigten die deutschen Angehörigen und »fremdvölkischen« Helfer des Verbandes in der gleichen reibungslosen Weise, wie dies schon für ihre weiter im Norden der UdSSR eingesetzten Pendanten beschrieben wurde (vgl. etwa *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD*, hrsg. von Peter Klein, Berlin 1997).

In manchen Bereichen leistet die Arbeit noch erheblich mehr als den Schrecken zu protokollieren. Drei Aspekte seien hier genannt. Angrick gelangt erstens durch die Auswertung von Personal- und Prozeßakten zu einer differenzierten Analyse des Einsatzgruppen-Personals und kann zeigen, welche individuellen Verhaltensweisen deren Angehörige im Osten an den Tag legten. Jenseits von »Herrenmenschentum« und vom »Totenkopf-Orden« vorgegebener »Moralvorstellungen« war die Einsatzgruppe kein sozial geschlossener Verband, sondern umfaßte eine Vielzahl von Lebensläufen und Karrieremustern. Ihre SS-Führer waren kaltblütige Vollstrecker der nationalsozialistischen Rassenideologie, trotz ihres elitären Selbstverständnisses aber auch in erheblichem Umfang verstrickt in »gewöhnliche« Verbrechen wie Raub, Vergewaltigung und Erpressung. Manche von ihnen begingen »Rassenschande« mit Frauen, die sich von den sexuellen Beziehungen ihre Rettung vor der Vernichtung erhofften. Angrick konstatiert zweitens für die Einsatzgruppe D eine insgesamt reibungslose Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und belegt dies an zahllosen empirischen Beispielen. Dies ist drittens besonders aufschlußreich für die nur einige Monate währende deutsche Besetzung des Nordkaukasus. Der Fokus auf die Einsatzgruppe D widerlegt die nach wie vor häufig vertretene These Joachim Hoffmanns, zumindest im Kaukasus hätten jene Kräfte in der deutschen Wehrmacht den Gang der Dinge bestimmt, denen »die Unterdrückungspolitik in den Gebieten der Sowjetunion schon seit langem ein Dorn im

Auge gewesen« sei (Joachim Hoffmann, *Kaukasien 1942/43. Das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion*, Freiburg 1991, S. 13). Denn das Reichssicherheitshauptamt setzte auch dort im Bedarfsfalle unverzüglich die rassenideologischen Zielsetzungen des Feldzuges durch, ohne Rücksicht auf Absprachen vor Ort und ebenso brutal wie in anderen Gebieten der besetzten UdSSR.

Bei allem Erkenntnisgewinn verharret die Studie in den Grenzen einer deutschen Perspektive. Die inzwischen beträchtliche Literatur aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die zu durchaus lohnenden Einsichten verhilft, hat der Verfasser nicht herangezogen. Fehlerhafte Bestandsbezeichnungen aus ehemals sowjetischen Archiven (»Hauptstaatsarchiv« Minsk, S. 746) sollten in einer Neuauflage korrigiert werden. Dennoch liegt mit »Besatzungspolitik und Massenmord« ein Standardwerk zur Einsatzgruppe D vor, das auf absehbare Zeit Bestand haben dürfte.

Bernhard Chiari

*Robert B. Stinnett, Pearl Harbor. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ. Aus dem Amerik. von Karl Heinz Siber, Frankfurt a.M.: Zweitausendeins 2003, 565 S., EUR 14,90 [ISBN 3-86150-603-3]*

*Conspiracy*, Verschwörung, ist vermutlich der amorpheste Begriff des anglo-amerikanischen Strafrechts. Er bezeichnet die geheime Übereinkunft von zwei oder mehr Personen, auf unrechtmäßige Weise Ziele zu erreichen, was auch dann strafbar ist, wenn diese Ziele legitim sind. Dieser weite Begriff steht im Gegensatz zum kontinentaleuropäischen Recht, das mit ihm viel vorsichtiger umgeht und ihn auf politische Vergehen gegen den Staat beschränkt. So wimmelt es in der englischen, und in jüngerer Zeit besonders in der amerikanischen Geschichte vom Gunpowder Plot von 1605 bis zum 11. September 2001 von Verschwörungstheorien, und sie geistern zumal im Umfeld des japanischen Angriffs auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 umher, dem ersten amerikanischen Trauma vor Vietnam und Nine-Eleven, wobei geflissentlich übersehen wird, daß es am 8. Dezember 1941 auch ohne diesen militärisch an sich sinnvollen, aber von den Japanern in seiner psychologischen Wirkung unterschätzten Überraschungsangriff Krieg zwischen den USA und Japan und nachfolgend Deutschland gegeben hätte, da die Japaner bei ihrem Vorrücken in Südostasien das zu den USA gehörende Commonwealth der Philippinen und die dort stationierten amerikanischen Truppen angreifen mußten.

Derartige Deutungen sind Nebenprodukte einer Roosevelt-kritischen, »revisionistischen« Geschichtsschreibung, die in Charles A. Beard ihren letzten bedeutenden Vertreter hatte – und in der Tat ist die Frage, ob der Präsident den Krieg gegen Japan 1941 nicht hätte verhindern können, diskutabel –, die aber heute unter amerikanischen Zeithistorikern nur schwach vertreten ist, so daß entsprechende Publikationen meist von populärwissenschaftlichen Autoren stammen. Von diesen war der letzte erfolgreiche John Toland (*Infamy*, 1982), der mit widerlegbaren oder unbewiesenen Behauptungen die These vertrat, Roosevelt sei im Voraus über den japanischen Angriff auf Oahu informiert gewesen. Stinnett, ehemals Photograph der *Oakland Tribune* und selbst noch Veteran des Kriegs im Pazifik, ist noch radikaler: er wirft dem Präsidenten vor, durch eine Verschwörung, in die Hunderte

von Militärs und Politikern verwickelt gewesen sein müssen, mit größter Zielstrebigkeit die Japaner zum Angriff provoziert und dabei die Vernichtung der amerikanischen Pazifikflotte in Kauf genommen zu haben, indem er in Kenntnis der japanischen Vorbereitungen die lokalen Befehlshaber auf Hawaii, Admiral Kimmel und General Short, nicht informierte. Dabei stellt Stinnett das hehre Ziel dieser verbrecherischen Aktion, die Niederringung Japans und Hitler-Deutschlands, nicht in Frage.

Das Buch wurde vom Kryptologie-Veteran P.H. Jacobsen (*Cryptologia*, 24, 2000, S. 110–117) und vom wohl besten Kenner der Materie, David Kahn (The New York Review, Nov. 2, 2000, S. 59 f.), Verfasser des fast 1200 Seiten starken Standardwerks *The Codebreakers* (2. Aufl. 1996) mit ziemlich vernichtenden Rezensionen bedacht und damit um jede wissenschaftliche Reputation gebracht; die zweite Auflage (*Day of Deceit*, 2001) wird gegenwärtig in den USA für wenig Geld verramscht. Es ist daher verwunderlich, daß ein deutscher Verlag jetzt eine deutsche Übersetzung herausbringt, aber vielleicht deutet ein Hinweis in der Verlagsreklame auf eine Bemerkung Stinnetts in einem Interview, amerikanische Präsidenten hätten auch vor und nach Roosevelt »unglaubliche Täuschungen« begangen, aktuelle Bezüge an.

Das Buch krankt schon daran, daß die behandelten nachrichtendienstlichen Fragen fast nirgends in die internationalen Beziehungen eingebettet sind, und wo das gelegentlich geschieht, wie bezüglich der Funktion des Dreimächtepakts, ist es falsch. So vermißt man auch die Verwertung so gut wie der gesamten bisherigen internationalen Forschungsergebnisse über die Vorgänge von 1941. Geradezu absurd ist der Ausgangspunkt der Darstellung, denn nach Stinnett folgte Roosevelt in seiner Japanpolitik dem Memorandum des Capt. McCollum, Fernostexperten des Office of Naval Intelligence (ONI), vom 7. Oktober 1940, in dem dieser nach einer langen und nicht sehr tiefgehenden Analyse der internationalen Lage schließlich dem Direktor seines Amtes riet, die USA sollten »sofortige und aggressive Handlungen gegen Japan« einleiten. Stinnett muß aber selbst zugeben, daß er keinen Beweis dafür hat, daß dieses Schriftstück eines mittleren Chargen jemals dem Präsidenten vorgelegt wurde, was auch höchst unwahrscheinlich ist. Das wichtigste Quellenmaterial zu Pearl Harbor lag dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses (November 1945 bis Mai 1946) vor und wurde in 19 Bänden publiziert; eine weitere Edition folgte 1979. Es handelt sich dabei zumeist um den Telegrammverkehr zwischen dem japanischen Außenministerium und den diplomatischen Vertretungen Japans, verschlüsselt im besten japanischen System »Purple«, das die Amerikaner im Sommer 1940 brachen. Darin finden sich keine Hinweise auf einen Angriff auf Hawaii, da die japanischen Botschafter (darunter General Oshima in Berlin) über die Planungen nicht informiert wurden. Dazu kam die von den Amerikanern leider nicht ernst genommene Spionagetätigkeit des japanischen Generalkonsulats in Honolulu, deren Ergebnisse in den einfacheren Chiffrier-Systemen PA-K2 und J-19 nach Tokyo übermittelt und von den Amerikanern ebenfalls mitgelesen wurden. Darüber bringt Stinnett neue Einzelheiten. Daß Kimmel und Short auf Oahu von Washington nicht genügend über den bevorstehenden Kriegsausbruch informiert wurden, aber auch selbst Fehler bei den Kriegsvorbereitungen begingen, ist heute gesicherte Erkenntnis. Durch die Funkaufklärung und aus anderen Quellen war Anfang Dezember 1941 allgemein bekannt (man konnte es auch in der Presse nachlesen), daß starke japanische Flotteneinheiten auf dem Weg nach Thailand und Malaya waren und der Ausbruch des Kriegs im Pazifik unmittelbar bevorstand; ein großer Teil des vom Verfasser

herangezogenen Funkverkehrs betrifft diesen Aufmarsch und ist kein Beleg für seine These.

Daß sich aber ein japanischer Flottenverband mit sechs Flugzeugträgern von den Kurilen Richtung Hawaii bewegte, wußte man, so die allgemeine Ansicht, weder in Washington noch in Pearl Harbor, Singapore oder Batavia. Die »Revisionisten« wollen beweisen, daß diese Ansicht falsch ist. Eine Schlüsselrolle spielen dabei Hunderttausende von Telegrammen der japanischen Marine, verschlüsselt in einem am 1. Juni 1940 eingeführten und später als JN-25 bezeichneten Chiffrensystem, bestehend aus Gruppen von fünf Zahlen, denen additiv oder subtraktiv ein halbjährlich am 1. Juni und 1. Dezember (1941 erst am 4. Dezember) wechselnder Schlüssel von ebenfalls fünf Zahlen beigelegt wurde und die von den Amerikanern abgefangen wurden. Dieses Material wurde erst seit den siebziger Jahren nach und nach freigegeben und zumeist in die Washingtoner *National Archives of the U.S.* (heute als *Archives II* in College Park, Maryland) gebracht, wobei sich die *National Security Agency* und andere Institutionen trotz des *Freedom of Information Act* oft einer kleinlichen Geheimniskrämerei bedienen, so als gefährdeten Akten aus dem Zweiten Weltkrieg noch heute die amerikanische Sicherheit. Es ist das Verdienst von Stinnett, in diesen riesigen Quellenbestand an Telegrammen, Protokollen der Abhörstationen u.a. aus den Archives II und Außenstellen bis nach Kalifornien erste Breschen geschlagen zu haben. Die Amerikaner haben diesen Funkverkehr der japanischen Marine in ihren Stationen Cavite/Corregidor (Philippinen), Dutch Harbor (Aleuten), Oahu, Guam u.a. abgefangen, konnten durch Kreuzpeilung die Schiffe lokalisieren, die Rufzeichen ermitteln und Verkehrsanalysen erstellen, nur dechiffrieren konnten sie diese Funksprüche in JN-25, so die allgemeine Meinung, vor dem 7. Dezember 1941 nicht. Eine neueste Untersuchung von Stephen Budiansky (*Battle of Wits: The Complete Story of Codebreaking in World War II*, 2000), basierend auf den im Dezember 1998 freigegebenen monatlichen Berichten des kryptographischen Zentrums der Marine, hat ergeben, daß bis zum 7. Dezember 1941 nur 3800 der ca. 30 000 Kode-Gruppen von JN-25 gebrochen waren. Das entspricht den Aussagen der auf Oahu verantwortlichen Nachrichtendienst-Offiziere Edwin T. Layton und Joseph J. Rochefort. Daher konnten damals nur geringe Fragmente der abgefangenen japanischen Funksprüche dechiffriert werden, die keinen brauchbaren verständlichen Text ergaben. Stinnett dagegen behauptet ohne jeden Beweis, daß Amerikaner und Briten bereits 1941 JN-25 in den verschiedenen Varianten gebrochen hatten. Was die Briten betrifft, so haben bereits 1991 James Rusbridger und Eric Nave (*Betrayal at Pearl Harbor: How Churchill Lured Roosevelt into War*) die These vertreten, der britische Nachrichtendienst habe durch dechiffrierte japanische Telegramme in JN-25 von dem bevorstehenden Angriff auf Pearl Harbor gewußt, Churchill sei informiert worden, habe aber Roosevelt keine Mitteilung gemacht, um auf diese Weise den Eintritt der USA in den Krieg gegen Deutschland zu provozieren. Diese These hat kritischer Nachprüfung nicht standgehalten (Richard J. Aldrich, *Intelligence and the War Against Japan: Britain, America and the Politics of Secret Service*, 2000, S. 68 ff.). Merkwürdigerweise ist den »Revisionisten« eine Goldgrube für ihre Ansichten verborgen geblieben: der im American Heritage Center der University of Wyoming in Laramie befindliche Nachlaß des Chefkryptologen der Marine Capt. Laurence F. Safford (1893–1973), Vorstand von OP-20-G und »Vater der nachrichtendienstlichen Organisation der Marine« (D. Kahn), und die unter seiner Mitarbeit im Auftrag von Beard von einer Arbeitsgruppe niedergelegten problematischen Ergebnisse (JN-25 sei zwar gebrochen worden, das für Pearl Har-

bor bestimmte Kode-Buch sei jedoch dort nicht rechtzeitig eingetroffen), die nie publiziert wurden und ebenfalls in Laramie verwahrt werden. Ich habe in einem langen Aufsatz mit umfangreichen Zitaten vor 20 Jahren darüber berichtet (Histor. Jahrbuch, 104, 1984, S. 63–112). Im Laufe des Krieges ist es dann den Amerikanern gelungen, immer weiter in JN-25 einzudringen und verständliche Dechiffrierungen vorzunehmen, was bekanntlich wesentlich zum Sieg bei Midway (Juni 1942) und etwa auch zum Abschluß von Admiral Isoroku Yamamoto durch P-38 bei Bougainville (18.4.1943) beitrug.

Unter den Zehntausenden von den amerikanischen Stationen abgefangenen japanischen Funksprüchen finden sich in der Tat solche, die eindeutig auf einen Flottenverband im Nordpazifik mit Angriffsziel Hawaii hinweisen. Stinnett kennt einige, freilich gerade nicht die wichtigsten von ihnen; letztere sind den Spezialisten bekannt (vgl. Herde, in: *Menschen, Ideen, Ereignisse in der Mitte Europas. Festschrift für Rudolf Lill zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Wolfgang Altgeld u.a., 1999, S. 194 f.). Das am 21. Oktober 1991 von der Marine freigegebene Material von 26 581 japanischen Funksprüchen aus der Zeit vor dem Angriff auf Pearl Harbor, von denen 2413 inhaltlich interessant sind (Archives II, RG 457, SRH – 406; Pre-Pearl Harbor Japanese Naval Despatches), wurde jedoch erst nach dem Kriege zwischen September 1945 und Mai 1946 dechiffriert und übersetzt.

Wenn Stinnett unterstellt, die Dechiffrier- und Übersetzungsvermerke seien gefälscht und die Funksprüche bereits vor dem 7. Dezember 1941 gelesen worden, so muß man das wiederum als absurd bezeichnen, denn dann hätten Zehntausende von Stücken wegen der kurzen Vermerke gefälscht werden müssen. Unter diesen Funksprüchen findet sich auch der Angriffsbefehl *Niitaka yama nobore 12/08* (»Besteigt den Berg Niitaka am 8.12.«, d.h. Tokyoter Zeit). Es ist kennzeichnend für die Arbeitsweise des Verfassers, wenn dieser trotz aller gegenteiligen japanischen Aussagen behauptet (S. 335), dieser Funkspruch sei nicht verschlüsselt gewesen. Auf S. 358 ist er abgebildet mit den Vermerken *JN-25 B* und *Navy Translation 10/14/45*.

Auch sonst haben Jacobsen und Kahn dem Verfasser zahlreiche Fehler nachgewiesen, die auf zu geringen Kenntnissen der Technik beruhen. Nur einiges sei an dieser Stelle zusätzlich angeführt: Eine Peilung des Flugzeugträgers *Akagi* durch die Station Corregidor von 28 Grad (S. 246) besagt nichts über dessen Standort, denn die Peillinie verläuft über die japanische Inland-See, wo die Amerikaner die Flugzeugträger vermuteten, wie über die Kurilen, wo sich der Verband zum Auslaufen nach Hawaii versammelte. Nur bei Anpeilungen durch mindestens eine weitere Station hätte das Schiff an der Schnittstelle der Peillinien genau lokalisiert werden können. Auf diese Weise hätte der japanischer Verband auf dem Wege Richtung Pearl Harbor eingepeilt werden können, hätte er Funksprüche (die man nicht hätte dechiffrieren zu brauchen) gesendet. Doch der Verband wahrte auf der Fahrt nach Aussage aller japanischen Beteiligten absolute Funkstille, was Stinnett bestreitet, ohne das Gegenteil beweisen zu können. Die an den Verband gesendeten Funksprüche ermöglichten dagegen keine Einpeilung des Verbandes und hätten nur bei Dechiffrierung über seine Fahrt Auskunft geben können, was Stinnett nicht klar zu sein scheint. Was er wie Toland und andere vor ihm an abgefangenem Funkverkehr anführt, betrifft den großen japanischen Flottenaufmarsch Richtung Philippinen, Thailand, Malaya, Guam, Wake, Niederländisch-Indien u.a., nicht aber Hawaii. Vieles, Rufzeichen, Verkehrsanalyse usw. betreffend, bleibt hier beim Verfasser unklar.

Auch sonst leidet die Darstellung weitgehend am Fehlen der politischen Perspektive, an belanglosen Abschweifungen, Widersprüchen, Wiederholungen und zahlreichen Fehlern, die bei Benutzung der umfangreichen Literatur zu diesem Thema hätten vermieden werden können. Teils falsch, teils unvollständig sind etwa die Ausführungen über Roosevelts Botschaft an Hirohito vom 6. Dezember 1941 (S. 285), fehlerhaft ist auch die Darstellung mancher Einzelheiten des Angriffs vom 7. Dezember (S. 379 ff.).

So wird man resümieren müssen, daß der Versuch des Nachweises einer großen Verschwörung des amerikanischen Präsidenten, der die Pazifikflotte und über 2000 Gefallene geopfert haben soll, um sein Land in den Krieg gegen Japan und Deutschland zu führen, mißlungen ist. *No smoking gun*, »kein rauchender Colt«, so kommentierte der mit 84 Jahren immer noch aktive John Taylor in Archives II, einer der besten Kenner des Militärarchivs und Betreuer Stinnetts, dessen Thesen in einem Gespräch mit mir am Jahrestag 9/11/03.

Und so harren die über eine Million in den letzten beiden Jahrzehnten freigegebenen Akten weiterer mühevoller Durcharbeitung, doch sollte deren Auswertung ohne die aprioristische Ansicht einer Verschwörung erfolgen. Freilich, so viel scheint schon heute nach Durchsicht eines Teils des Bestandes deutlich zu werden: auch wenn man JN-25 Anfang Dezember 1941 noch kaum dechiffrieren konnte, so gab es doch über die bereits früher bekannten hinausgehende Warnsignale, die aus Leichtsinns und Nachlässigkeit und wegen schlechter Organisation nicht beachtet wurden. Aber auch dann bleibt noch die Ansicht von Kimmels Nachfolger Admiral Nimitz beachtenswert, es sei ein Glück für die Amerikaner gewesen, daß den Japanern am 7. Dezember 1941 auf Oahu die Überraschung gelang. Denn hätte Kimmel vom japanischen Aufmarsch erfahren, dann hätte er seine Flotte dem japanischen Verband entgegengeschickt, die Schiffe wären angesichts der japanischen Überlegenheit an Flugzeugträgern in tiefen Gewässern versenkt worden und nicht im seichten Hafen um Ford Island, wo die meisten später gehoben und repariert werden konnten, und die Zahl der Gefallenen wäre wesentlich höher gewesen.

Peter Herde

*Birgitta Godt, Aspekte der Radarentwicklung und -anwendung im Zweiten Weltkrieg, Konstanz: Hartung-Gorre 2003, 361 S., EUR 64,00 [ISBN 3-89649-870-3]*

Ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis des vorliegenden Buches verspricht eine Beschreibung der wichtigsten deutschen Bodenfunkmeßgeräte der Typen Freya, Würzburg, Wassermann/Mammut und Jagdschloß; eine Darstellung des Flugmeldedienstes und der dazugehörigen Ausbildung, seiner Organisation, der Erstellung eines Luftlagebildes, des Aufbaus einer Flugmeldestellung sowie eine Kurzbeschreibung der in der deutschen Nachtjagd verwendeten Flugzeuge und Taktiken. Ein weiterer Teil widmet sich dem Einsatz, der Ausbildung und dem Leben der Frauen (Nachrichtenhelferinnen), die im Kriege im Flugmeldewesen und an den Funkmeßgeräten Dienst taten, nach dem Kriege aber im Gegensatz zu den Männern, die eine viel gründlichere, teilweise auch nach dem Kriege verwendbare funkmeßtechnische Ausbildung erhalten hatten, ihre Kenntnisse kaum weiter nutzen

konnten, denn ihr Kriegseinsatz war ja nur eine Behelfsmaßnahme gewesen. Man kann hier eine gewisse Parallele zum Schicksal der russischen Frauen sehen, die im Kriege zu Jagd- und Bomberpiloten ausgebildet wurden, nach Kriegsende aber nicht in die sowjetischen Luftstreitkräfte übernommen wurden (Reina Pennington, *Wings, Women and War*, University Press of Kansas 2001). Der letzte große Teil enthält eine Beschreibung der Radarentwicklung in Deutschland, Großbritannien und den USA. Abschließend folgt eine Diskussion und Zusammenfassung der Ergebnisse, ergänzt durch eine chronologisch-tabellarische Übersicht über die Radar(Funkmeß)entwicklung bei der deutschen Marine und Luftwaffe, die sehr hilfreich ist.

Nach der Lektüre der ersten Seiten ist man allerdings etwas ernüchtert. Die laienhafte Sprache fällt störend auf, und man hat manchmal das Gefühl, hier werden die Dinge mehr äußerlich, wenn auch akribisch, und ohne das rechte technische Verständnis beschrieben. Es wirkt alles ein bißchen impressionistisch. Ist es wissenschaftlich erheblich, zu wissen, an welchem Rädchen oder Hebel die Nachrichtenhelferinnen oder RAD-Maiden gesessen haben, um die Geräte zu bedienen, und wie die Geräte und die anderen Arbeitsplätze der Helferinnen aussahen, und das in aller pedantischer Ausführlichkeit, so daß der Leser vor lauter mehr oder weniger unwichtigen Details fast den Überblick verliert? Manches wirkt wie aus einem Bedienungshandbuch abgeschrieben, so z.B.: »Jede Flugwache wiederum besaß drei Lämpchen, die bei einem Anruf dieser Wache am Tisch aufleuchteten. Eine weiße kleine Lampe war auf der Karte selbst an dem Standort der Wache montiert. Eine zweite weiße Lampe befand sich im zugehörigen Tastenfeld in der ersten oberen Reihe. Die dritte Lampe war grün und in der zweiten unteren Reihe des Nachbar-Tastenfeldes angebracht. Arbeitete tatsächlich ein Auswerter pro Tastenfeld hieß es, daß die weiße aufleuchtende Lampe bedient werden mußte und die grüne bedient werden konnte, falls es der Arbeitsanfall erlaubte. Sobald die zu der weißen oder grünen Lampe gehörige Taste gedrückt wurde und der Anruf angekommen war, erloschen alle Lämpchen wieder. Versorgte ein Auswerter zwei Zubringer, so konnte er von seinem Tastenfeld aus alle Anrufe entgegennehmen.« Usw. Verstanden?

Viele Fachausdrücke werden verwendet, ohne daß sie gleich bei ihrem ersten Auftreten erläutert werden. Was ist ein »Fluma II Tisch«? Die Zuständigkeit eines Feldwebels in technischer Hinsicht gegenüber der Bedienungsmannschaft eines Gerätes wird als »technische Oberhoheit« bezeichnet. Die Stärke des Luftnachrichtenregiments 203 wird einmal mit 183 Unteroffizieren sowie 2732 Mannschaften angegeben, eine Seite weiter jedoch mit 183 Offizieren und Beamten und 2732 Unteroffizieren und Mannschaften, was wohl richtig ist. Statt Personalstärkeprobleme durch die Begriffe Soll und Ist kurz zu erläutern – diese sind offenbar unbekannt –, wird umständlich argumentiert. Statt »Inspizient« heißt es fälschlicherweise »Inspeizient«. Es ist unzutreffend zu schreiben, der Generalnachrichtenführer der Luftwaffe sei für »alle Belange des Ausbildungswesens der Luftwaffe« verantwortlich gewesen. Dafür gab es einen Chef des Ausbildungswesens, einen General der Fliegerausbildung und die 3. Abteilung des Generalstabes, während der Generalnachrichtenführer bzw. der Chef des Nachrichtenverbindungswesens die Verantwortung für die luftnachrichtentechnische Ausbildung trug. Die Abstellung von Verbindungsoffizieren der Flak zu den Fernmeldezentralen der Jagddivisionen war die Norm. Deshalb erübrigt sich der Zusatz »sogar«. Was soll die über den Divisionsfernmeldezentralen stehende »Jagdfliiegerführung«

sein? Man wünscht sich eine präzise Sprache. Das »gunlaying« Gerät (Feuerleitradar) wird mit »automatische Ortung von Flugzeugen und Feuerung« wiedergegeben. Was sollen nichtssagende, da selbstverständliche Feststellungen wie: »Wenn man versucht, den Entwicklungsschritten in Deutschland und England sowie den USA auf den Grund zu gehen, stellt sich bald heraus, wie sehr dabei der Schwerpunkt auf der Technik liegen muß«?

Kein Wort wird bei der Beschreibung der Anfänge der deutschen Nachtjagd über den Hauptmann Falck und seine erfolgreichen Versuche zum Abfangen nachts einfliegender Feindflugzeuge verloren. Er schuf die ersten Grundlagen der Nachtjagd und wurde deshalb mit dem Aufbau des ersten Nachtjagdgeschwaders betraut. Die I. Gruppe des Nachtjagdgeschwaders 2 wurde nicht von General Kammhuber »geleitet«. Sie unterstand ihm über Geschwader und Jagddivision als Kommandierendem General des XII. Fliegerkorps und als General der Nachtjagd. Was soll der Begriff »Nachtjagdform«? Gemeint ist die jeweilige Taktik. Unpräzise und laienhaft ist auch die Feststellung: »Die Flakscheinwerfereinheiten leuchteten den Himmel aus und bekämpften die eingeflogenen Gegner, während die Nachtjäger das Gleiche probierten.« Das Lichtenstein SN 2 Bordsuchgerät wurde nicht einfach »Opfer eines Störsenders in dieser Wellenlänge«, sondern durch die Desertion einer Nachtjagdbesatzung mit ihrem so bestückten Flugzeug im Juli 1944 wurde den Briten die Wellenlänge und Arbeitsweise des Gerätes bekannt, das sie nun stören konnten. Die Reihe von Beispielen für nur ungefähre Kenntnis der Sache und Terminologie ließe sich mühelos fortsetzen.

Am besten gelungen ist der Teil über die wissenschaftlich-technische Entwicklung der Radargeräte in Deutschland einerseits und in Großbritannien und in den USA andererseits. Hier wird richtig auf die ungezwungene Atmosphäre und den recht freien Gedankenaustausch zwischen den Institutionen und den Mitarbeitern der Labors bei den Anglo-Amerikanern hingewiesen, was zu fruchtbaren Ergebnissen führte, wenn es auch Rivalitäten zwischen den Ländern gab. In Deutschland hingegen, wo das Amateurfunkwesen ohnehin offiziell stark eingeschränkt, wenn nicht verboten war aus Angst des Regimes vor Spionage, herrschte ein System der Abschottung und übertriebenen Geheimhaltung sowie eine Zersplitterung der Forschung auf viele Stellen. Dadurch und durch die Fehlinterpretation der Möglichkeiten von Zentimeterwellen durch maßgebende Wissenschaftler wie auch durch die anfängliche Konzentration der Forschung auf Funknavigationsverfahren für den Angriff wurden die Deutschen auf dem Funkmeßgebiet derart zurückgeworfen, daß sie den alliierten Vorsprung im Zentimeterwellenbereich, der sich als entscheidend für ein relativ genaues Bombardement erwies, nicht mehr aufholen konnten und den Radarluftkrieg verloren.

Man kann der Verfasserin die Anerkennung für ihren akribischen Fleiß und für die entfaltete Energie im Verharren bei einem offenbar auch für sie nicht leicht verständlichen Thema nicht versagen. Sie hat immerhin das Ganze in einem historischen Zusammenhang abgehandelt. Das Ergebnis ist allerdings nicht sehr überzeugend, denn viel Neues enthält das Buch nicht. Wer sich exakt über die Radarentwicklung und -anwendung im Zweiten Weltkrieg unterrichten will, der greife zu den einschlägigen Veröffentlichungen von Brandt, Trenkle, Reuter, Niehaus, Price u.a. hinsichtlich des Radarkrieges, zu Seidler und Gersdorff u.a.m. über Frauen im Kriegsdienst sowie zu den britischen, amerikanischen und deutschen Standardwerken über den Luftkrieg.

*Horst Boog*

*Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts.* Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bernhard Chiari, Matthias Rogg und Wolfgang Schmidt, München: Oldenbourg 2003, X, 654 S. (= Beiträge zur Militärgeschichte, 59), EUR 49,80 [ISBN 3-486-56716-0]

Der Film ist zweifelsohne ein Medium, welches das gesellschaftliche Leben im 20. Jahrhundert in hohem Maße beeinflußt hat. Er prägte ein breites Publikum, wie auch der Film selbst als Ergebnis bestimmter gesellschaftlicher Strukturen angesehen werden kann. Er nimmt somit in der Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts einen prominenten Platz ein. Die Wechselwirkungen von Krieg und Film sind von der Forschung bislang freilich kaum aufgearbeitet worden. Daher ist es sehr begrüßenswert, daß drei Mitarbeiter des MGFA einen handbuchartigen Abriß dieses facettenreichen Themas vorgelegt haben. Der besondere Wert des Bandes liegt in der gelungenen Verbindung von allgemein-theoretischen Überlegungen und konkreten Fallstudien.

Die Einführung besteht aus drei Beiträgen zu methodologischen Aspekten und einem umfangreichen Einleitungsaufsatz (S. 3–79), in dem Gerhard Paul den bisherigen Forschungsstand skizziert. Obgleich die Abhandlung von Paul überzeugend und instruktiv ist, fällt bei der Lektüre doch auf, daß er manchmal allzu schnell durch das Thema schreitet und einige Filme mit einem flüchtigen Halbsatz kaum hinreichend und treffend in den Kontext einzuordnen vermag. So sind »Das Boot« von Wolfgang Petersen und »Stalingrad« von Joseph Vilsmeier mit der Bemerkung »dubiose, die Kameraderie verherrlichende Kinofilme« (S. 47), wohl kaum richtig beschrieben, zumal bei ersterem auch zwischen der Kino- und der Fernsehversion zu unterscheiden wäre. Und weiter: Sicherlich ist Gerhard Paul zuzustimmen, daß sich der Krieg per se der Darstellung im Film entzieht und schlichtweg etwas Unmodellierbares ist (S. 7). Doch dieser Befund muß letztlich für jedes Medium gelten. Auch die Historiker sind wohl kaum dazu in der Lage, den Krieg in ihren Büchern objektiv und realistisch abzubilden. Eine Annäherung ist aber sowohl in dem einen wie dem anderen Genre möglich. Die entscheidende Frage lautet demnach, warum Regisseure und Produzenten soviel Energie und Geld aufwenden, um für ihre Filme eine der Realität detailgetreu nachempfundene Kulisse zu erzeugen, inhaltlich aber meist nur mit Klischees arbeiten? Es wäre weiterführend danach zu fragen, ob hier der Glaube, dem Film eine Botschaft geben zu müssen oder schlicht kommerzielle Überlegungen über den Erfolg an den Kinokassen ausschlaggebend sind.

Paul weist auf den wichtigen Umstand hin, daß mit zunehmender zeitlicher Distanz Filme das Bild einer breiten Öffentlichkeit etwa vom Zweiten Weltkrieg oder vom Vietnam-Krieg entscheidend geprägt haben. Da die meisten Menschen diese Konflikte nicht mehr selbst miterlebt haben und nur ganz wenige sich anhand von authentischen Fotos eine Vorstellung verschaffen, liefert das Kino die Visualisierung vergangener Kriege. Dieser plausibel erscheinende Befund regt einmal mehr eine qualifizierte Untersuchung darüber an, welchen Einfluß Filme auf das Geschichtsbild der Deutschen haben. Insbesondere wäre danach zu fragen, wie das von Streifen wie »Saving Private Ryan« kolportierte Bild der Deutschen in der Bundesrepublik aufgenommen wird. Die Bedeutung von empirischen Analysen zur genaueren Bestimmung des Einflusses auf das Geschichtsbild wird im übrigen auch im vorliegenden Band von Philipp von Hugo im letzten Abschnitt des Bu-

ches in seinem Beitrag, »Kino und kollektives Gedächtnis? Überlegungen zum westdeutschen Kriegsfilm der fünfziger Jahre« herausgestellt.

Der theoretisch-methodische erste Abschnitt stellt den Überbau für die folgenden vier Themenblöcke mit konkreten Beispielen dar: Die Abschnitte »USA – Sowjetunion. Gewalt, Krieg und Nation im Film« und »Erster Weltkrieg und Weimarer Republik« werden mit je vier Beiträgen, der Zweite Weltkrieg anhand des Beispiels der Luftwaffe im NS-Propagandafilm mit drei und der Bereich von »Krieg und Militär im deutschen Nachkriegsfilm« mit sechs Aufsätzen abgehandelt. Die Autoren verdeutlichen gleichermaßen Sinn und Zweck von Kriegsfilmen in ihren jeweiligen Kontexten.

Im Ersten Weltkrieg waren die technischen Möglichkeiten, den Krieg an der Front darzustellen noch begrenzt, so daß das eigentliche militärische Geschehen nur selten abgebildet werden konnte und man bei dokumentarischen Produktionen meist auf gestellte Szenen zurückgriff. Die Filme wirkten vor allem durch die Faszination, die von den erstmals gezeigten bewegten Bildern eines Krieges ausgingen. Während der Weimarer Republik deuteten Kriegsfilme das Geschehen viel stärker als sie dies im Ersten Weltkrieg vermocht hätten. Sie lieferten Interpretationen mit den neuen Stilmitteln des Tonfilms und begründeten in dieser Phase ihre herausgehobene Bedeutung, die sie fortan für die Präsenz des Krieges im kollektiven Gedächtnis der Nationen spielten. Der Spanische Bürgerkrieg war dann der erste moderne Medienkrieg der Geschichte, das heißt, »der Krieg selbst wurde erstmals mit der Kamera geführt« (S. 18). Es ging nicht mehr darum, den Krieg möglichst authentisch abzubilden, sondern mit Hilfe von Authentizität suggerierenden Filmen vor allem politische Botschaften zu vermitteln. An diesem Befund hat sich seither unabhängig vom Entstehungsort oder -zeitpunkt eines Kriegsfilms nichts geändert: Weder in Friedenszeiten noch im Krieg ging und geht es um eine möglichst authentische Abbildung des Kriegsgeschehens. Natürlich ist diese Erkenntnis für bestimmte Fälle gleichermaßen trivial wie logisch: Daß etwa Goebbels' Propagandaministerium darauf abzielte, ein Bild einer immerwährend siegreichen Wehrmacht zu zeichnen, kann kaum verwundern. Zum Nachdenken regen aber die Beiträge an, die sich mit der Zeit nach 1945 beschäftigen. Andreas Etges entlarvt den Kassenschlager »Saving Private Ryan« von Steven Spielberg als einen Film, der den Zweiten Weltkrieg als »Best war ever« umdeutet. Der Film spiegelt, so Etges, »einzig eine ahistorisch gewordene und zentral um Körperlichkeitsbedürfnisse organisierte Gesellschaft wider, aber weniger denn je einen realen Krieg. Goebbels' Kriegswochenschauen erschienen da allemal »realistischer« (S. 60). Im übrigen macht diese hier kritisierte ahistorische Sichtweise auf den Zweiten Weltkrieg, die in einen Kult um die noch lebenden Veteranen ausartet auch vor der amerikanischen Wissenschaft und prominenten Verlagen nicht halt, wie der Fall des reichlich mißglückten Buches von Williamson Murray und John Millet »A War to be Won«, erschienen 2000 bei Harvard University Press, belegt. Freilich ist es schade, daß nach der qualifizierten Analyse von »Saving Private Ryan« nicht auch die monumentale Serie »Band of Brothers« (2001) von Tom Hanks und Steven Spielberg, die vorgibt, detailgetreu die Erlebnisse einer amerikanischen Fallschirmjägerkompanie im Zweiten Weltkrieg wiederzugeben, mit in die Betrachtung einfließt. Spannend wäre auch ein vergleichender Blick auf den von der Kritik aufgrund seiner anderen Bildsprache so hochgelobten Film von Terrence Malick »The thin red line« (1998) gewesen. Gerade bei letzterem wäre es interessant, etwas über Malicks Zielsetzung und die Rezeption seines Films zu erfahren.

Der Zweite Weltkrieg war auch in der Bundesrepublik und der DDR der dominierende Gegenstand der Kriegsfilmproduktionen. Die Beiträge von Philipp von Hugo und Susanne Brandt zeigen, daß die Darstellung auch hier stark von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt war. Während in Westdeutschland insbesondere während der Hochphase der Kriegsfilme in den fünfziger Jahren das Bild der sauberen Wehrmacht und damit einer Gesellschaft, die an Krieg und Verbrechen letztlich unbeteiligt war, dargestellt wurde, versuchte die DDR, mit diesem Genre zum Aufbau einer antifaschistisch-sozialistischen deutschen Identität beizutragen.

Besonders löblich ist es, daß in dem Band auch die weniger bekannten Produktionen über die Bundeswehr und die Nationale Volksarmee analysiert werden. So zeigt Wolfgang Schmidt, daß die Wirkung der wenigen Filme über die Bundeswehr überschätzt wurde und deren Bild in der Öffentlichkeit eher von anderen Faktoren abhängig war. Matthias Rogg weist in seinem Beitrag »Filme von der Fahne« darauf hin, daß »über die tatsächliche Wirkung von Filmen in der wehrpolitischen Öffentlichkeitsarbeit der DDR keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen« (S. 630). So bleibt auch hier der Film vor allem eine interessante und wichtige Quelle für das Selbstverständnis der Nationalen Volksarmee.

Wenngleich natürlich nicht alle Aspekte der vielfältigen Wechselwirkung von Krieg und Film berücksichtigt werden konnten, ist hier doch ein umfassendes und facettenreiches Werk zum Thema vorgelegt worden, das den Forschungsstand prägnant zusammenfaßt. Es ist anschaulich bebildert, gleichermaßen gut geschrieben wie gegliedert und kann uneingeschränkt empfohlen werden.

*Sönke Neitzel*

*Bernhard Forster, Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf: Droste 2003, 748 S. (= Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), EUR 48,- [ISBN 3-7700-1889-3]*

Stegerwald gehört zu der Generation deutscher Politiker, die nach einer Tätigkeit in den Gewerkschaften, in die sie als Handwerker eingetreten waren, öffentliche Ämter ausübten. Das Interesse der Wissenschaft an den Lebenswegen dieses Personenkreises ist in den letzten Jahren gewachsen; eine alle Quellen ausschöpfende und wissenschaftlichen Kriterien genügende Biographie Stegerwalds lag bisher aber nicht vor. Dies ist um so erstaunlicher, als ein umfänglicher, im Archiv für Christlich-Demokratische Politik verwahrter Nachlaß verfügbar ist, wenn auch infolge der Materialverluste nach 1933 einige Tätigkeitsfelder Stegerwalds nur punktuell dokumentiert sind. Forster ist es gelungen, diese Lücken durch Informationen aus anderen Beständen zu schließen. Die Nachlässe von Wilhelm Marx, Johannes Giesberts, Jakob Kaiser und Martin Spahn sind als Ersatzüberlieferungen ebenso geeignet wie die Unterlagen des 1917 von Stegerwald mitbegründeten Volksbundes für Freiheit und Vaterland oder des Volksvereins für das katholische Deutschland, dessen Vorstandsmitglied Stegerwald war. Nimmt man die etwa 60 publizierten Schriften und Reden Stegerwalds, seine Artikel in der Gewerkschafts- und Parteipresse, die Editionen der Protokolle der Reichstagsfraktion des Zentrums und der Akten der Reichskanzlei sowie die Memoiren von Gewerkschaftern und

Politikern hinzu, dann ist eine tragfähige Quellenbasis für das Verfassen einer Biographie vorhanden.

Für die Darstellung der Kindheit, der Ausbildung Stegerwalds zum Schreiner- und dessen Engagement im Arbeiterschutzbund und den sich herausbildenden Gewerkschaften kann Forster die 1924 erschienene Autobiographie Stegerwalds heranziehen. Stegerwald wollte die Rechte der Arbeitnehmer stärken und das weitere Anwachsen der übermächtigen Freien Gewerkschaften durch die Gründung einer zentralen christlichen Gewerkschaft verhindern. Der Gründung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter 1899, deren Vorsitzender Stegerwald wurde, folgte 1902 die des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften; hauptamtlicher Generalsekretär wurde Stegerwald.

Forster arbeitet detailliert, mit langen Zitaten und allzu häufigen Wiederholungen die Grundpositionen heraus, die Stegerwald den christlichen Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiter ohne Klassenkampf in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen und in Abgrenzung zur katholischen Kirche zuwies. Er anerkannte die Autorität des Klerus in religiösen und moralischen Fragen, wollte sie aber auf diesen Bereich beschränkt wissen. Der »Gewerkschaftsstreit« endete 1912 mit der Akzeptanz der christlichen Gewerkschaften als von der Kirche unabhängigen Organisationen.

Der Erste Weltkrieg brachte für die christlichen Gewerkschaften keine Zerreißprobe mit sich. Sie sahen vielmehr die Chance, durch »opferbereite Vaterlandsliebe« ihre stets beteuerte politische Zuverlässigkeit zu beweisen und so mehr Einfluß zu gewinnen, obwohl ihre Mitgliederzahl infolge des Konjunkturéinbruchs 1913 und der Rekrutierungen seit Kriegsbeginn zurückgegangen war. Mit der von Stegerwald in Zusammenarbeit mit den Arbeitervereinen gegründeten Zeitschrift »Deutsche Arbeit. Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft«, deren erstes Heft im Dezember 1915 erschien, sollte die »staatspolitische Arbeit« der christlichen Verbände vermittelt und theoretisch fundiert werden. Vor allem angesichts der kriegsbedingten Zusammenarbeit mit den anderen Richtungsgewerkschaften wollte Stegerwald die Eigenständigkeit der christlichen Gewerkschaften dokumentieren und die von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften initiierte und von einem Teil der Freien Gewerkschaften unterstützte Anregung zur Bildung einer neutralen Einheitsgewerkschaft torpedieren. Er entwickelte auch ein Programm der christlichen Gewerkschaften, das aber während des Krieges nicht mehr beschlossen wurde.

Stegerwald war maßgeblich an den Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen des die Richtungsgewerkschaften als Vertretung der Arbeiter anerkennenden Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst 1916/17 beteiligt, er wurde in den Vorstand des 1916 geschaffenen Kriegsernährungsamtes und 1917 in das Preußische Herrenhaus berufen – Aktionen, die dem Erhalt des brüchig gewordenen Burgfriedens dienen sollten.

Forster schildert die Bemühungen Stegerwalds um einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessengruppierungen innerhalb des Zentrums, das er zu einer interkonfessionellen Partei umgestalten wollte. Er referiert die schwierigen Verhandlungen bei der von Stegerwald angeregten Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der zwar ein Gegengewicht zu der 1917 etablierten Deutschen Vaterlandspartei darstellte, die von ihm jedoch aus taktischen Gründen nicht offen attackiert wurde. Daß Stegerwald, der sich als sozial-konservativ bezeichnete, die Errichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen den Rich-

tungsgewerkschaften und Arbeitgebervertretern 1918 für eine Bestätigung seiner sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen hielt, liegt auf der Hand.

Stegerwald wurde Mitglied der Nationalversammlung, er war Reichstagsabgeordneter bis 1933, 1919 zugleich Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, er wurde 1919 zum preußischen Minister für Volkswohlfahrt ernannt und 1921 zum Ministerpräsidenten in Preußen gewählt. Nach dem Rücktritt seiner Regierung im November 1921 engagierte er sich wieder verstärkt in dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dessen Vorsitzender er seit 1919 war und dem er 1920 das »Essener Programm« vorgelegt hatte, sowie in dem von ihm im November 1918 zur Abwehr der »sozialistischen Schreckensherrschaft« gegründeten Deutschen Gewerkschaftsbund, dem neben den christlichen Gewerkschaften u.a. die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband angehörten.

Allerdings schlossen diese Funktionen eine intensive Tätigkeit in der Zentrumspartei nicht aus. Forster schildert das Interesse Stegerwalds an der Kanzlerkandidatur 1923 und an der Kandidatur für das Reichspräsidentenamt 1925, die Auseinandersetzungen um den Fraktionsvorsitz, den Stegerwald von 1926 bis 1929, kurze Zeit kommissarisch, innehatte und das Scheitern seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 1928. Bei der Umbildung der Großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller 1929 trat Stegerwald als Verkehrsminister in das Kabinett ein, in der am 30. März 1930 gebildeten Regierung Brüning übernahm er das Amt des Arbeitsministers, das er bis zur Demission Brünings am 30. Mai 1930 ausübte.

Bei der Darstellung dieser Tätigkeit Stegerwalds kann sich Forster auf eine breite Basis gedruckt vorliegender Quellen stützen. Er analysiert das Konzept Stegerwalds für eine Reform der Arbeitslosenversicherung und die Pläne für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, schildert die Bemühungen, den Gewerkschaften die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen verständlich zu machen, die zwar eine Aushöhlung des Schlichtungswesens mit sich brachten, aber doch die Aufrechterhaltung des Tarifwesens bedeuteten. Eine Reform der öffentlichen Verwaltung konnte Stegerwald nicht durchsetzen, seine Pläne für eine Reichsreform fanden keine Unterstützung, eine von ihm vorbereitete Siedlungsverordnung wurde nicht verabschiedet.

Die immer deutlicher werdenden Differenzen zwischen dem Arbeitsminister und dem Reichskanzler hatten nicht nur sachliche Gründe, sondern ergaben sich auch aus der Rivalität der beiden Politiker. Brüning war Stegerwalds Referent im preußischen Volkswohlfahrtsministerium gewesen, und offenbar neigte der Minister dazu, dem zaudernden Reichskanzler eine ähnliche Funktion zuzuweisen. Daß Brüning, der sich 1945 bei der amerikanischen Besatzungsmacht für Stegerwald einsetzte, später, nachdem er von negativen Äußerungen Stegerwalds über seine Politik erfahren hatte, versuchte, Einfluß auf eine im Entstehen begriffene Biographie Stegerwalds zu nehmen, belegt Forster mit weiteren, bisher unbekannten Quellen.

Nach den Juli-Wahlen 1932 wollte Stegerwald mit der NSDAP verhandeln, weil er Papen für die größere Gefahr hielt, nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler führte er den Wahlkampf mehr gegen Hugenberg als gegen Hitler. Er sah das Zentrum als »ausgleichende Verfassungspartei«, hatte die Illusion einer Zusammenarbeit der christlichen Gewerkschaften mit der Regierung. Die Auseinandersetzungen in der Zentrumspartei über die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, für die er plädierte, sind bekannt.

In den Abschnitten »Von der Verfolgung zum Friedensschluß mit dem Regime: Stegerwald 1933–1942« und »Vereinsamung und Ernüchterung« hat Forster bisher unbekannte Materialien ausgewertet. Dies gilt auch für die Tätigkeit Stegerwalds als Regierungspräsident von Mainfranken und dessen Anteil an der Gründung der Unionsparteien, die trotz der Doppelung seinen Bemühungen um die Schaffung einer interkonfessionellen, schichtenübergreifenden, christlichen Volkspartei, die er seit 1920 immer wieder vorgeschlagen hatte, nahekam.

Forster hat den Lebensweg und die Tätigkeit Stegerwalds, die Erfolge, Mißerfolge und Irrtümer differenziert und abwägend nachgezeichnet. Die naheliegende Kritik an Wiederholungen in seiner Darstellung versucht er mit dem Hinweis auf die Ämterhäufung Stegerwalds abzufangen, deren Verschränkung zuvor nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Auf Überfrachtungen des Textes mit Nichtigkeiten, z.B. wer an einem Empfang anlässlich der Einweihung des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt teilgenommen hat oder wann Stegerwald die Ernennungsurkunde zum Reichsarbeitsminister erhielt und daß er einen Tag später von Hindenburg vereidigt wurde, hätte Forster allerdings getrost verzichten können. Überflüssig ist es z.B. auch, ein langes Zitat aus einer Schmähschrift gegen Stegerwald, deren Inhalt im Text referiert wurde, in einer Fußnote abzudrucken. Nicht nur die Wiederholungen und die wenig aussagekräftigen Informationen blähen den Text auf. Das Kapitel »Minister und Parteiführer in der Wirtschaftskrise 1929–1932« ufernt aus zu einer Darstellung der weitgehend bekannten Ereignisse aus denen der Leser die Aktivitäten Stegerwalds mühsam herauspräparieren muß. Nicht gelungen ist es, die Reaktion Stegerwalds auf den Versuch Spahns zu erschließen, den Kontakt zu Stegerwald im März 1933 wieder herzustellen. Daß eine Antwort Stegerwalds auf ein, wie Forster bemerkt, nicht abgeschicktes Schreiben Spahns nicht zu ermitteln ist, reicht aber zur Erklärung aus!

Der Band enthält neben dem üblichen Quellen- und Literaturverzeichnis eine Zusammenstellung der Schriften Stegerwalds sowie ein Personen- und ein Sachregister. Wenig benutzerfreundlich ist es, daß dem Personenregister weder die Lebensdaten noch die Funktionen der Personen zu entnehmen sind. Es fehlt auch ein Hinweis darauf, auf welcher der angegebenen Seitenzahlen diese Informationen zu finden sind.

Ursula Hüllbüsch

*Peter Joachim Lapp, General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller – Eine deutsche Karriere, Berlin: Ch. Links 2003, 286 S., EUR 24,90 [ISBN 3-86153-286-7]*

Mit Peter Joachim Lapps Buch über den Wehrmacht- und NVA-General Vincenz Müller liegt nach Sigrid Wegner-Korfes' Porträt ihres Vaters (Weimar - Stalingrad - Berlin. Das Leben des deutschen Generals Otto Korfes, Berlin 1994) und einer Lebensbeschreibung des DDR-»Fliegerkosmonauten« Sigmund Jähn (Horst Hoffmann, Sigmund Jähn. Der fliegende Vogtländer, Berlin 1999) erst die dritte Biographie eines ostdeutschen Generals vor, die nach 1989/90 erschienen ist. Obwohl inzwischen auf eine Reihe von Forschungsergebnissen zur Generalität der DDR-Streitkräfte zurückgegriffen werden kann, sind einzelne Lebensläufe dieser heterogenen Gruppe mit ihren unterschiedlichen Wurzeln in der Wehrmacht, der Kom-

munistischen Partei der Weimarer Republik oder in der DDR bislang von der Geschichtsschreibung nur am Rande betrachtet worden. Mit der Veröffentlichung ihrer Memoiren versuchten statt dessen einige ehemalige Generale und Admirale (Theodor Hoffmann, Heinz Kessler, Hans-Georg Löffler, Werner Rothe u.a.), in einer tendenziell unkritischen, zum Teil offen apologetischen Perspektive selbst die Deutungshoheit über ihre persönliche Entwicklung – aber auch die ihrer Armee – zu erlangen. Daß die individuellen Lebenswege der Führungsspitze von Kasernierter Volkspolizei (KVP) und Nationaler Volksarmee (NVA) mittlerweile neue wissenschaftliche Aufmerksamkeit erlangen, zeichnet sich mit dem Porträt Müllers sowie einem zeitgleich und im selben Verlag erschienenen Sammelband (Genosse General! Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen, hrsg. von Hans Ehlert und Armin Wagner, Berlin 2003) ab.

Das immer noch begrenzte Wissen über die Entwicklung der NVA (im Unterschied zur gut aufgearbeiteten KVP-Phase bis 1955/56) steht in einem Spannungsverhältnis zur komplexen und hochdifferenzierten Geschichtsschreibung über die Wehrmacht. Von einem Biographen wird also viel verlangt, will er mehrere sehr unterschiedlich erforschte Phasen der deutschen Militärgeschichte im 20. Jahrhundert auf aktuellem Kenntnisstand verfolgen und mit dem Leben eines Offiziers zwischen Erstem Weltkrieg und Kaltem Krieg verknüpfen. Genau das erweist sich auch als Problem der Arbeit über Vincenz Müller (1894–1961), einen Soldaten mit Lebensstationen in vier deutschen Armeen (eigentlich in sieben Armeen, rechnet man seine Verwendungen im Osmanischen Reich hinzu und berücksichtigt man seinen Einsatz in bayerischen, württembergischen und preußischen Truppen im Kontingentsheer des Kaiserreiches).

Als Sohn eines Handwerkmeisters in Aichach bei Augsburg geboren und im Klostergymnasium Metten von Benediktinern erzogen, gehörte Müller nach sozialer Herkunft und herausragendem Bildungsinteresse – selbst für das im Vergleich zu Preußen gesellschaftlich offenere bayerische Heer – eher zu den untypischen Vertretern des deutschen Offizierkorps am Beginn des Ersten Weltkrieges. Den erlebte der junge Leutnant der Pioniertruppe an der Westfront und in osmanischer Uniform bei Gallipoli. Später kam er bis nach Bagdad. Zweimal verwundet und schwer an Malaria erkrankt, an deren Folgen er bis zu seinem Lebensende litt, gehörte Müller zu den 4000 Offizieren, die in die Reichswehr der Weimarer Republik übernommen wurden. Dort durchlief er die »Führergehilfenausbildung« zum Generalstabsoffizier. Zwischen 1923 und 1932 diente er vor allem im Reichswehrministerium (letzte Truppenverwendung: Kompaniechef), längere Zeit im engsten Umkreis von Kurt v. Schleicher. Anschließend war er u.a. im Generalstab des Heeres für Mobilmachungsangelegenheiten zuständig. Als Ia der Heeresgruppe C nahm Müller 1940 am Angriff auf Frankreich teil. Ende des Jahres wurde er zum Chef des Generalstabs der 17. Armee berufen, die unter dem Oberbefehl der Heeresgruppe Süd im Rußlandfeldzug zum Einsatz kam. 1942 Generalmajor, 1943 Generalleutnant, prägte ihn diese Verwendung. Nach kurzer Zeit als Divisionskommandeur war der hervorragend beurteilte Offizier im Laufe des Jahres 1944 in verschiedenen Führungspositionen auf Korps- und Armee-Ebene bei der Heeresgruppe Mitte tätig.

Bei deren Zusammenbruch geriet Müller im Juli 1944 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Schon im Folgemonat trat er dem Nationalkomitee »Freies Deutschland« und dem Bund Deutscher Offiziere bei. 1948 zurückgekehrt in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands, wurde Müller dort für wenige Monate Chef des

Stabes der Grenz- und Bereitschaftspolizei. Dann ging er zunächst in die Politik und engagierte sich in der Führung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), einer Blockpartei im SED-Staat, die als Sammelbecken für ehemalige Offiziere und einfache NSDAP-Mitglieder diente. 1952 für den Aufbau der KVP reaktiviert, wurde Müller 1953 dort Chef des Stabes, ab 1956 bis zu seinem Ausscheiden im Februar 1958 dann Chef des Hauptstabes der NVA – nach Dienststellung und Dienstgrad der höchste Wehrmachtoffizier in den Reihen der DDR-Streitkräfte. Militärisch und politisch nicht mehr erwünscht, von seiner Tropenkrankheit, zwei Herzinfarkten und Depressionen gezeichnet, beging Müller im Mai 1961 Selbstmord (alte Mordgerüchte sind nach den Forschungen von Lapp mittlerweile auszuschließen).

Soweit die äußeren Stationen dieses Soldatenlebens. Für die Jahre des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik stützt sich der als DDR-Forscher ausgewiesene Autor stark auf die 1963 im Auftrag der SED posthum herausgegebenen Erinnerungen des Generals. Im Ergebnis scheint Müller der kaum geliebten Republik im Vergleich zu seinen Kameraden relativ offen gegenüber gestanden zu haben. Seine Haltung während des Röhm-Putsches, dem immerhin sein langjähriger Chef v. Schleicher zum Opfer fiel, wird ungenügend ausgeleuchtet; Quellenbasis sind wiederum nur die Memoiren. Unvermeidlich begibt sich Lapp ins Spekulative: Müller »wird unter der Ermordung seines Freundes und Förderers gelitten haben« (S. 55); die gedämpfte Kritik des Münchener Wehrkreisbefehlshabers General Wilhelm Adam an den Morden »wird Hitler mit Sicherheit verärgert haben« (S. 54). Dieses Stils bedient sich der Verfasser auch an anderen Stellen, wenn die Quellen zur Position seines Protagonisten angesichts zentraler Schlüsselereignisse (Judenmord, Verschwörerkreis um Tresckow) nicht genug hergeben (S. 69, 136).

Dennoch hat das Buch gerade in der Darstellung der Kriegszeit seine starken Seiten. Die Schilderung der Tätigkeit Müllers als Chef des Stabes der 17. Armee ist gelungen, recht plastisch wird deren Operationsführung nachgezeichnet. (Eine Karte der Ostfront hätte dem ansonsten gut illustrierten Buch hier weiteren Gewinn gebracht.) Müllers Hitler gegenüber frühzeitig ablehnende, von der Konzentration auf das Offizier-Sein geprägte Haltung scheint als »Teilkorruption« seines Gewissens (S. 60) in Anlehnung an die inzwischen berühmte Formel von der »Teilidentität der Ziele« zwischen Wehrmacht und NS-Regime treffend charakterisiert. Nach dem Angriff auf Polen war Müller allerdings in die Absichten eines Putsches gegen Hitler durch die Gruppe um Canaris, Oster, Witzleben und Ritter v. Leeb eingeweiht und fungierte als Mittelsmann zwischen den Generalen der Heeresgruppe C und dem Oberkommando des Heeres (Halder, v. Stülpnagel): »Es gehörte viel persönlicher Mut dazu, sich in solche Kreise zu begeben« (S. 64). Nicht deutlich genug wird dagegen Müllers weniger couragierte Rolle bei den Mordaktionen der SS im Bereich der 17. Armee herausgearbeitet. Als Chef des Stabes war er zumindest darüber informiert. Was nun ist davon zu halten, wenn Lapp innerhalb zweier aufeinander folgender Absätze zunächst feststellt, Müller habe die Judenmorde zwar nicht angeordnet, »innerhalb gewisser Grenzen« (welcher?) aber »billigend in Kauf genommen«, dann jedoch meint, »als Christ und Humanist« habe der General die Massenmorde abgelehnt (S. 105)?

Den schnellen Gesinnungswechsel des in seiner soldatischen Pflichtauffassung bis kurz vor der Gefangennahme unbeirrten Generals im Sommer 1944 interpretiert Lapp als von Müller erkannte Gelegenheit, sich einen letzten Rest an Einfluß auf sein eigenes Leben wie vermeintlich auf das Schicksal Deutschlands zu be-

wahren. Das Spielen der sowjetischen Karte, ohne sich jedoch dem Marxismus-Leninismus zuzuwenden, mag in ersterem Fall opportunistische, im zweiten dagegen ehrliche patriotische Beweggründe gehabt haben. Durchgängig versäumt es Lapp, das Verhalten anderer Generale der Wehrmacht, die später beim Aufbau der DDR-Streitkräfte Bedeutung erlangten, zum Vergleich heranzuziehen.

Müllers Lebensjahre in der DDR werden vornehmlich vor dem Hintergrund seiner deutschlandpolitischen Vorstellungen und Kontakte sowie seiner Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gezeichnet. Den maßgeblichen Einfluß des Generals beim Aufbau der jungen DDR-Armee erwähnt der Autor zwar wiederholt, führt ihn aber kaum näher aus. Im Vordergrund stehen Müllers Verbindungen zu Hermann Teske, einem seiner ehemaligen Untergebenen, der inzwischen für die Organisation Gehlen arbeitete, und die in der Forschung seit längerem bekannten Unterredungen mit Bundesfinanzminister Fritz Schäffer über eine mögliche Konföderation beider deutscher Staaten. Substantiell kann Lapp zu diesen beiden Gesprächen im Juni 1955 und im Oktober 1956 jenseits einiger Mutmaßungen allerdings keine neuen Erkenntnisse beitragen.

Müller erkannte bald seine schwierige Lage im Stab von KVP und NVA als ebenso dringend benötigter wie mißtrauisch beäugter ehemaliger »faschistischer« General. In der Bundesrepublik galt er seinen ehemaligen Kameraden als Verräter, doch auch im Osten fand er trotz einiger prestigeträchtiger, aber einflußloser Parteiämter in der NDPD keine politische Heimat. Zur Flucht in den Westen konnte er sich nicht entschließen. Privat hatte Müller zahlreiche intime Affären, ein Grund, der mit dazu beitrug, daß seine Ehefrau 1957 Selbstmord beging. Aus Furcht, aufgrund seiner Depressionen in eine Nervenheilanstalt eingewiesen zu werden, wählte schließlich auch Müller (wie 1979 sein in die Bundesrepublik geflüchteter Sohn) den Freitod.

Das für ein breiteres Publikum griffig geschriebene Buch hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Dem anerkennenswerten Pioniercharakter der Studie über einen NVA-General stehen klare Schwächen gegenüber: Am wichtigsten ist wohl, daß der Autor selbst nicht so recht weiß, wie er seinen »Helden« begreifen soll. Bei der Interpretation von Müllers Lebensweg, die auf der Grundlage der empirischen Faktendarstellung als wesentlicher Teil der eigenen Leistung von einem Biographen unzweifelhaft einzufordern ist, kann sich Lapp oft nicht entscheiden: Die Überlegungen des Generals, ausgerechnet durch eine Vermittlungstätigkeit der zeitgenössisch weithin diskreditierten ehemaligen Generalstabsoffiziere der Wehrmacht die beiden Deutschlands auf einem »dritten Weg« jenseits von Kommunismus und Kapitalismus zusammenzuführen, bezeichnet der Autor zunächst mit klarem Blick als einen »der vielen Irrtümer Müllers« (S. 168). Im Fazit bewertet er dann diesen Ansatz ebenso plötzlich wie gegenteilig als »vielleicht seine beste Idee von allen« (S. 250). Das ist ein noch schwerwiegenderer logischer Bruch als die wechselweise Behauptung, Müller habe sich in Gefangenschaft vom Katholizismus abgewandt (S. 145), seinen katholischen Glauben aber aufgrund seiner Ausbildung, Erziehung und familiären Anbindung (sein Bruder war Priester) nicht einfach auslöschen können (S. 149). Von einer »konsequenten Abkehr« vom Katholizismus (S. 246) im sowjetischen Gewahrsam kann jedoch ganz offensichtlich keine Rede sein, gibt Lapp doch selbst den Augenzeugen Teske wieder, der im Sommer 1951 im Ost-Berliner Haus Müllers auf eine auffällig platzierte Madonnenkopie und auf Holzskulpturen mit christlichen Figuren stieß (S. 172).

Warum, stellt sich schließlich die Frage, ist Müllers Leben angeblich »so ungewöhnlich wie kein anderes eines deutschen hohen Militärs« verlaufen (S. 254)? Der Vergleich etwa zu dem nur wenig jüngeren Adolf Heusinger (1897–1982) drängt sich auf: eine ebenfalls die politische Zäsur des Jahres 1945 überbrückende Karriere vom Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres 1940–1944 zum Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses 1961–1964. Zwei Generale in komparativer Sicht – das war allerdings nicht Lapps Thema. Er hat ein mehr publizistisches Buch über Vincenz Müller vorgelegt, dessen Ertrag an dem deutlich kürzeren, aber gehaltvollen Müller-Porträt des Potsdamer Militärhistorikers Torsten Diedrich im oben erwähnten Sammelband gespiegelt werden sollte.

*Armin Wagner*

*Dieter Krüger, Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58, München: Oldenbourg 2003, VIII, 567 S. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 6), EUR 44,80 [ISBN 3-486-56759-4]*

Auch vier Jahre nach den Anschlägen vom 11. September fehlt der freien Welt noch immer ein überzeugendes Konzept zur Bekämpfung der sie bedrohenden Gewalt. Als sie am Ende des Zweiten Weltkriegs die Frage nach der Abwehr äußerer Gefahr zu stellen hatte, fiel ihr die Antwort offenbar leichter: »Sicherheit durch Integration« lautete die Europäer wie Amerikaner gleichermaßen in den Bann ziehende Zauberformel. Welche Formen das »Miteinander und Gegeneinander der Regierungen bei der Suche nach Sicherheit auf dem Wege der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Westeuropa in der ersten Integrationsdekade von 1947 bis 1957/58« (S. 13) angenommen hat, steht im Mittelpunkt einer Studie, die Dieter Krüger im Rahmen des vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Potsdam durchgeführten Projekts »Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956« vorgelegt hat.

Ausgehend von einem die Faktoren Militär, Diplomatie, Ökonomie und Währungspolitik umfassenden vierdimensionalen Sicherheitsbegriff, durchmißt Krüger die Integrationsgeschichte dieses Dezenniums an der Zeitschiene entlang in drei Hauptkapiteln. Im ersten analysiert er unter dem Rubrum »Sicherheit durch Wirtschaftsdiplomatie« (S. 19) das vom amerikanischen Außenminister Marshall 1947 angeregte European Recovery Program (ERP). Dessen zentrales Ziel sei es gewesen, den Einfluß der Sowjetunion mit Hilfe eines durch wirtschaftliche und politische Integration konsolidierten Westeuropas einzudämmen. Tatsächlich förderte der Marshall-Plan die Zusammenarbeit der nach Sicherheit vor der Sowjetunion und vor Deutschland strebenden Europäer; er leistete einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung des wirtschaftlichen und politischen Bilateralismus der Zwischenkriegszeit und trug laut Krüger außerdem dazu bei, ein »europäisches System« wiederzubeleben (S. 171). An seinem Ziel der Integration gemessen, blieb der Marshall-Plan nach Meinung Krügers jedoch »auf halbem Wege stecken« (S. 514), denn das ERP habe keinen Schritt in den integrierten Weltmarkt gesetzt, und der Versuch, die Organization for European Economic Cooperation (OEEC) zu einem Instrument der politischen Integration auszubauen, sei an der fehlenden Klarheit der amerikanischen Europapolitik gescheitert. Zwar trachteten die USA da-

nach, die europäischen Nationalstaaten zur Föderation zu führen, konterkarierten aber die eigene Absicht, indem sie die Anschubfinanzierung für das ERP nicht kollektiv mit der OEEC, sondern bilateral mit den teilnehmenden Staaten vereinbarten.

Die allseits vorhandene Überzeugung, daß die künftige Wirtschaftsmacht Bundesrepublik in einem Netzwerk europäischer Einrichtungen verankert werden müsse, zwang Europäer und Amerikaner ab 1949 dazu, neue Integrationswege jenseits des Marshall-Plan-Paradigmas aufzuspüren. Als »Pfadfinder« agierte nun nicht mehr Amerika, sondern Frankreich, dessen Initiative »Sicherheit durch Supranationalismus« (S. 173) von Krüger im zweiten Hauptkapitel beleuchtet wird. Das beherrschende Motiv der französischen Lösungsvorschläge war seinen Forschungen zufolge die politische, wirtschaftliche und militärische Sicherheit vor den Deutschen: Der supranational konzipierte Schuman-Plan erleichterte es Frankreich, den langfristig vergeblichen Widerstand gegen den Abbau diskriminierender Besatzungskontrollen aufzugeben. Mit der vertikalen Integration des Militärs im Rahmen des Pleven-Plans erhoffte man sich, Luft gegenüber den zunehmend offensiver vertretenen Forderungen der Partner nach Wiederbewaffnung der Westdeutschen zu verschaffen. Die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) wiederum diente vor allem als »Notbehelf« (S. 343), um innerfranzösische Bedenken gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu überwinden. Wenn EPG und EVG schließlich doch am Widerstand Frankreichs scheiterten, so hing das vor allem mit einer »Grenznutzenüberlegung« (S. 346) der Franzosen und ihrer Furcht zusammen, daß der Verlust an Souveränitätsrechten in der Sicherheits- und der Wirtschaftspolitik weit größer geraten könnte als der Gewinn an nationaler Handlungsfähigkeit.

Freilich, so betont Krüger zu Recht, sahen nicht nur Frankreich, sondern auch die Bundesrepublik, Italien und die Niederlande die europäische Integration in erster Linie als Vehikel zur Durchsetzung ihrer nationalstaatlichen Ambitionen. »Zu keinem Zeitpunkt«, so lautet sein überzeugender Befund, sei die Schaffung eines europäischen Bundesstaates »eigenständiges politisches Ziel der Nationalstaaten« gewesen; sie habe stets nur als »Instrument zur Durchsetzung ihrer jeweiligen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Sicherheitsinteressen« gedient (S. 520).

Mit dem Fehlschlag der EVG und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO war die politische Integration Europas auf Jahrzehnte vom Tisch; die militärische hingegen schritt unter amerikanischer Führung in der intergouvernementalen Atlantischen Allianz voran. Die von Krüger im letzten Hauptkapitel untersuchte dritte, diesmal von den BENELUX-Staaten ausgehende Initiative, kreiste denn auch »nur« um »Sicherheit durch Wirtschaftsintegration« (S. 367). Die mit den Römischen Verträgen 1957 aus der Taufe gehobene EWG galt den Staaten als Ersatz für die politische Integration, zu der sie nicht bereit waren. Aus der Sicht der beteiligten Regierungen bestand dazu keine Notwendigkeit mehr, da die NATO militärische Sicherheit ohne nennenswerte Souveränitätseinbußen garantierte. Vor diesem Hintergrund begreift Krüger die Allianz gar als Retter der europäischen Nationalstaaten und Blockierer der politischen Integration, weil »das nordatlantische Bündnis die europäischen Demokratien der zwingenden Notwendigkeit ent hob, dem totalitären Stalinismus eine militärisch integrierte europäische Gemeinschaft gegenüberzustellen« (S. 514).

Einer staatenübergreifenden Integrationsforschung verpflichtet, legt die auf der Basis eines beeindruckenden Archivstudiums in fünf Staaten verfaßte synthetische

Zusammenschau Krügers den Schwerpunkt der historischen Betrachtung auf das internationale Handeln. Nichtstaatliche Akteure wie Unternehmen, Interessenverbände und Parteien berücksichtigt er nur im Ausnahmefall. Mit seinem luziden Band, der in eindringlicher Weise den Nutzen, aber auch die Grenzen einer multilateral-multiarchivalischen Perspektive aufzeigt, verstärkt Krüger die wachsende Riege jener Historiker, die die Ursprünge der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht als Produkt des hehren Europaidealismus verantwortlicher Staatsmänner, sondern manifester nationaler Interessen begreifen.

*Ulrich Lappenküper*

*Das Gesicht dem Westen zu... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland.* Hrsg. von Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs, Bremen: Edition Temmen 2003, 458 S. (= Analysen und Dokumente, 23), EUR 22,90 [ISBN 3-86108-388-4]

Im November 2001 beschäftigte sich die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) auf einer Tagung mit der DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik. Der daraus hervorgegangene, 2003 erschienene Sammelband widmet sich in 21 Beiträgen vier Themenfeldern: der gegenwärtigen Quellenlage, der historischen Entwicklung der Spionage anhand einzelner Beispiele, ihrer juristischen Aufarbeitung nach 1990 sowie besonders der geheimen Aufklärung in der westlichen Wirtschaft und im Militär. Letzterer Schwerpunkt wurde gewählt, weil die politische Spionage der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Vergleich mit diesen beiden großen Zielgebieten bisher vermutlich überschätzt wurde.

Neben Historikern kommen Mitarbeiter von Bundesverfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischem Abschirmdienst, Bundeskriminalamt, Bundesanwaltschaft sowie der ehemaligen HVA zu Wort. Die Qualität der einzelnen Texte ist sehr unterschiedlich. Mehr noch als bei der Schilderung der SED-Kampagne gegen Theodor Oberländer (*Philipp-Christian Wachs*), in der die Rolle des MfS eher nebenbei erwähnt wird, sind hier die abschließenden Bemerkungen über den Einfluß des MfS auf das Regierungshandeln während der Kanzlerschaft Helmut Kohls zu nennen. Denn auch *Karl-Rudolf Korte* hat die BStU-Akten zum »Fall Kohl« nicht gesehen und flüchtet sich in seinen überaus spärlichen Ausführungen hinsichtlich der Rolle des MfS in indiziengestützte Allgemeinplätze.

Andere Aufsätze weisen, wie z.B. *Thomas Auerbachs* Erläuterungen zu Sabotage- und Terrorstrategien des MfS gegen die Bundesrepublik, kaum über die schon länger vorliegende einschlägige Monographie des Autors hinaus. Gleiches gilt für die von *Roger Engelmann* skizzierte Gründungsgeschichte der DDR-Auslandsspionage. Doch während die Zusammenfassung des Forschungsstandes wohl in ein solches Buch gehört, das sich als Zwischenbilanz versteht, fallen Beiträge, von denen ein gewisser Neuigkeitswert zu erwarten wäre, eigentümlich blaß aus. Das gilt gerade für *Bodo Wegmanns* Betrachtung der Verwaltung Aufklärung im DDR-Verteidigungsministerium, des zweiten, neben der HVA bestehenden Nachrichtendienstes der DDR. Daneben enttäuscht der Text von *Ulrich Wössner*, Spionageabwehr-Chef beim BND. Es ist ein zweifelhafter Erfolg, wenn Wössner mit unter-schwellig anklingendem Stolz erklärt, dem MfS sei kein einziger direkter Anwer-

bungsversuch innerhalb des BND gelungen; die Fälle Alfred Spuhler und Gabriele Gast (von dem Maulwurf-«Klassiker» Heinz Felfe ganz abgesehen) seien Selbstanbieter bzw. schon vor BND-Eintritt MfS-Zuträger gewesen. So kann man Niederlagen natürlich auch schön schreiben. Der Bundesnachrichtendienst wäre im eigenen Interesse besser beraten, endlich seine Archive breit zu öffnen, um sich von derlei defensiven Argumentationsstrukturen zu lösen und im Gegenzug auf die wahrscheinlich vorhandenen, bislang aber nur rudimentär bekannten eigenen Erfolge hinweisen zu können.

Nachdem damit einige Schwächen gleich einleitend angemerkt wurden, kann das Augenmerk auf die vielen innovativen Seiten des Buches geworfen werden. Hervorzuheben sind zunächst *Helmut Müller-Enbergs* faktenreicher, hier in seinen Details nicht zu referierender Überblick («Was wissen wir über die DDR-Spionage?») und *Stephan Konopatzkys* Studie über »Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken«. Unter den Autoren aus dem Kreis bundesdeutscher Dienste sticht die Analyse *Dirk Dörrenbergs* hervor. Dem Leiter der Spionageabwehr des Bundesverfassungsschutzes gelingt es u.a., Klarheit über die vieldiskutierten »Rosenholz«-Dateien zu vermitteln (S. 100–108). In der kombinierten Nutzung von SIRA und »Rosenholz« werden trotz der weitreichenden Vernichtung der HVA-Aktenbestände nun doch noch, mit der Verzögerung eines ganzen Jahrzehnts, Spionagefälle und ergo persönliche Verstrickungen von Bundesbürgern rekonstruierbar. Publikumswirksame Enthüllungen mit Sensationscharakter dürften aber nicht mehr zu erwarten sein.

Welche neueren Ergebnisse liefert das Buch? Das Ministerium für Staatssicherheit und die Verwaltung Aufklärung der Nationalen Volksarmee haben ihre Spionage mit großer Energie und ebensolchem Aufwand betrieben. »Das Gesicht dem Westen zu«, titelgebendes Zitat des Mielke-Vorgängers Ernst Wollweber, bedeutete im konspirativen Alltagsgeschäft allerdings mehr als Spionage und verdeckte Sabotage-Vorbereitung. Dazu zählte außerdem die aktive Beeinflussung der westdeutschen Politik. Von einer Fernsteuerung Bonns durch Ost-Berlin kann zwar keine Rede sein (*H. Müller-Enbergs*, S. 47); aber die vielfältig lancierte Einflußnahme, die von *Jochen Staadt* für die SPD und von *Hubertus Knabe* für die »Grünen« umrissen wird, wirft die Frage nach dem seinerzeitigen Demokratieverständnis einzelner (Spitzen-) Politiker auf. Die »Grünen« waren im Vergleich zu den Sozialdemokraten aus MfS-Sicht die schwierigere Klientel, weil sie neben einem SED-freundlichen über einen starken Flügel von Menschenrechtlern und Umweltaktivisten verfügten, der die Politik der DDR kritisch beäugte.

Sehr genauen Einblick besaß der Staatssicherheitsdienst in die Bereiche Bundeswehr, Rüstung und NATO, wie *Joachim Zöller* und *Heinz Busch* zeigen. Danach lagen spätestens ab 1978 die Grundsatzpapiere der NATO »exakt und bis auf die letzte Position« ebenso vor wie Dokumente zur Nuklearstrategie, zur militärischen Infrastruktur und zur Zivilverteidigung. »Ausgesprochen ungenügend« war dagegen die Kenntnislage hinsichtlich der NATO-Operationsplanung für Europa und der konkreten nuklearen Zielplanung des Westens aus (*H. Busch*, S. 240 f.).

Die Bedeutung der Hochtechnologiespionage zeichnen gleich drei Beiträge des Buches nach (*Kristie Macrakis*, *Reinhard Buthmann*, *Jörg Roesler*). Die gute Qualität der in der westlichen Industrie und Forschung plazierten Agenten stand im Widerspruch zu der schlechten Integration ihrer ausgekundschafteten Informationen in die ostdeutsche Ökonomie. Immer mehr sollten dort Früchte der Spionage deren fehlende Leistungskraft substituieren. Die wirtschaftspolitisch gewünschte Ab-

deckung ganzer Industriesektoren mit aus dem Westen abgeschöpften Patenten, Produktionsverfahren, ja ganzen Fertigungsanlagen konnte von der HVA schon deshalb nicht geleistet werden, weil die Technologie-Kombinate von der puren Menge des an sie weitergeleiteten Wissens aus offenen und geheimen Westquellen überfordert waren. Die in den siebziger und achtziger Jahren in breitem Strom fließenden Erkenntnisse der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage reichten nicht aus, um den Zwei-Generationen-Rückstand der DDR-Planwirtschaft aufzuholen. Sie schwächten vielmehr die eigene Innovationsfähigkeit des Ostens, was wiederum die Abhängigkeit vom Westen verstärkte.

Die bundesdeutsche Spionageabwehr hat streckenweise gut gearbeitet. Von den fünfziger bis in die frühen siebziger Jahre wurden zum Beispiel über 90 DDR-Agenten durch das Mithören des frühzeitig entschlüsselten MfS-Funkverkehrs enttarnt. Ab 1976 nahmen die Dienste über 80 Spione im Zuge einer methodischen Analyse von Datenbeständen, unter anderem in den Einwohnermeldekarteien ausgewählter westdeutscher Städte, fest. Doch war das angesichts von ca. 6000 Bundesbürgern und West-Berlinern, die sich innerhalb dieser vierzig Jahre allein für die HVA als Inoffizielle Mitarbeiter verdingten (also noch ohne IM anderer Netze, ohne illegale Residenten), ohne DDR-IM der HVA und ohne deren hauptamtliches Personal in der DDR) bestenfalls der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Nicht übersehen werden darf dabei, daß allein die HVA und die ihr zugeordneten Verwaltungen XV der MfS-Bezirksverwaltungen nach 1970 ständig über 4500 hauptamtliche Mitarbeiter verschiedener Statusgruppen verfügten, die Spionageabwehr von Bundes- und Landesverfassungsschutz dagegen zusammen nur über ca. 800. Gewichtiger als solche Rechnerei ist der Hinweis, daß die Dimensionen der MfS-«Westarbeit» alles Vorstellbare übertrafen und deshalb gar nicht zu verhindern waren. Häme, wie sie gelegentlich journalistische Veröffentlichungen über die Mißerfolge der bundesdeutschen Dienste prägte, ist unangebracht: »Für die Erfassung aller Lebensbereiche in Ost und West durch ein flächendeckendes Spitzelsystem waren und sind die Abwehrmechanismen in der Bundesrepublik nicht geschaffen« (J. Lampe, S. 66). Die Alternative wäre ein Überwachungsstaat wie derjenige gewesen, dessen Ausspähversuche man gerade abwehren wollten.

In der strafrechtlichen Aufarbeitung der DDR-Spionage durch die bundesdeutschen Gerichte nach 1990 kann von »Siegerjustiz« keine Rede sein. Von über 4000 Ermittlungsverfahren endeten gerade einmal 23 mit einer Verurteilung. Lediglich zwei Freiheitsstrafen wurden nicht zur Bewährung ausgesetzt. Wichtiger als die strafrechtliche Aburteilung der Täter ist die staatsrechtliche Abgrenzung ihrer Tätigkeit: Es ist eben doch ein Unterschied, ob diese im Dienste einer Diktatur geschieht oder im Namen des Rechtsstaates, woran Bundesanwalt *Joachim Lampe* keine Zweifel läßt: »Spionage wird nicht ›l'art pour l'art‹ betrieben. Sie partizipiert am Selbstverständnis des jeweiligen Staates. Sie ist daher auch nicht überall auf der Welt ethisch gleichwertig« (S. 362).

Bleibt ein doppeltes Fazit zu ziehen, eines zur Spionage und eines zum Buch darüber: Inhaltlich haben die Sowjetunion und ihre Satelliten im großen Systemkonflikt nach 1945 den Spionagekrieg wohl gewonnen, den Kalten Krieg als Ganzes jedoch verloren. Sollte zukünftig im Zusammenhang mit der »Westarbeit« des MfS vorsichtiger von ihrem *Erfolg*, statt dessen eher von ihrem *Umfang* gesprochen werden? Die an Zahlen, also an Agenten, Inoffiziellen Mitarbeitern und abgeschöpften Informanten gemessene Durchdringung der bundesdeutschen Staatsverwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft sowie der daraus gezogene Erkenntnisgewinn

sprechen auf den ersten und noch auf den zweiten Blick für deren überwältigende Durchschlagkraft. Manche Argumente in dem Sammelband legen dennoch Skepsis nahe, sobald die ostdeutschen Schnittstellen zwischen Beschaffung, Auswertung und Nutzung der Spionage in den Schwerpunkt der Analyse rücken. Keiner Skepsis jedenfalls bedarf das Buch: Es markiert zuverlässig den gegenwärtigen Forschungsstand zur DDR-Spionage; es räumt mit überspitzten Thesen wie der einer angeblich von Mielkes Männern nachhaltig »unterwanderten« Bundesrepublik auf; und es weist auf noch offene Fragen hin, die zu füllen aufgrund der schwierigen Quellenlage eine nicht einfache Herausforderung sein wird. Bis hierhin haben sich die Herausgeber ihr in überzeugender Weise gestellt.

Armin Wagner

*Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1953–1957.* Bearb. von Wolfgang Hölscher, Erster Halbbd: November 1953–Februar 1955; Zweiter Halbbd: März 1955–Juli 1957, Düsseldorf: Droste 2002, Halbbd 1: CLIX, 889 S.; Halbbd 2: V, 890–1847 S. (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 4, Deutschland seit 1945, 13/II), EUR 180,00 [ISBN 3-7700-5241-2]

Für die zweite Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird in den vorliegenden Bänden mit den Jahren 1953 bis 1957 eine konstitutive Phase in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik dokumentiert. Das macht allein schon die Zahl der zur Ratifizierung vorgelegten Verträge sichtbar, die sich gegenüber der ersten Legislaturperiode verdreifacht hatte. Vor allem waren es aber die Themen selbst, bei denen jene entscheidenden Weichenstellungen vollzogen wurden, die schließlich bis zum Ende des Kalten Krieges prägend bleiben sollten. Allen voran stand mit der Ratifizierung der Pariser Verträge um den Beitritt der Bundesrepublik zu NATO und WEU der Abschluß der Westintegration. Damit wurden zum einen die Handlungsspielräume des westdeutschen Teilstaats nach Westen hin entscheidend erweitert, gleichzeitig sollte dies aber auch den 1949 beschrittenen Weg in die Zweistaatlichkeit auf über drei Jahrzehnte hinaus zementieren. Der Genfer Gipfel, der Zusammenschluß der Blockfreien in Bandung und die Moskareise des Bundeskanzlers signalisierten aber seit Mitte 1955 weit darüber hinausreichende Bewegung in den internationalen Beziehungen. Parallel dazu nahm im selben Jahr mit der Konferenz von Messina die Europapolitik wieder Fahrt auf. Schließlich arrondierte sich die Bundesrepublik mit der Rückgliederung der Saar auch auf Jahrzehnte hinaus in ihrer äußeren Gestalt.

Für Adenauers bürgerliche Koalition waren wesentliche Hürden auf diesem Weg bereits durch den Wahlausgang vom September 1953 zur Seite geräumt, der sofort auch unmittelbar auf die Zusammensetzung des Auswärtigen Ausschusses durchschlug. Von seinen 29 Sitzen nahmen die Regierungsparteien CDU/CSU (15), FDP (3) sowie GB/BHE und DP (je 1) nunmehr eine überragende Mehrheit gegenüber den 9 Sitzen der SPD ein, die auch durch die Koalitionsquerelen in der Mitte der Legislaturperiode nicht entscheidend geschwächt wurde. Für die Unionsparteien bedeutete dies, daß sie jetzt von der Opposition den Vorsitz im Ausschuß forderten und erhielten. Die Sozialdemokraten legten dagegen mehr Wert auf die

Sicherung des Gesamtdeutschen Ausschusses für ihren starken Mann im Hintergrund, Herbert Wehner, als auf den gemäßigeren Carlo Schmid an der Spitze des Auswärtigen Ausschusses. Wie stark sich im übrigen zu diesem Zeitpunkt bereits die Position des Bundeskanzlers gefestigt hatte, zeigte das problemlose Durchbringen seines Mannes dafür, Eugen Gerstenmaier, der wegen des Todes von Hermann Ehlers allerdings bereits nach einem Jahr an die Spitze des Deutschen Bundestages wechseln mußte. Sein Nachfolger Kurt Georg Kiesinger (1954–1957) verstand sich von seinem Naturell wie von seinen Ambitionen her da schon mehr als Mann des »Brückenbauens« (S. XIX). Das entsprach durchaus der Funktion des Vorsitzenden innerhalb eines Ausschusses, in dem ein Stück weit abgeschildert von der Öffentlichkeit eher Dialogbereitschaft zwischen Koalition und Opposition gesucht wurde. Das war jedoch bei weitem weniger nach Adenauers Geschmack, der seine Außenpolitik als eine Auseinandersetzung um Grundsatzpositionen angelegt hatte und deshalb die Debatte darüber mit stark konfrontativen Zügen zu führen gedachte. Als sich der eher vermittelnde Kiesinger daher nach dem Überwechseln Heinrich von Brentanos ins Außenamt um den freigewordenen Vorsitz der CDU/CSU-Fraktion bewarb, ließen ihn seine Parteifreunde nicht ohne Zutun des Kanzlers im Hintergrund mit seiner Bewerbung durchfallen.

Nach einem ersten vorsichtigen Abklingen des Kalten Krieges im Gefolge von Stalins Tod mußte eigentlich auch der Bundesregierung an mehr Gemeinsamkeit auf dem dominierenden Feld der Deutschlandpolitik gelegen sein, wollte man in den kommenden Jahren einer ersten internationalen Entspannung einvernehmlich für deutsche Interessenwahrung kämpfen. Nur markierten schon die Debatten an der Jahreswende 1953/54 dafür auch unüberhörbar die Grenzen. Mehr als einige moderat positive Signale für solchen parteienübergreifenden Konsens im Vorfeld der Berliner Außenministerkonferenz waren damit jedenfalls nicht zu erreichen. Dazu spalteten auch weiterhin viel zu sehr die Auseinandersetzungen um den eher fördernden oder hemmenden Charakter von Adenauers Suche nach Sicherheit durch Westorientierung gegenüber einer von der Opposition mit Vorrang geforderten Lösung der deutschen Frage (Dok. Nr. 4–8). Das schnelle Scheitern der Berliner Konferenz von 1954 lenkte dann zwar das Augenmerk des Ausschusses erst einmal auf weniger konfliktträchtige Felder. Schon im Sommer 1954 wurden im Umfeld des Scheiterns einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) jedoch schnell wieder die letztlich nicht zu überbrückenden Gegensätze sichtbar. Die Opposition gab der Versuchung nach, mit dem EVG-Projekt die Kanzlerlinie vorrangiger Suche nach Sicherheit durch Westorientierung insgesamt als verfehlt einzustufen. Sie zwang damit freilich selbst kurzzeitige Skeptiker am Kurs des Bundeskanzlers in den Regierungsparteien schnell wieder in die Koalitionsdisziplin zurück (Dok. Nr. 19–20). Die rasche Ersatzlösung auf den Konferenzen von London und Paris im Herbst des Jahres für einen Beitritt der Bundesrepublik zu NATO und WEU, die dagegen gerichtete sowjetische Erklärung vom Januar 1955 über eine alternative Deutschlandlösung und der darauf folgende außerparlamentarische Druck in der sogenannten Paulskirchen-Bewegung ließen die außenpolitischen Lager der zurückliegenden Jahre vollends in die alte Unversöhnlichkeit zurückschwenken. An der Sicherheitsfrage schieden sich auf Jahre hinaus die Geister: war den einen die feste Verankerung im westlichen Bündnis unverzichtbare Voraussetzung jeden Ansatzes zur Überwindung der Blockkonfrontation, so sahen die anderen eben darin deren fatale deutschlandpolitische Vertiefung (Dok. Nr. 21–23, 26–39 und 43–44).

Ganz so geschlossen, wie dies dem Kanzler genehm gewesen wäre, ließen sich bei alledem die eigenen Reihen dann doch nicht halten. Dafür sorgten die unübersehbaren Kosten, die Adenauer für den Allianzbeitritt zu übernehmen bereit war. Sein auch in der Koalition, hier vor allem bei den Freien Demokraten mit erheblichen Vorbehalten begleitetes Eingehen auf sehr weitgehende französische Wünsche zur Lösung der Saarfrage machten erste Risse im Regierungslager sichtbar (Dok. 24, 28–29, 31–35 und 40). Die Skepsis des Kanzlers gegen alle Ansätze eines Aufbrechens des Ost-West-Konflikts seit der Lösung der Österreichfrage im Mai, vor allem aber seine kompromißlose Linie während und nach der Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955 sollten seine Kritiker um den FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler an der Jahreswende 1955/56 endgültig auf Bundesebene wie in Nordrhein-Westfalen aus der Koalition herausbrechen lassen. Entkrampfung im Auswärtigen Ausschuß erbrachte allerdings zumindest zeitweilig die Ablehnung des deutsch-französischen Saarstatuts durch die betroffenen Saarländer und die Bereitschaft Frankreichs, die Saar gegen wirtschaftliche und finanzielle Zugeständnisse in die Bundesrepublik integrieren zu lassen. Insbesondere die später unter ökologischen Gesichtspunkten so kritisierte Kanalisierung der Mosel als Wasserweg für die lothringische Schwerindustrie fand 1956/57 noch breite Zustimmung im Auswärtigen Ausschuß wie im Deutschen Bundestag (zur Ratifizierung der Saarverträge: Dok. 67–69).

Von ähnlicher Übereinstimmung war das zeitweilig eng mit der Saarfrage zusammenhängende Feld der Europapolitik geprägt. Auch hier überwog das Gemeinsame einer allgemeinen Befürwortung des Prinzips einer westeuropäischen Integration als anzustrebendes Ziel alle Differenzen in Detailfragen (beispielhaft dafür: Dok. 43 und 60). Das beförderte nicht zuletzt die Regelung offener Grenzfragen zu den Niederlanden wie zu Dänemark, im Falle von Südschleswig verbunden mit einer zukunftsfähigen Lösung der Minderheitenproblematik (Dok. 56 bzw. 59). Nicht ganz so reibungsfrei gestalteten sich demgegenüber die Debatten um den österreichischen Staatsvertrag, waren damit doch konfliktrträgliche Auseinandersetzungen um die Frage deutschen Eigentums in der Alpenrepublik verknüpft. Wenn freilich aus der FDP noch großdeutsche Reminiszenzen gegen eine Spaltung der zu einer Kulturnation gehörenden Deutschen in den Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches zu hören waren, dann durfte sich Außenminister von Brentano der Zustimmung der Mehrheit gewiß sein, als er das Ergebnis des Staatsvertrags vom Mai 1955 von zwei nunmehr getrennten Völkern in zwei Staaten nüchtern politisch und nicht mehr rückwärtsgewandt historisch bewertet sehen wollte (Dok. 56).

Alles andere als Einvernehmen herrschte demgegenüber naturgemäß in allen Fragen einer offenen oder abgrenzenden Ostpolitik, selbst wenn Adenauer neben dem Ausschußvorsitzenden Kiesinger ausdrücklich auch dessen Stellvertreter Carlo Schmid (SPD) mit auf seine historisch gewordene Moskaureise im Herbst 1955 nahm. Natürlich war auch der Opposition klar, daß der Kanzler damit keine dauerhafte ostpolitische Brücke bauen wollte, sondern – wie er im Kabinett vor Antritt der Reise unmißverständlich klarstellte – lediglich »Zeugen« dafür suchte, daß er in Moskau keine deutschlandpolitischen Versäumnisse riskieren würde. Trotzdem war das gemeinsame Ergebnis nicht nur mit Blick auf die Freigabe deutscher Kriegsgefangener alles in allem mehr als zufriedenstellend, da sich der Regierungschef mit seinem Realismus in der Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen selbst unter Inkaufnahme der deutschlandpolitischen Kosten mit der Opposition

eins wußte (Dok. 49–50). Erst nach den Herbstereignissen in Polen und Ungarn 1956 rückten dann auch die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik zu den übrigen Ostblockstaaten näher in das Blickfeld des Auswärtigen Ausschusses, allerdings immer unterhalb der Schwelle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen, wäre dies doch mit einer indirekten Anerkennung der DDR verbunden gewesen, was für die Regierung einen inakzeptablen Bruch mit der »Hallstein-Doktrin« bedeutet hätte (Dok. 61–64 sowie 70–71). In engem Zusammenhang mit dem fortdauernden Ost-West-Konflikt fanden schließlich auch Fragen einer entwicklungspolitischen Öffnung zu den Ländern der »Dritten Welt« zunehmende Beachtung, selbst wenn sich deren Hauptsprecher in Ägypten, Indien und Indonesien einer Politik der Blockfreiheit verpflichtet sahen. Noch mußte die Bundesrepublik dabei freilich gleichzeitig Rücksicht nehmen auf den in vollem Gange befindlichen Prozeß der Dekolonisierung mit den gegenstehenden Interessen eines wichtigen Verbündeten wie Frankreich in Nordafrika.

Insgesamt wird man freilich den Einfluß des Auswärtigen Ausschusses selbst in dieser zentralen Phase einer außen- und sicherheitspolitischen Konsolidierung der jungen Bundesrepublik nicht überbewerten dürfen. Der Ausschuß begleitete die Arbeit der Exekutive mehr, als daß er sie wirklich zu beeinflussen vermochte. Auf dem Höhepunkt Adenauerscher Kanzlerdemokratie und auf der Basis stabiler Regierungsmehrheiten im Parlament überwogen vielmehr auch hier die Differenzen nach wie vor alle bereits erkennbaren Tendenzen zu einer einem geteilten Land besser anstehenden gemeinsamen Interessenvertretung nach außen. Eben dieses Aufscheinen nationaler Gemeinsamkeiten bei aller dominierenden parteipolitischen Konkurrenz macht freilich gerade diese beiden Bände an einer der wesentlichen Nahtstellen im Kalten Krieg für die Bestimmung deutscher Politik in einer internationalen Landschaft im Wandel zu einer besonders aussagekräftigen Quelle.

Bruno Thoff

*Die Außenminister-Konferenzen von Brüssel, London und Paris, 8. August bis 25. Oktober 1954.* Bearb. von Hanns Jürgen Küsters, München: Oldenbourg 2003, LII, 873 S. (= Dokumente zur Deutschlandpolitik, II. Reihe, Bd 4), EUR 74,80 [ISBN 3-486-56335-1]

Die im vorliegenden Band nicht dokumentierte siebte Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte seit 1945, die vom 25. Januar bis 17. Februar in Berlin stattfand, hatte zu keinem deutschlandpolitisch relevanten Ergebnis geführt. Bewegung kam in die Deutschlandpolitik durch die von der französischen Regierung den EVG-Partnern Mitte August übermittelten Änderungen des von den Parlamenten mit Ausnahme der Nationalversammlung ratifizierten EVG-Vertrags, die in einem von den Regierungschefs zu unterzeichnenden Zusatzprotokoll festgehalten werden sollten. Die französische Regierung wollte damit erreichen, daß die vertraglich festgelegte Dauer von 50 Jahren aufgehoben und der Vertrag unter bestimmten Umständen gekündigt werden könnte, z.B. dann, wenn Großbritannien oder die USA ihre Truppen vom Kontinent abzögen oder Deutschland wiedervereinigt würde. Außerdem forderte der französische Ministerpräsident Mendès France, daß in einer Übergangszeit von achten Jahren Beschlüsse nur einstimmig

gefaßt würden. Daß lediglich die in der Bundesrepublik stehenden Truppen in eine Integration einbezogen werden sollten, hielt Bundeskanzler Adenauer für eine Diskriminierung der deutschen Kontingente. Über die französische Forderung berieten die Außenminister der sechs EVG-Staaten vom 19. bis 22. August in Brüssel. Da die fünf Außenminister die Änderung des Vertrags ablehnten, weil sie nach ihrer Meinung zu einem neuerlichen Ratifizierungsverfahren führen müßte, und Mendès France an dem Zusatzprotokoll festhielt, blieb die Konferenz ohne Ergebnis.

Das Scheitern des EVG-Vertrags in der französischen Nationalversammlung am 30. August kam also nicht überraschend. Die Dokumente belegen jedoch, daß die Bundesregierung zu jenem Zeitpunkt noch nicht über ein Alternativkonzept verfügte. Da der EVG-Vertrag mit dem ebenfalls 1952 ratifizierten »Generalvertrag über die Beziehungen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik«, der das Besatzungsstatut ablösen sollte, so eng verknüpft war, daß beide Verträge gleichzeitig in Kraft treten sollten, mußte nicht nur die Integration der deutschen Truppen in das westliche Verteidigungsbündnis erneut diskutiert werden, sondern auch die Beziehungen zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik. Nach vorbereitenden bilateralen Besprechungen britischer und amerikanischer Politiker mit dem Bundeskanzler berieten hierüber die Außenminister der sechs EVG-Staaten, der USA, Großbritanniens sowie Kanadas vom 28. September bis 3. Oktober in London. Diese Verhandlungen sind im vorliegenden Band auf mehr als 200 Seiten dokumentiert; die Reden und Diskussionsbeiträge in deutscher Sprache wurden von den Tonbandaufzeichnungen übernommen, die anderssprachigen Beiträge in der Übersetzung aus den englischen z. T. »wortgetreuen« Protokollen. Abweichende Texte aus den in französischer Sprache geführten und in den Documents Diplomatiques Français publizierten Protokollen wurden in den Fußnoten abgedruckt. Die Konferenzdokumente sind nicht in die Protokolle eingefügt, sondern in chronologischer Reihenfolge gesondert in den Band aufgenommen.

Den Dokumenten ist zu entnehmen, daß die vom britischen Außenminister Eden und seinem amerikanischen Kollegen Dulles vorgeschlagene Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, der Adenauer unter der Voraussetzung der Nichtdiskriminierung zugestimmt hatte, von Mendès France akzeptiert wurde. Dessen Forderung, den Deutschlandvertrag in der Fassung von 1952 sofort in Kraft zu setzen und dann erst über eine Änderung zu beraten, wurde nicht nur vom Bundeskanzler abgelehnt. In den Diskussionen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik versicherte er immer wieder die Selbstbeschränkung und bekräftigte den im EVG-Vertrag festgelegten Verzicht auf die Herstellung von ABC-Waffen. Daß er diese Erklärung unter der *clausula rebus sic stantibus* abgegeben habe, wie er in seinen »Erinnerungen« behauptet, läßt sich allerdings den hier publizierten Quellen nicht entnehmen.

Die Beratungen über eine Änderung oder Ersetzung des Deutschlandvertrags kulminierten in der Diskussion über die vom Bundeskanzler konsequent vorgebrachte Forderung, den Begriff »souverän« in Art. 1 Abs. 1 des neuen Vertrags einzufügen. In den Verhandlungen über den Vertragsentwurf hatte er 1951 »Souveränität« nicht durchsetzen können und die Formulierung akzeptieren müssen, die Bundesrepublik habe »volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten vorbehaltlich der Bedingungen dieses Vertrags«. Es lag nahe, daß die in London von Dulles vorgeschlagene Formulierung, der Adenauer zustimmte und die in die neue Fassung des Vertrags übernommen wurde, die Bundesrepublik solle »die

volle Gewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten erhalten«, im Alltagsgebrauch auf die griffige »Souveränität« verkürzt wurde.

In der Schlußakte der Londoner Konferenz wurde die Absicht der drei Westmächte erklärt, das Besatzungsregime zu beenden, die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO vorzubereiten und den 1948 als Abwehrbündnis gegen Deutschland geschlossenen Brüsseler »Vertrag über Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten und zur kollektiven Selbstverteidigung« auszubauen, dem beizutreten die Bundesrepublik und Italien aufgefordert werden sollten. Diese Grundsätze in Vertragsform umzusetzen war Aufgabe verschiedener Expertenkommissionen. Die Ergebnisse ihrer Beratungen wurden in den vom 20. bis 23. Oktober in Paris stattfindenden Konferenzen der Vier Mächte, der Neun Mächte und des NATO-Rats erörtert.

Der vorliegende Band enthält auch Dokumente über die von Mendès France angeregten Besprechungen über bilaterale Fragen sowie Aufzeichnungen über die Gespräche Adenauers mit den zum Erstaunen der Kabinettsmitglieder (Kabinettsprotokolle 1954, S. 431) nach Paris berufenen Vertretern der SPD und der Regierungskoalition, in denen er sich der Zustimmung der Parlamentarier vor allem zur Lösung der Saarfrage vergewissern wollte. In dem ersten Gespräch des Bundeskanzlers mit Mendès France vor Beginn der Konferenzen standen zunächst wirtschaftliche Fragen im Vordergrund, die mit Ausnahme der Moselkanalisierung nicht umstritten waren. In der Saarfrage kam es zu keiner Annäherung. Die Situation spitzte sich zu, nachdem Mendès France der Presse gesagt hatte, er werde keinen der Verträge unterzeichnen, wenn nicht ein Abkommen über die Saar erreicht werde. Der Verlauf der in der Nacht vom 22. auf 23. Oktober geführten Besprechungen, in denen eine Einigung erreicht wurde, läßt sich nicht verfolgen, weil ein Protokoll in dem Band nicht enthalten ist. Die hier veröffentlichten Dokumente bringen kaum Informationen, die über das hinausgehen, was durch die »Erinnerungen« Adenauers und seinen Bericht in der Kabinettsitzung am 25. Oktober 1954 (Kabinettsprotokolle, S. 447–449) bekannt ist. Nach der Paraphierung des Abkommens über das vorgesehene Europäische Statut der Saar stand der Unterzeichnung der Verträge durch Mendès France nichts mehr im Wege.

Zu den Ergebnissen der Konferenzen gehört die Neufassung des Deutschlandvertrags, der das Besatzungsregime beendete und die Rechte und Pflichten der Drei Mächte neu definierte. So sollten z.B. die Notstandsbefugnisse der Westmächte nur noch solange gelten, bis ein Bundesgesetz die Sicherheit ihrer Streitkräfte bei Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleistete. Dieses Gesetz trat 1968 in Kraft. Mit den Zusatzverträgen wurden u.a. die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik und die zuvor strittige Höhe des deutschen Verteidigungsbeitrags geregelt. Der Brüsseler Vertrag wurde zur EU erweitert, die Bundesrepublik zum Eintritt in die NATO eingeladen. Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft.

Die im vorliegenden Band publizierten Dokumente zeigen, in welchem Maß die Deutschlandpolitik 1954 die Außenpolitik der Bundesrepublik dominierte. Allerdings bedeutete Deutschlandpolitik nicht operative Wiedervereinigungspolitik, sondern hatte 1954 das Ziel, die Westbindung der Bundesrepublik auf eine vertraglich geregelte Basis zu stellen, sie als gleichberechtigtes Mitglied in dem Bündnisystem zu etablieren. Da die Bundesregierung auf eine gewaltsame Wiedervereinigung verzichtete, behielten die Drei Mächte »die bisher von ihnen ausgeübten

oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung«.

Der Band enthält neben Angaben über die Auswahl der Dokumente eine informative Einführung des Bearbeiters. Die Quellen sind gut kommentiert. Komplettiert wird die Edition durch ein Dokumentenverzeichnis und die erforderlichen Register.

Ursula Hüllbüsch

*America, the Vietnam War, and the World. Comparative and international Perspectives.* Ed. by Andreas W. Daum, Lloyd C. Gardner and Wilfried Mausbach, Cambridge: Cambridge University Press 2003, XII, 371 S., £ 14,95 [ISBN 0-521-00876-X]

Vergleichende Ansätze sind Mode. Das darf nicht dazu verführen, einen Band schon deshalb zu loben, weil er sich einen solchen Ansatz im Titel zuschreibt. Vielmehr ergibt sich ein Erkenntnisgewinn nur dann, wenn nicht nur zwei oder mehr Phänomene geschildert, sondern auch Unterschiede und Ähnlichkeiten analysiert und erklärt werden.

Der hier vorliegende Band des Deutschen Historischen Instituts in Washington läßt erkennen, wo Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Betrachtung liegen. Entstanden aus einer dort im November 1998 veranstalteten Tagung, bringt er deutsche und ausländische Autoren zusammen, die gemeinsam der Frage nach der Haltung der übrigen Welt zum Vietnamkrieg nachgehen.

Damit ist bereits angedeutet, was der Band nicht enthält. Er versteht sich nicht als eine (weitere) Geschichte des Vietnamkrieges selbst, und er versucht auch nicht, die Haltung der USA oder der amerikanischen Bevölkerung zu diesem traumatischen Krieg darzustellen. Zu Recht beklagen die Herausgeber in ihrer Einführung, daß die Geschichte des Vietnamkrieges bisher vor allem den Amerikanern überlassen worden ist, so, als hätte dieser Krieg nicht das gesamte Machtgefüge des Kalten Krieges beeinflußt. Immerhin waren es ja die Amerikaner selbst, die ihr zunehmendes Engagement in Indochina als Teil der weltweiten Eindämmung des Kommunismus deuteten.

Die Reihe der Aufsätze beginnt mit einem theoretisch angelegten Beitrag über die Einordnung des Vietnamkrieges in den Kontext des ausgehenden Kolonialismus. Danach folgen zwei Beiträge, die Grenzen einer vergleichenden Betrachtungsweise erkennen lassen. *Fabian Hilfrich* vergleicht den Krieg der USA in Vietnam mit ihrem Krieg um die Philippinen in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts. Beide Kriege werden in ihrem wesentlichen Verlauf und in einigen ähnlichen Charakteristika geschildert, ohne daß der Leser am Ende das Gefühl hat, mehr von dem einen oder anderen Krieg verstanden zu haben. Genauso ergeht es mit dem Beitrag von *T. Christopher Jespersen*, der den US-Krieg in Vietnam mit der britischen Kriegführung gegen die nach Unabhängigkeit strebenden amerikanischen Kolonien im 18. Jahrhundert vergleicht. Auch hier bleibt das unbefriedigende Gefühl, daß der Vergleich zur Parallelerzählung degeneriert ist.

Erhellend ist dagegen der Vergleich, den *John Prados* über den Krieg der USA in Vietnam und die Kriegführung der Japaner in China anstellt. Wie beeinflußt ein

Krieg an der Peripherie das Geschehen am Schwerpunkt (und im Kalten Krieg lag der Schwerpunkt auch für die USA durchgehend in Mitteleuropa)? Prados zeigt geschickt identische und unterschiedliche Phänomene auf, will aber eindeutig nicht beide Kriege gleichgewichtig schildern, sondern nutzt den Krieg des kaiserlichen Japan in China als Erklärungshilfe für seine zentralen Aussagen über den amerikanischen Vietnamkrieg: daß dieser eben nicht einen wesentlichen Beitrag zum Gewinn des »Hauptkrieges«, also des Kalten Krieges, geleistet habe, sondern im Gegenteil wichtige, dafür benötigte Kräfte anderweitig gebunden und die innen- und außenpolitische Geschlossenheit auch für die direkte Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zerstört habe.

Jeffrey Kimball vergleicht die Beendigung des Korea- und des Vietnamkrieges. Zwar wird man den unsicheren Waffenstillstand von Panmunjom kaum als Frieden verstehen wollen, wogegen sich in Vietnam von 1950 bis 1975 drei verschiedene Formen der Kriegsbeendigung ergeben haben: dem Unentschieden von 1954 folgten 1973 der vertraglich vereinbarte Abzug der USA und 1975 die totale Niederlage Südvietnams. Am Beispiel der dabei abgelaufenen Prozesse diskutiert Kimball den Wert generalisierender Aussagen aus der Kriegsbeendigungsforschung.

In ähnlicher Weise vergleicht Sabine Behrenbeck »Versailles« mit »Vietnam«. Ihr geht es aber nicht um die Kriegsbeendigung, sondern um die Kriegsbewältigung, wozu sie die Errichtung von Kriegerdenkmälern beschreibt. Auch in diesem Fall gelangen ihr zwei knappe, durchaus instruktive Vignetten über die Gedächtniskultur der Weimarer Republik und des »Dritten Reiches« sowie über das Vietnam Memorial in Washington D.C., die zunächst eher unverbunden nebeneinander zu stehen scheinen. Aber die Frage, ob man das Gedenken den Betroffenen (Überlebenden, Angehörigen) überlassen darf, oder ob es um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe geht, wobei dann ästhetische und künstlerische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, läßt sich anhand des hier angestellten Vergleichs fruchtbar bedenken.

Einen besonderen Gewinn stellt aus Sicht des Rezensenten der Beitrag von *Hubert Zimmermann* zu der Frage dar, wer den Vietnamkrieg bezahlt habe. Hier verläßt der Band den komparatistischen Ansatz und begibt sich nunmehr auf das Feld der Betrachtung der internationalen Verflechtung. Zimmermann bringt die amerikanische Währungspolitik, die negative Haltung de Gaulles und die wirtschaftlichen Krisen der späten 60er/frühen 70er Jahre geschickt in einen Zusammenhang, den auch der wirtschaftspolitische Laie noch nachvollziehen kann, und kommt zu einem vorsichtigen, abgewogenen Urteil. In einem weiteren Beitrag stellt *Fredrik Logevall* noch einmal die zunehmende Distanz der westeuropäischen Partner zur amerikanischen Vietnampolitik dar, diesmal auf dem Feld der eigentlichen Sicherheitspolitik. Aufsätze zur Politik der USA gegenüber Thailand, zur Rolle Australiens und zum Ort des Vietnamkrieges in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking runden diesen Abschnitt ab.

Ein dritter Teil befaßt sich mit den innenpolitischen und gesellschaftlichen Folgen des Vietnamkrieges. *Leopoldo Nuti*, der vielleicht bedeutendste italienische Militärgeschichtshistoriker für die Nachkriegszeit, läßt noch einmal lebendig werden, wie der Vietnamkrieg zu einer zunehmenden Belastung für die Mitte-Links-Koalition in Rom, insbesondere zu einer Zerreißprobe für die Sozialisten unter Pietro Nenni wurde. *Wilfried Mausbach* von der Freien Universität Berlin geht auf die Geschehnisse im Berlin der sechziger Jahre ein. Da steht der Vietnamkrieg dann im Kontext von Kommune I und Rudi Dutschke. Vor allem aber zeigt Mausbach auf, wie die

Anti-Vietnam-Bewegung auf die unbewältigte NS-Vergangenheit zurückgriff: neben Herbert Marcuse ist hier auch Mitscherlichs »Unfähigkeit zu trauern« zu sehen – ein gelungenes Stück Mentalitätsgeschichte der deutschen Nachkriegszeit. Wie stark die Sowjetunion bemüht war, die internationale Friedensbewegung für ihre außenpolitischen Zwecke zu instrumentalisieren, zeigt *Günter Wernicke* in seinem Beitrag über den Weltfriedensrat auf, der sich vor allem auf Akten der ehemaligen DDR stützt. Für die nicht-kommunistischen Angehörigen des Weltfriedensrats wurde die militärische Aggression der Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei 1968 zur großen Zerreißprobe.

Einen Aufsatz zur Geschichte der Frauenbewegung hätte man hier vielleicht nicht erwartet, aber *Barbara L. Tischler* weiß überzeugend darzulegen, wie sich auch die Emanzipation von männlicher Dominanz aus der Emanzipation von Kolonialismus und Ausbeutung heraus entwickelt. Das geht nicht ohne Brüche und Spannungen ab: Auch viele der männlichen 68er gehen an ihre weiblichen Mitstreiter noch mit einem ziemlichen Macho-Gehabe heran und lehnen die Einbringung von Frauenfragen als »Entpolitisierung« der Bewegung ab.

Der Beitrag des Mitherausgebers *Lloyd C. Gardner* rundet den Band ab, indem er die höchst unterschiedliche Perzeption des einen Vietnamkriegs in den USA unter dem Titel »Many Wars?« diskutiert. Der Aufsatz, der sich überwiegend auf die USA konzentriert, fällt damit etwas aus dem Rahmen eines sonst international vergleichend angelegten Sammelbandes, aber sein diskursanalytischer Ansatz bereichert die Methodenvielfalt des Buches noch einmal.

Wer sich über die Wahrnehmung des Vietnamkriegs in der damaligen Welt informieren möchte, dem werden in diesem Buch mehrere, manchmal unverbunden nebeneinander stehende, aber zumeist überzeugende Antworten angeboten. Darüber hinaus aber liegt das Verdienst des Bandes darin, die Vielfalt historisch-wissenschaftlicher Herangehensweisen an ein Thema zu illustrieren.

*Winfried Heinemann*

*Michael S. Foley*, *Confronting the war machine: draft resistance during the Vietnam War*, Chapel Hill, NC, London: The University of North Carolina Press 2003, XV, 449 S., \$ 19,95 [ISBN 0-8078-5436-0]

Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA ist eigentlich ein sehr gut erforschtes Feld der neueren amerikanischen Geschichte. Dennoch gelingt es *Michael S. Foley*, Professor für Geschichte an der City University of New York, mit seiner gut recherchierten, materialreichen und glänzend geschriebenen Studie historiographisches Neuland zu erschließen und Maßstäbe für künftige Arbeiten zur Geschichte der Friedensbewegungen seit den 1960er Jahren zu setzen. Dies liegt zum einen am Gegenstand selbst, der in der amerikanischen wie europäischen Öffentlichkeit nur zu oft nicht genau identifiziert worden ist. Bei den »draft resisters« handelte es sich keineswegs um die weithin bekannten »draft dodgers«, also jene Männer, die sich der Wehrpflicht durch Übersiedlung nach Kanada, durch eine Zurückstellung oder, wie im Fall von George W. Bush, durch Dienst in einer nicht von der Verlegung nach Südostasien betroffenen Fliegereinheit zu entziehen versuchten. Diejenigen Männer, die sich der allgemeinen Wehrpflicht widersetzen, taten dies bewußt und öffentlich, indem sie ihren Wehrpaß entweder verbrannten

oder den Militärbehörden kollektiv zurückgaben und damit deutlich machten, daß sie sich einer Einberufung verweigern wollten.

Foley beschreibt das draft resistance movement am Beispiel der Stadt Boston, die durch ihre Ballung von Universitäten ein besonders geeignetes Umfeld für die Rekrutierung von draft resisters darstellte. Denn diese Form des offenen Widerstandes gegen den Krieg in Vietnam war eben nicht eine Angelegenheit von moralisch zügellosen und Drogen konsumierenden »Beatniks« oder »Hippies«, wie es die Massenmedien, mit Folgen für die öffentliche Wahrnehmung und historische Überlieferung, darzustellen pflegten. Bei den Protestierenden handelte es sich vielmehr ganz überwiegend um Angehörige der weißen Mittelschicht, um junge, kariereorientierte Männer mit dem Ziel eines Universitätsabschlusses, aus »behüteten« Familien und mit einem klaren moralischen Koordinatensystem. Aus deutscher Sicht könnte man ihren Protest vielleicht am besten, in Analogie zu einer auf die Männer des 20. Juli gemünzten Formel, als einen »Aufstand des Gewissens« bezeichnen. Hinzu kam, daß die Mehrheit der draft resisters mit ihrem Akt des Protestes ganz bewußt gegen das eigene Interesse daran verstieß, nicht zum Militärdienst eingezogen zu werden. Denn wie der Verfasser in einem wichtigen und übersichtlichen Exkurs zum System der allgemeinen Wehrpflicht in den USA erläutert, war die Mehrheit von ihnen aufgrund ihres Status als Studenten vorläufig zurückgestellt und mußte kaum befürchten, in absehbarer Zeit eingezogen zu werden. Die symbolische Verweigerung des Militärdienstes war ein gezielt gewählter Akt des Protestes gegen die Regierung von Lyndon B. Johnson, die Amerika immer tiefer in die Aggression gegen Nordvietnam hineingezogen hatte.

Die Darstellung setzt chronologisch ein im Frühjahr 1966, als erstmals kleinere Gruppen von Männern öffentlich ihre draft cards verbrannten und damit auf die energische, teils gewalttätige Abneigung von Passanten stießen. Bis Mitte 1967 hatten sich dann in Boston zwei lose organisierte Gruppen herausgebildet, welche junge Männer über den besten Weg zur offenen Wehrdienstverweigerung und über deren Risiken berieten. Zugleich führten diese Gruppen Protest- und Informationsveranstaltungen in der Nähe von Kasernen um Boston herum durch. Den Höhepunkt der Mobilisierung für die Sache der draft resisters markierte ein landesweiter Aktionstag am 16. Oktober 1967, als sich inmitten einer Schar von mehreren Tausend Unterstützern und Sympathisanten 281 Männer in einer Kirche in der Bostoner Arlington Street einfanden, ihre Wehrpässe einlieferten und in geringerer Zahl auch verbrannten. Die Bewegung erreichte ihren Höhepunkt Ende März 1968, als Lyndon B. Johnson öffentlich erklärte, nicht noch einmal für das Amt des Präsidenten kandidieren zu wollen, was die Protestierenden als einen symbolischen Erfolg ihrer Sache interpretierten. Die Ermordung von Martin Luther King am 4. April 1968 markierte dann den Wendepunkt. Sie führte zu einer Radikalisierung der Bewegung, die nun sehr viel breiter definierte gesellschaftspolitische Ziele verfolgte, ihre Semantik radikalisierte und ihren Fokus verlor. Im Sommer 1968 lief die draft resistance aus und ging in der sehr viel heterogeneren Strömung der allgemeinen Anti-Vietnamkriegsproteste auf.

Doch Foley bietet nicht nur eine erschöpfende Darstellung vom Aufstieg und Niedergang einer bislang kaum behandelten Antikriegsbewegung. Er hat zugleich eine faszinierende kulturgeschichtliche Fallstudie geschrieben, die über die moralische Sprache von »Licht und Dunkel« (S. 101) und die Gewissenskonflikte der Protestierenden, über die männerzentrierten Initiationsriten und Verhaltensmuster der Protestbewegung und über die Ästhetik und Performanz einer Fülle von

kreativen Protestaktionen berichtet. Mit seiner Sensibilität für diese Fragen setzt Foley Maßstäbe für die historische Erforschung von Friedensbewegungen. Zugleich verbindet er die Logik des Protests mit der Reaktion der Militärs und Regierenden und verknüpft damit auf überzeugende Weise historische Friedensforschung und Militärgeschichte. Bis auf die symbolische Aburteilung von wenigen Führungsfiguren reagierten Militär und Justiz sehr zurückhaltend auf den Protest. Von den landesweit rund 200 000 wegen Verstoßes gegen die Wehrpflicht angeklagten Protestierenden wurden gerade einmal 4.2 Prozent verurteilt. Und Richard Nixon beeilte sich auf Drängen seiner militärischen Berater kurz nach seiner Amtseinführung, das veraltete System der Klassifizierungen und Zurückstellungen durch eine auf dem Zufallsprinzip basierende draft lottery zu ersetzen. Zu Recht wertet Foley dies als einen Erfolg des Antikriegsprotestes des draft resistance movement.

*Benjamin Ziemann*

*Christian Th. Müller, Tausend Tage bei der »Asche«. Unteroffiziere in der NVA. Untersuchungen zu Alltag und Binnenstruktur einer »sozialistischen« Armee. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Berlin: Links 2003, XIV, 428 S. (= Militärgeschichte der DDR, 6), EUR 24,90 [ISBN 3-86153-297-2]*

»Wir haben ein Offiziercorps, welches uns kein anderes Land der Welt nachmachen kann«, sagte Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck in seiner letzten Reichstagsrede am 6. Februar 1888 in Berlin, als es um die Bereitstellung erhöhter Mittel für die Verstärkung der Kaiserlichen Armee ging, und führte weiter aus: »Darin besteht unsere Überlegenheit und ebenso in der Überlegenheit unseres Unteroffiziercorps, welches ja die Zöglinge unseres Offiziercorps bilden.«

In der Kaiserlichen Armee, in der Reichswehr, in der Wehrmacht, und in den Streitkräften der beiden deutschen Staaten, der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland und der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR, ist in der Militärgeschichte dem »Rückgrat der Armee«, den Unteroffizieren – im Vergleich zu der Rolle des Offizierkorps – nicht die historiographische Aufmerksamkeit zuteil geworden, die der Bedeutung des Unteroffizierkorps in dessen Mittlerfunktion zwischen Mannschaften und Offizieren angemessen wäre.

Christian Th. Müller hat mit seinem Buch ein Werk vorgelegt, in dem es ihm darum geht, die Binnenstruktur, den Alltag der Armeeangehörigen sowie das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit der »sozialistischen« NVA kritisch zu erforschen. Diesem selbst gesetzten Anspruch ist er in hohem Maße gerecht geworden.

Als Antwort auf den Aufstellungsbeginn der Bundeswehr am 12. November 1955, dem 200. Geburtstag des preußischen Reformers Gerhard von Scharnhorst, verkündete am 18. Januar 1956, dem 185. Jahrestag der Ausrufung des deutschen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles der neu ernannte Minister für Nationale Verteidigung, Generaloberst Willi Stoph vor der DDR-Volkskammer das Gesetz über die Aufstellung der NVA. Hervorgegangen aus der Kasernierten Volkspolizei (KVP) war die NVA am 1. März 1956, dem »Tag der NVA« nahezu aufgestellt und einsatzbereit.

Diese Einsatzbereitschaft der »sozialistischen Arbeiter- und Bauernarmee« wäre ohne die Rolle der Unteroffiziere auf Zeit (UaZ) nicht möglich gewesen, die Gegenstand der Untersuchung des Autors ist. In einem historischen Aufriß thematisiert Müller die Rolle des Unteroffizierkorps der NVA im Kontext der Entwicklung des Unteroffizierkorps seit der Aufstellung der Landsknechts- und Söldnerheere des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit und zeichnet ein treffendes Bild vom Einfluß der Unteroffiziere in der Ausbildung und Erziehung sowie deren Aufstiegsmöglichkeiten in den unterschiedlichen Armeen.

Als »Kernstück der Landesverteidigung« der DDR fungierte die NVA von 1956 bis 1990. Von 1956 bis 1989 begrüßte bei den jeweiligen »Ehrenparaden« der Minister für Nationale Verteidigung die angetretenen Formationen mit den Worten: »Genossen Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere...!«. Bereits in dieser Anrede wird die Struktur des Unteroffizierkorps der NVA im Vergleich zu anderen deutschen Armeen deutlich. Das Unteroffizierkorps hatte eine Dienstgradgruppe der Unteroffiziere und der Fähnriche. Letztere betrachtet Müller in seiner Untersuchung nur am Rande, da diese neben den Offizieren zu den »Berufskadern« der NVA gehörten und auch primär Spezialfunktionen wahrzunehmen hatten.

Einleitend befaßt sich Müller mit der Sozialisationsfunktion von Elternhaus und Schule, und hier insbesondere mit der »sozialistischen Wehrerziehung« (SWE), deren Ziel die »sozialistische Soldatenpersönlichkeit« ist. Zwar nahm ein Großteil der Jugendlichen die ideologischen Anteile der SWE mit Desinteresse bzw. auch mit Ablehnung auf, brachte allerdings der praktischen vormilitärischen Ausbildung größere Aufgeschlossenheit entgegen. Ausführlich weist Müller nach, daß die SWE zwar als »langweilige Selbstverständlichkeit« im DDR-Alltag von den Betroffenen angesehen wurde, daß man sich ihr aber angesichts möglicher Nachteile im späteren Berufsleben nicht entziehen konnte; dieses trifft insbesondere hinsichtlich deren Einfluß auf die UaZ zu, von denen die Hälfte angab, sich trotz negativer Erfahrungen in der vormilitärischen Ausbildung länger verpflichtet zu haben.

Breiten Raum widmet Müller dann in seiner Darstellung der Ausbildung zum Unteroffizier. »Eine immer wieder bestätigte Erfahrung der ersten Aufbaujahre [der NVA] besagte, daß die Anforderungen des militärischen Dienstes dort am besten erfaßt und erfüllt wurden, wo die Soldaten die Strategie und Taktik der Partei [...] gut verstanden«, formulieren Doehler und Hauffe in ihrem Aufriß »Militärhistorische Traditionen in der DDR und der NVA« (Berlin 1989). Dieser Einfluß der SED gelang bei den UaZ nur bedingt, wie Müller nachweist, denn das Verhältnis zwischen Unteroffizierschülern und deren Vorgesetzten war wesentlich durch formale militärische Vorschriften, und damit durch Distanz und Strenge gekennzeichnet, die nicht dem hohen Anspruch der »sozialistischen Beziehungen« entsprachen. So blieben dann auch die Unteroffizierschüler in einer Art »Notgemeinschaft«, gekennzeichnet durch Isolation und einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Willkür von Vorgesetzten unter sich, nahezu vergleichbar den wehrpflichtigen Soldaten, bei denen es der SED auch nicht gelang, diese zu »sozialistischen Soldatenpersönlichkeiten« zu formen, und die sich vom Alltag in der NVA abgestoßen fühlten.

Die formale Hierarchie und die Praxis der »sozialistischen Beziehungen« thematisiert der Autor in einem weiteren Abschnitt. Hier geht er insbesondere auf die Rolle der UaZ als Erzieher und Ausbilder, deren Ausbildungsprofile und deren Rechte und Pflichten ein und weist folgerichtig nach, daß es dienstlich zwar eine totale Inanspruchnahme gab, die in den Gesetzen und Vorschriften verankerten

Rechte allerdings vor Gericht nicht einklagbar und daher die Soldaten auch in dieser Hinsicht letztlich der Willkür der Vorgesetzten ausgeliefert waren. In diesem Zusammenhang thematisiert der Autor das Konfliktpotential zwischen den UaZ und den wehrpflichtigen Entlassungskandidaten (»EK«), die die dienstjüngeren Soldaten drangsalierten und nicht selten schikanierten und in deren informale Hierarchie die UaZ eingebunden waren. So wurden die UaZ in ihren sechs Diensthalbjahren hierarchisch u.a. als »Rotarsch«, »Edelrotarsch«, »Dachs«, »Konter«, »Vize« und abschließend »EK« titulierte, was als Beleg dafür angesehen werden kann, daß gegenüber den Berufssoldaten eine distanzierte Rollenidentität zwischen Wehrpflichtigen und UaZ bestand.

Eine ausführliche Betrachtung widmet Müller in seiner Untersuchung den UaZ in den Truppenteilen der NVA. Insbesondere im Ausbildungsbetrieb wurde die Belastung der UaZ und deren »Scharnierfunktion« als Hauptträger der unmittelbaren Führungsverantwortung deutlich; letztere führte auch durch die Kasernierung zu einer Abschottung von der Gesellschaft, zur Einschränkung der individuellen Persönlichkeitsrechte, verbunden mit der Problematik der Entfremdung von Freunden, Familie und Partnern.

Durch die nahezu totale Kasernierung der Wehrpflichtigen und der UaZ war es der Armeeführung und der SED möglich, diesen Personenkreis umfassend politisch-ideologisch zu indoktrinieren und zu überwachen. Die Vermittlung »sozialistischer Grundüberzeugungen« im Politunterricht (»Rotlichtbestrahlung«) wurde unterstützt durch die Partei- und FDJ-Organisationen in der NVA sowie durch die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in den Truppenteilen, wie der Autor detailliert und eingehend herausarbeitet.

In einem abschließenden Ausblick und Resümee thematisiert Müller das Selbstverständnis der UaZ, bei denen er angesichts ihrer mangelnden Vorgesetztenrolle und den damit in Zusammenhang stehenden Durchsetzungsproblemen bei den Wehrpflichtigen eine »prekäre Zwischenposition« schlußfolgert, die durch deren ambivalenten Status zwischen »Personal« und »Insassen« einerseits und deren Rolle als »Hauptträger der unmittelbaren Ausbildung der Soldaten zunächst noch nicht voll genügende militärische und pädagogische Befähigung gekennzeichnet« war.

»Trotz eines in der deutschen Militärgeschichte bislang nie dagewesenen Aufwandes blieben die Ergebnisse der politisch-ideologischen Erziehung in der NVA weit hinter den gesteckten Zielen zurück«, resümiert der Autor im Schlußteil seines Buches. Diese Aussage markiert treffend den nie in vollem Umfang erreichten Status der »sozialistischen Soldatenpersönlichkeit« bei den Unteroffizieren auf Zeit, die sich allerdings nolens volens mit den Zwängen des totalitären DDR-Staates und der Abschottung in der »sozialistischen Arbeiter -und Bauernarmee« abzufinden hatten und abfanden, wie denn, so Müller, »die implizite Koppelung beruflicher und bildungsmäßiger Entwicklungsmöglichkeiten an politisches Wohlergehen [...] ein typisches Beispiel für das Treue- und Schutzverhältnis zwischen dem jungen Bürger und dem paternalistischen Staat« war.

Eine Fülle zusammengetragener Materials – auch bislang unerschlossene Quellen – bringt Müller kenntnisreich zur Anschauung und analysiert profund die Rolle der Unteroffiziere auf Zeit in der NVA. Zeitzeugenbefragungen – 3 Soldaten im Grundwehrdienst, 20 Unteroffiziere auf Zeit, 13 Berufsoffiziere – illustrieren – unter Beibehaltung des jeweiligen umgangssprachlichen Duktus – die Untersuchung zu Alltag und Binnenstruktur der »sozialistischen« Nationalen Volksarmee der

DDR. Eine Vielzahl von Diagrammen, Tabellen und Schaubildern im Text nebst Bildteil und Glossar im Anhang ergänzen optimal den Textkorpus, der sich durch eine treffende und bildhafte Sprache auszeichnet.

Dem selbstgesetzten Postulat, neben Wolfram Wettes Forderung nach einer Militärgeschichte »von unten« auch dem integrativen militärgeschichtlichen Ansatz Stig Försters zu entsprechen, ist Müller in exzellenter Weise gerecht geworden.

Christian Th. Müller hat mit seinem Buch »Tausend Tage bei der »Asche«. Unteroffiziere in der NVA« ein gelungenes Werk vorgelegt, das eine Lücke in der Militärgeschichtsschreibung schließt und dem man – dem sechsten Band in der Reihe »Militärgeschichte der DDR« des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes – einen breiten Leserkreis wünscht.

*Otto-Eberhard Zander*

*Douglas C. Peifer, The Three German Navies. Dissolution, Transition, and New Beginnings, 1945–1960, Gainesville: University Press of Florida 2002, XVII, 250 S., \$ 55,00 [ISBN 0-8130-2553-2]*

Die vorliegende Arbeit untersucht über einen Zeitraum von 15 Jahren die Auflösung der Kriegsmarine, die Zeit der Entmilitarisierung und die Entstehung der westdeutschen Bundesmarine sowie der ostdeutschen Volksmarine. Der Autor legt seinen besonderen Schwerpunkt auf drei Themenkreise: Kontinuität und Diskontinuität, wechselnde Dynamik in den Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten, sowie Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Ost und West. Dabei stehen nicht Diplomatie und hohe Politik im Mittelpunkt, sondern eher die Entwicklungen auf Arbeitsebene.

Der Autor geht zunächst auf Auswahl und Ausbildung des Personals der Kriegsmarine sowie auf Führungsverhalten und Kameradschaft ein. Im Zusammenhang mit den Kriegserfahrungen beschäftigt er sich auch mit der Frage nach der Loyalität zum Regime und dem Einfluß der Marinejustiz. Aus diesen Determinanten wie auch dem Erlebnis der Kapitulation und der Kriegsgefangenschaft leitet er wesentliche Prägungen mit Auswirkung auf personelle Kontinuität und Diskontinuität ab.

Personelle Kontinuität arbeitet der Autor für den Aufbau der westdeutschen Bundesmarine deutlich heraus. Dabei wurden allerdings »Filter« wirksam, die einen unreflektierten Übergang verhinderten. Das war zunächst einmal die Entscheidung eines hohen Anteils ehemaliger Soldaten, sich einem Neuaufbau nicht zur Verfügung zu stellen. Der Autor stellt als Motive dafür etwas verengend das Kriegsgefangenenenerlebnis, die Kriegsverbrecherprozesse und die »Großadmirals-Frage« in den Vordergrund. Eher unbeachtet bleibt dagegen der Einfluß einer weitverbreiteten Stimmung des »nie wieder«, die bei ehemaligen Soldaten nicht zuletzt durch sehr einseitige Schuldzuweisungen in der deutschen Gesellschaft verursacht war. Einen zweiten Filter belegt der Autor im Einfluß hochrangiger Veteranen wie etwa des Meisel-Kreises, die ihre Meinung zur Personalauswahl nicht ungehört zum Ausdruck brachten. Den abschließenden Filter bildete der Personalgutachterausschuß der allein durch seine Existenz beim Bewerber die Bereitschaft voraussetzte, sich mit Fragen zu seiner Rolle unter dem NS-Regime wie auch zu seiner Einstellung zum demokratischen Staat auseinanderzusetzen, weit mehr, als

Angehörigen anderer staatlicher Institutionen zugemutet wurde. Die eher geringe Ablehnungsquote im Ausschuß unterstreicht die Wirksamkeit des Filter-Systems.

Dagegen bestimmte insbesondere bei den Offizieren, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, personelle Diskontinuität den Aufbau der ostdeutschen Volksmarine. Dies war politisch gewollt, um den Systemwechsel zur Vorherrschaft der kommunistischen Partei auch im Militär nachhaltig zu vollziehen. Der damit verbundene Verlust an militärischer Kompetenz wurde in Kauf genommen. Der Autor verneint allerdings auch die Frage, ob das Regime ernsthaft eine andere Wahl gehabt hätte. Er begründet das damit, daß nur ein geringer Teil des Personals der Kriegsmarine in der sowjetischen Besatzungszone lebte, dessen Angehörige zudem durch Erlebnisse des Kriegsendes und der Gefangenschaft für einen Systemwechsel negativ geprägt waren.

Organisatorische Diskontinuität sieht der Autor sowohl für die Entwicklung im Westen als auch im Osten. Für die Bundesmarine wurde der Schritt von der umfassenden Organisation der Kriegsmarine hin zur Beschränkung auf Kernaufgaben 1956 durch die Zuordnung von Rüstung, Personal, Verwaltung, Recht und teilweise Logistik zu zivilen Abteilungen drastisch vollzogen. Anders als in der Ende des 20sten Jahrhunderts einsetzenden »Transformation« der Bundeswehr waren dafür nicht die Vorstellungen von Unternehmensberatern treibende Kraft, sondern ein pointiertes Mißtrauen gegenüber dem Militär.

In Ostdeutschland nahm die Veränderung durch das Postulat der führenden Rolle der Partei bis in den Dienstbetrieb hinein den Charakter eines Systemwechsels an. Der Autor verweist darauf, daß es ähnliche Bestrebungen von seiten des Regimes auch in der Spätphase der Kriegsmarine gegeben habe, die aber in ihrer Durchsetzung nicht entfernt ein vergleichbares Ausmaß erreicht hatten, von gegensätzlichen Inhalten einmal ganz abgesehen.

Die wechselnde Dynamik in den Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten ist kenntnis- und facettenreich dargestellt. Im Osten dominierte der Systemwechsel: vollständige Anpassung an das sowjetische Vorbild wurde durch umfangreichen Einsatz von sowjetischen Beratern bis in die Einheiten hinein sichergestellt, und damit auch gleichzeitig fehlende Kompetenz eingebracht.

Im Westen fallen Unterschiede im Vorgehen Großbritanniens und der USA besonders auf. Während Amerikaner dem »Naval Historical Team« schon früh eine Freiheit zugestanden, die auf eine künftige Partnerschaft verwies, zeigten sich die Briten in der Behandlung der vielfältigen Minenräumverbände eher rigide. Zwischen Deutschen und Amerikanern entwickelte sich der Wille zusammenzuarbeiten, während Deutsche unter britischer Führung darauf beschränkt blieben, an einer Aufgabe zu arbeiten. Das distanzierte Verhältnis zu den Briten blieb auch über die Anfänge der Bundesmarine hinaus noch deutlich spürbar.

Der dritte vom Autor gewählte Themenschwerpunkt, die Frage nach Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen Ost und West, wird weniger spezifisch herausgearbeitet. Dies liegt zum einen daran, daß für die Jahre des Überganges eine Abgrenzung zu den Aspekten der Kontinuität und Diskontinuität kaum möglich ist; zum anderen bleibt die spätere Entwicklung aufgrund des gewählten Betrachtungszeitraums unberücksichtigt. Im Kern sieht der Autor den Unterschied in den zugrundeliegenden Werten. So liegt der Ursprung in der Tat in den Gründungskonzepten, der Bindung an den demokratischen Rechtsstaat einerseits und der Bindung an die Vorherrschaft der kommunistischen Partei andererseits. Die Wir-

kung dieses Unterschieds reicht bis zur Auflösung der Volksmarine im Zuge der Wiedervereinigung.

Der Autor hat unter Auswertung der relevanten Quellen eine flüssige und kenntnisreiche Studie verfaßt. Die zusammenfassende Darstellung und Bewertung wäre an sich schon sehr lesenswert; sie gewinnt zusätzlich durch den eher ungewohnten Blickwinkel auf die Arbeitsebene.

*Uwe Dirks*

# Oldenbourg

## **Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ)**

**Jahre der Souveränität**

**16. Juni 1926 bis 11. Februar 1930**

Herausgegeben von Klaus Koch, Walter Rauscher  
und Arnold Suppan

zum Inhalt Band 6 der auf 12 Bände angelegten Edition behandelt die außenpolitisch am wenigsten belasteten Jahre der Ersten Republik Österreichs. Kernthemen sind dabei die schwierigen Verhandlungen zur Aufhebung der internationalen Militärkontrolle, die Frage einer Verlegung des Völkerbundsitzes nach Wien und vor allem das gespannte Verhältnis zum faschistischen Italien. Der wegen Südtirol entstandene Konflikt wurde erst mit dem Besuch Bundeskanzler Schobers bei Mussolini in Rom mit einem Freundschaftsvertrag endgültig beigelegt. Weitere Höhepunkte der Pflege bilateraler Beziehungen Österreichs stellen etwa die politischen Gespräche Bundeskanzler Seipels mit dem polnischen Außenminister Zaleski oder dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš dar. Internationale Anerkennung auf der Basis finanzieller Stabilität schuf die Voraussetzung für Österreichs »Jahre der Souveränität«.

2004

516 S.

Gb. € 54,80

ISBN 3-486-57593-7 (D)

ISBN 3-7028-0411-0 (A)

**Zuletzt erschienen:  
Band 5: Unter der  
Finanzkontrolle des  
Völkerbundes**

7. November 1922

– 15. Juni 1926

Herausgegeben von  
Klaus Koch, Walter  
Rauscher und Arnold  
Suppan

2002. 568 S.

Gb. € 54,80

ISBN 3-486-56540-0 (D)

ISBN 3-7028-0372-6 (A)

Ihre Bestellung richten Sie bitte an Ihren Fachbuchhändler  
oder direkt an: [verkauf-f@verlag.olderbourg.de](mailto:verkauf-f@verlag.olderbourg.de)